

Volksfrontpolitik,

ihre Ursachen und Folgen am
Beispiel Frankreichs und Spaniens

Artikel aus dem
„Internationalen Klassenkampf“
von 1935 bis 1939

Herausgegeben und eingeleitet
von der Gruppe Arbeiterpolitik

Volksfrontpolitik,

ihre Ursachen und Folgen am
Beispiel Frankreichs und Spaniens

Artikel aus dem
„Internationalen Klassenkampf“
von 1935 bis 1939

Herausgegeben und eingeleitet
von der Gruppe Arbeiterpolitik

Der Internationale Klassenkampf

HERAUSGEGEBEN
VON DER I.V.G.C.Quintessenz der
Kommunistischen Propaganda

Die "Internationale Front der Werktätigen gegen den Krieg"

1. Eine Internationale der Arbeiter und Arbeiterinnen aller Nationen, die sich gegen den Krieg und für den Frieden einsetzt, ist die Voraussetzung für die Erringung der Weltmacht durch die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die die Befreiung der Menschheit von der Herrschaft der Bourgeoisie und der Knechtung durch den Krieg zuwege bringen kann. Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die die Befreiung der Menschheit von der Herrschaft der Bourgeoisie und der Knechtung durch den Krieg zuwege bringen kann. Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die die Befreiung der Menschheit von der Herrschaft der Bourgeoisie und der Knechtung durch den Krieg zuwege bringen kann.

Seit dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Juli/August 1935) ist die deutsche und internationale kommunistische Bewegung um eine neue „Theorie“ bereichert worden, die der Volksfront. Sie ist mit Unterstützung der KPdSU aus der Taufe gehoben worden und zum agitatorischen Aushängeschild vieler kommunistischer Parteien geworden — ungeachtet aller negativen Erfahrungen und Rückschläge und aller unterschiedlichen Vorstellungen, die damit verbunden wurden, setzt sie ihre Existenz zum Nachteil der kommunistischen Weltbewegung fort, ohne „Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate“¹ zu vermitteln.

Was ist Volksfront?

Volksfront ist alles und nichts. Jedermann kann in diesen Begriff seine Wünsche, seine Illusionen, seine Ideologie und seine mehr oder weniger unverständne Geschichte und Klassenlage hineinlegen, ohne sich mit Tatsachen auseinanderzusetzen zu müssen. In einem DDR-Lexikon (1957) finden wir darüber: „Volksfront i. w. S. Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte gegen den Versuch der Errichtung der faschistischen Diktatur bzw. deren Sturz. Breites Bündnis der in der Einheitsfront zusammengefaßten Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, den städtischen Mittelschichten und den

bürgerlich-demokratisch eingestellten Kreisen. Theoretisch wurde die Volksfront-Taktik auf dem 7. Weltkongreß der KI durch G. Dimitroff fundiert. — I. e. S. in Frankreich 1935/38 Koalition der Radikalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten (Front populaire), in Spanien 1936 Volksfront-Regierung der Republikaner, Sozialisten, Kommunisten und Syndikalisten. — Nach dem 2. Weltkrieg Erweiterung der Volksfront in den volksdemokratischen Ländern zur antiimperialistischen Nationalen Front.“²

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung in Deutschland 1933 war alles „klar“. Was vorher richtig war, weil die russischen Genossen nach den Vorstellungen vieler Kommunisten mit ihren revolutionären Erfahrungen in Rußland doch alles „besser wissen“ mußten, was die russischen Kommunisten mit ihrer Autorität unterstützt hatten, war jetzt „falsch“. Was bislang unkritisch hingenommen wurde, setzte sich fort als „Schuld“. Schuld hatten die gehorsamen Dummköpfe in der KPD (wie Neumann, Remmele u. a.), die doch nur das gesagt und getan hatten, was die KPdSU autorisiert hatte. Die Gewerkschaftspolitik der KPD, das Totschimpfen der Sozialdemokratie hatte sich als erfolglos erwiesen, ja sogar schädlich für die kommunistische Bewegung. Die vielgepriesene Bolschewisierung der KPD, der stärksten kommunistischen Partei außerhalb der SU, endete mit einer so tiefgehenden Niederlage und Schädigung des Kommunismus — trotz des aufrechten Verhaltens vieler Tausender von kommunistischen Arbeitern vor den Klassengerichten und dem Nazi-Staatsapparat —, daß heute eine Barriere zwischen der deutschen Arbeiterklasse und dem Kommunismus steht, deren Überwindung als ungelöste historische Aufgabe immer noch vor den Kommunisten steht. Diese Aufgabe wurde nach 1945, nach der Niederlage des Faschismus in Deutschland, nicht leichter. Die Auswirkungen der russischen Besatzungspolitik in dem Gebiet der heutigen DDR und die Beteiligung der KPD in den Westzonen an den von den Militärkommandanturen geschaffenen „Regierungen“ und Institutionen zerstörten den anfänglichen Einfluß der Kommunisten wieder. Es wird heute oft nicht geglaubt, daß in den ersten Jahren nach 1945 z. B. in Hamburg und Bremen Hafen und Werften unter Führung kommunistischer Betriebsräte standen. Was ist davon übriggeblieben?

Um die Aufgaben, die vor der kommunistischen Bewegung stehen, lösen zu können, sind Menschen erforderlich, die nicht im Parteibuch oder der „großen Organisation“ Voraussetzung für die Lösung der Aufgabe sehen, sondern deren Fähigkeit vielmehr dar-

¹ Kommunistisches Manifest.

² Lexikon von A—Z, Verlag Enzyklopädie Leipzig.

in bestehen muß, daß sie die Aufgaben theoretisch richtig erkennen, um sie entsprechend den Bedürfnissen und der Aufnahmefähigkeit der Werktätigen in der Bewegung der Arbeiterklasse vermitteln und ihr die politische Führung geben zu können. Das theoretische Erkennen der Aufgaben ist nur möglich aus dem Verstehen der gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen im eigenen Lande, oder wie es Marx im Kommunistischen Manifest ausdrückte: „... sie (die Kommunisten) haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“

Als Voraussetzung für den Zugang zum Arbeiter muß an die Stelle allgemeiner abstrakter „Wahrheiten“ die Untersuchung der konkreten Verhältnisse gesetzt werden. Die konkreten Verhältnisse sind sowohl von Land zu Land verschieden, als auch innerhalb eines Landes von einer Periode zur anderen. Daher ist jeder Versuch, die Aufgabe mit „Modellen“ (Jugoslawien, China, UdSSR, CSSR etc.) lösen zu wollen, ebenso untauglich und vergeblich wie die Vorstellungen, daß man ja „nur“ die alte Vorkriegssozialdemokratie oder die alte KPD, oder die KPD-Opposition oder dergleichen wiederherzustellen brauche. Man steigt nicht zweimal in denselben Fluß.

Gibt es keine Unterstützung unseres revolutionären Kampfes durch die kommunistische Bewegung anderer Länder? Dürfen die Chinesen, die Russen oder die Jugoslawen uns nicht helfen? Wir wollen diese Frage am Beispiel der vietnamesischen Kommunisten beantworten. Für die vietnamesischen Kommunisten waren und sind materielle chinesische und russische Unterstützung in ihrem Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Werkzeuge wirkliche Hilfe, weil starke Kräfte der Selbstbehauptung im eigenen Land, Kräfte der eigenen Revolution vorhanden sind. Erst wenn in der deutschen Arbeiterklasse und in der kommunistischen Bewegung die Kräfte der Selbstbehauptung, der eigenen revolutionären Kraft, sich wieder entwickelt haben und mit der Arbeiterklasse sich kämpferisch verschmolzen haben, kann Unterstützung durch Arbeiterparteien anderer Länder für uns von Nutzen sein. Fehlen diese Voraussetzungen, so ist die Unterstützung von Schaden, weil sie unsere Entwicklung ungünstig beeinflußt und hemmt

Der kampfflose Sieg der Nationalsozialisten 1933 hat den Glauben an die Möglichkeit des Sieges der revolutionären deutschen Arbeiterklasse, d. h. an die eigene Kraft, bis an die Wurzeln dieser Generation erschüttert. An dieser Niederlage hatte die „Hilfe“ der KPdSU, die die KPD zu einem Werkzeug der russischen Fraktionskämpfe machte und so zu einer Statistenrolle degradierte, ihren Anteil. Die Kräfte der Selbstbehauptung in der KPD, die sich nach ihrem Ausschluß in der KPD-Opposition vereint hatten, waren in der kommunistischen Bewegung Deutschlands zu schwach gewesen. Erst aus der Niederlage von 1933 entstand die Volksfrontideologie. Nachdem die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse als möglicher Alliierter der russischen Arbeiter und Bauern für lange Zeit ausgeschlossen war, versuchte die KPdSU unter Stalins Führung unter dem Mantel der Volksfrontpolitik Ersatz zu schaffen. In Spanien wurde die revolutionäre Bewegung der „bürgerlichen Demokratie“ geopfert, in Frankreich die KP zum Eintritt in die Regierung Blum-Daladier veranlaßt. Letzten Endes war auch der Hitler-Stalin-Pakt Ergebnis dieser Volksfrontpolitik. Die Volksfront war der Versuch Stalins — nach der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und der KPD — gegenüber dem bevorstehenden und näher rückenden Angriff des deutschen Imperialismus seine weltpolitischen Klassengegner zu täuschen, um den Gegensatz zwischen „satten“ und „hungrigen“ kapitalistischen Staaten, „aggressiven“ und „friedlichen“ Imperialisten für die SU zu nützen.

In Spanien wirkte sich die Volksfrontpolitik so aus, daß im Bürgerkrieg die russische Waffenhilfe für die republikanische Seite verbunden war mit dem Druck, die revolutionären Ziele der spanischen Arbeiter und Bauern, die diese mit dem Bürgerkrieg gegen den Franco-Faschismus verbanden, hintanzuhalten, zu drosseln und schließlich mit Polizeigewalt zu unterdrücken.³ Stalin wollte im spanischen Bürgerkrieg „schlau“ sein und den westlichen bürgerlichen Demokratien wie England und Frankreich zeigen, daß die russische Waffenhilfe für die republikanische Seite verbunden war mit Unterstützung der spanischen bürgerlichen Demokratie. Die bankrotte spanische bürgerliche Demokratie war jedoch der Nährboden für den Angriff der Franco-Truppen gegen die spanische Republik gewesen. Gegen den Angriff der Franco-Truppen kämpften wachsende Teile der spanischen Arbeiter und Bauern mit dem revolutionären Ziel der sozialen Umgestal-

³ Vergleiche August Thalheimer: „Die Widersprüche zwischen nationalen und internationalen Voraussetzungen der sozialen Revolution und seiner Lösung“, „Arbeiterpolitik“, Nr. 3, 1969, Seite 15 und 16.

tung der Gesellschaft. Gestützt auf die russischen Waffenlieferungen wurden die revolutionären Arbeiter und Bauern Spaniens, vor allem Kataloniens, unterdrückt. So wurde die Voraussetzung geschaffen, daß die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Reste der spanischen republikanischen Regierung vor Franco kapitulierten und wegliefen, als seine Truppen vor den Toren Madrids und Barcelonas erschienen.

Hinter der Volksfront-Politik der KPdSU verbarg sich der Versuch, die westlichen bürgerlichen Demokratien (vor allem England und Frankreich) als Bundesgenossen im Kampf gegen den deutschen Imperialismus durch russisches Wohlverhalten — das die revolutionären Ziele der Arbeiter anderer Länder dem eigenen Augenblicksinteresse opfert — zu gewinnen.

Auf die Volksfront in Spanien, der Niederlage der spanischen bürgerlichen Demokratie gegen Franco und seine Verbündeten Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien bei Neutralität der Engländer und Franzosen (trotz Volksfrontregierung Blum), folgte nicht der antifaschistische Kampf der bürgerlichen Demokratien England und Frankreich mit der SU, sondern das Münchener Abkommen von 1938: Die politische Kapitulation Englands und Frankreichs vor den Forderungen Nazi-Deutschlands und die Auslieferung der Tschechoslowakei an Hitler. Auf die Kapitulation der westlichen Demokratien in München (die später ihren Höhepunkt in der militärischen Kapitulation der Franzosen, Belgier, Holländer u. a. vor den einmarschierenden deutschen Truppen fand) folgte der Pakt der SU mit Hitler. Er sollte den Westmächten zeigen, daß die Russen auch mit Nazi-Deutschland Kompromisse schließen könnten, wenn die Westmächte mit ihnen nicht gegen Hitler zusammenarbeiten wollten. Auf den Pakt folgte der Überfall auf die SU durch Hitler mit der Ermunterung oder praktischen Duldung durch die untätigen Engländer und Amerikaner, die wünschten, daß der hungrige imperialistische Konkurrent Deutschland sich gegen ihren Klassengegner, die SU, wende. Die kommunistischen Grundsätze, die Stalin in dieser Periode opferte, brachten der SU einen Zeitgewinn ein, und da in der SU die KP die politische Macht besaß, konnte sie unter Aufwendung aller Kräfte im eigenen Land dem imperialistischen Druck von Nazi-Deutschland widerstehen, überleben und so die Handlungsfreiheit wiedererlangen. Dies war für die Sowjetunion mit ungeheuren Opfern an Menschen und Material verbunden. Sind diese Opfer vermeidbar oder nicht? Sie sind nur vermeidbar — und das ist die wichtigste Lehre für die Zukunft — wenn die Arbeiterklasse der kapitalistischen und imperialistischen Länder den Kampf gegen die eigene Kapitalistenklasse bis zum revolutionären Kampf für die sozialistische Ordnung hätte steigern können. Die Volksfrontpolitik war für dieses Ziel ein Hindernis und daher letzten Endes zum Schaden für die SU selbst.

War die Volksfront nicht auch Einheitsfront?

Was war die Einheitsfront der KPD bis 1923 und der KPD-Opposition von 1928 bis 1933? Unter den damals gegebenen Voraussetzungen bestand die Aufgabe darin, die Arbeiter für die Tageskämpfe und Tagesaufgaben unter Aufrechterhaltung der politischen Gegensätze mit der SPD zu vereinen. Die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse war im 1. Weltkrieg und nach der Kriegsniederlage in Bewegung geraten, weg von den Vorstellungen des Reformismus wie Vaterlandsverteidigung und Klassenharmonie im Krieg in Richtung zum Kommunismus. Ausdruck dafür war die vom „Rat der Volksbeauftragten“ 1918 proklamierte „sozialistische Republik“. In den Nachkriegswirren stand vor den Kommunisten die Aufgabe, „*der entschiedenste, immer weiter treibende Teil*“ der Bewegung zu sein durch die „*Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung.*“⁴

In den Tageskämpfen, die sich noch im Rahmen der bestehenden Ordnung vollzogen, war es notwendig, die durch das Überlaufen der SPD 1914 ins bürgerliche Lager hervorgerufene politische Spaltung der Arbeiterklasse zu überbrücken. Der revolutionäre Teil der Arbeiter mußte die Führer der Sozialdemokratie und Gewerkschaften vor die Alternative stellen, den Kampf für die Tagesforderungen entweder ernsthaft und erfolgreich zu führen mit der Unterstützung der kommunistischen Arbeiter — was den kämpfenden Massen an Hand eigener Erfahrungen hätte zeigen können, wer ihr besserer Wegweiser in diesen Kämpfen war — oder den gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten für die Tagesforderungen abzulehnen. Dann mußten die nichtkommunistischen Arbeiter den Mißerfolg im Kampf für die Tagesinteressen der Sabotage der reformistischen Führung

⁴ Kommunistisches Manifest.

zuschreiben. Mit anderen Worten: Die Einheitsfronttaktik knüpfte an den Widerspruch an, daß einerseits die Sozialdemokratie den Wunsch breiter Massen nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Revolution widerspiegelte und daß andererseits der Kampf der Werktätigen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die notwendige Durchgangsperiode auf dem Wege zur sozialen Revolution darstellte.

Diese von der KPD bis 1923 entwickelte Einheitsfronttaktik war die Voraussetzung dafür, daß 1923 die KPD zum ersten und bisher einzigen Male die Frage des Kampfes um die politische Macht überhaupt stellen — wenn auch nicht mit der Eroberung der politischen Macht beantworten konnte. Ihr Einfluß auf die sozialdemokratischen und nichtkommunistischen Arbeiter war in den Einheitsfrontkämpfen so gewachsen, daß sie die nächste Etappe, den Kampf um die politische Macht, ins Auge fassen konnte. Daß dieser Schritt 1923 nicht getan werden konnte, hatte objektive Gründe und ist nicht auf den angeblichen Verrat der Brandler-Thalheimer-Führung der KPD zurückzuführen. Die herrschende Klasse in Deutschland war noch nicht am Ende ihrer Möglichkeiten. Mit der neuen „Rentenmark“, die die Inflation beendete, konnten die Arbeiter wieder kaufen und ihre notwendigsten Bedürfnisse stillen. Diese Möglichkeit (unterstützt durch die Wirtschaftshilfe der kapitalistischen Klassengenossen der Entente) zwang die Massen nicht, ihr Letztes im Kampf ums Überleben einzusetzen: ihr Leben. Die auch unter Kommunisten verbreitete Vorstellung, daß Kommunisten diese Bereitschaft der Massen durch eignes Opfer ersetzen, den Massen ihre revolutionäre Tat abnehmen könnten, hat mit Kommunismus nichts zu tun. Engels hat das in den „Grundsätzen des Kommunismus“ so ausgedrückt: „... Die Kommunisten wissen zu gut, daß alle Verschwörungen nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich sind. Sie wissen zu gut, daß Revolutionen nicht absichtlich und willkürlich gemacht werden, sondern daß sie überall und zu jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen waren, welche von dem Willen und der Leistung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig sind. Sie sehen aber auch, daß die Entwicklung des Proletariats in fast allen zivilisierten Ländern gewaltsam unterdrückt und daß hierdurch von den Gegnern der Kommunisten auf eine Revolution mit aller Macht hingearbeitet wird. Wird hierdurch das unterdrückte Proletariat zuletzt in eine Revolution hineingejagt, so werden wir Kommunisten ebensogut mit der Tat wie jetzt mit dem Wort die Sache der Proletarier verteidigen.“⁵

Die hier veröffentlichten Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“⁶ haben den Bankrott der Volksfrontpolitik in Frankreich und in Spanien vorausgesagt, wie die Gruppe Arbeiterpolitik auch in dem besetzten Deutschland nach 1945 vor dem Eintritt von Kommunisten in bürgerliche Regierungen gewarnt hat. Diese Voraussagen beruhen lediglich darauf, daß sie bei der Untersuchung der konkreten Verhältnisse in Spanien, Frankreich und Deutschland in der Periode von 1935 bis 1939, ebenso wie nach 1945, die Methode des Marxismus anwandten. Die in diesen Artikeln zum Ausdruck kommende Kritik ist nun über 30 Jahre alt. Hat sie in dieser Zeit an Aktualität eingebüßt? In der BRD betreibt vor allem die DKP eifrige Agitation mit der Volksfront, zur Zeit unter dem Begriff des „antimonopolistischen Bündnisses“⁷. Wie wenig jedoch diese Agitation der Erforschung des gesellschaftlichen Prozesses standhält, dafür liefert die DKP — wenn auch unbewußt — selbst den Beweis. In einer Broschüre „Klassenkämpfe in Frankreich heute“, die der Popularisierung der Volksfrontagitation dienen soll, wird als Ergebnis der Volksfrontpolitik von 1935 bis 1938 in Frankreich festgestellt: „Aber die Volksfrontregierung unter Leon Blum konnte sich aufgrund innerer Gegensätze (welcher Art?, die Red.) nicht lange halten. Nach ihrem Rücktritt 1938, der nur durch die Mobilisierung der Massen — wie die französische KP forderte — gegen den zunehmenden Druck der Monopole, reaktionärer Parteien und organisierter faschistischer Banden hätte abgewendet werden können (wer verhinderte diese Mobilisierung der „nichtmonopolistischen Schichten“?, die Red.) wetteiferten die nachfolgenden Regierungen miteinander, sich in der Senkung des Lebensstandards der werktätigen Be-

⁵ MEW, Band 4, Seite 372.

⁶ Zeitschrift der „Internationalen Vereinigung der kommunistischen Opposition“ (IVKO). Die IVKO hatte ihr Büro zu der Zeit in Paris.

⁷ „Nichtmonopolistische Schichten und Mehrheit verstanden als die Gesamtheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz, der Bauern, Handwerker, Handels- und Kaufleute, der kulturell Tätigen, des sogenannten Mittelstandes bis hin zu nichtmonopolistischen Kapitalisten.“ (so Reinhard Opitz, „Wie bekämpft man den Faschismus?“)

völkerung, in der Begünstigung der Monopole, in der Aushöhlung der Demokratie und in der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse zu überbieten. Obwohl die französische KP auf ihrem 9. Parteitag 1937 mitteilen konnte, daß sie inzwischen 341 000 Mitglieder zähle . . . wurde sie am 26. September 1939 in die Illegalität getrieben . . .⁸

Mit kommunistischen Ministern in einer Regierung mit den französischen Sozialisten und Radikalsozialisten wurde den Arbeitern, die spontan den Kampf gegen die französischen Faschisten aufgenommen hatten, kommunistischer Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung vorgetäuscht, der nicht vorhanden war. Wenn Kommunisten sozialdemokratische Regierungen unterstützen, dann nur, um dazu beizutragen, die Masse der sozialdemokratischen Wähler von parlamentarischen und regierungssozialistischen Illusionen zu befreien als Voraussetzung des aktiven Eingreifens der Arbeiterklasse. Wenn sich Kommunisten an einer Regierung im bürgerlichen Staat beteiligen, dann helfen sie mit, zu alten Illusionen neue hinzuzufügen, indem sie damit auch bei den kommunistischen Wählern die Vorstellung hervorrufen, daß kommunistische Minister in bürgerlichen Regierungen das selbständige Handeln der Arbeiter überflüssig machen. Das Ergebnis der Volksfrontpolitik der KPF 1935 bis 1938 war das Erstarken der Monopole, die Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie etc. Aber sollte nicht gerade das verhindert werden? Das hält jedoch die DKP und SED nicht davon ab, die Volksfront den deutschen Arbeitern heute als kommunistische Erkenntnis anzubieten, trotz der negativen Erfahrungen mit den kommunistischen Ministern in den Westzonen nach 1945 und den gescheiterten Versuchen der Nationalen Front mit den nicht-monopolistischen Schichten. Zu diesem Zweck wird die spontane Einheitsbewegung der französischen Arbeiterklasse 1935 in einen Erfolg der Volksfronttaktik der KPF verfälscht. Was an der französischen Bewegung 1935 progressiv war, das entsprang dem spontanen Widerstand der französischen Arbeiter (der Kampf gegen die Teuerungen), was die Entwicklung des spontanen Widerstandes zu revolutionären Formen hemmte, das war die Volksfrontpolitik.

Seit 1945 hat die Politik der KPD im Zeichen der Volksfront gestanden, einmal hieß sie „Antifaschistische Front aller Demokraten“, dann „Nationale Front“ etc. Warum vermochten alle diese politischen Versuche es nicht, dem Kommunismus in Deutschland das Ansehen zurückzugewinnen, das er einmal in der deutschen Arbeiterklasse besaß, und warum trugen sie im Gegenteil dazu bei, die kommunistische Bewegung und den Kommunismus bei den deutschen Arbeitern in Verruf zu bringen?

Die SU wollte das Kriegsbündnis mit den westlichen Alliierten, das erst am Ende des 2. Weltkrieges, als die Truppen der Sowjetunion den Vormarsch auf Europa begannen, zu funktionieren begann, unter den veränderten Verhältnissen nach dem Krieg weiterführen. Diesen Vorstellungen entsprach die Zusammenarbeit der KPD mit den Militärbehörden und der Eintritt in die Regierungen: KP-Senatoren in Hamburg und Bremen, Minister in Braunschweig, Rheinland, Bayern, Württemberg etc. Sie halfen aktiv, eine „antifaschistisch-demokratische“ Polizei mit „kommunistischen“ Polizeioffizieren zu organisieren, sogenannte Entnazifizierungsausschüsse zu schaffen, „antifaschistische“ Lehrer an Stelle der Nazi-Lehrer einzustellen. Aber all dies erwies sich nur als Tarnung für den Wiederaufbau des Kapitalismus gegenüber der Bevölkerung. Die Ideologie dieser Zusammenarbeit unter den Fittichen der Militärbehörden war die „Antifaschistische Front aller demokratischen Parteien“. Als am Ende dieser Periode die kommunistischen Minister nach erfüllter Mohrenarbeit aus den Regierungen wieder herausflogen, entdeckte die KPD die „Nationale Front“ aller Deutschen und aller deutschen Parteien gegen die imperialistischen Besatzungsmächte — das entsprach der Periode des kalten Krieges. Aber sie begriff nicht, daß das deutsche Bürgertum politisch nur dank der Hilfe der Besatzungsmächte im Westen herrschen konnte.

Die unkritische Lobpreisung der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition nimmt den Kommunisten in der DKP nun zu guter Letzt das einzige, was sie bei ihren Forderungen und politischen Wünschen von anderen kleinbürgerlichen Parteien bisher unterschieden hat: daß sie die diplomatische Anerkennung der DDR forderten. Ihr Hinterherlaufen hinter kleinbürgerlichen Vorstellungen und Wünschen in der Hoffnung, damit Wahlstimmen für sich einzufangen zu können, kann vielleicht vorübergehende Stimmengewinne einbringen, aber es dient nicht der „Bildung des Proletariats zur Klasse,

⁸ Lothar Peter: „Klassenkämpfe in Frankreich“ Verlag Marxistische Taschenbücher, Frankfurt.

Sturz der Bourgeoisieherrschafft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“⁹ Das Handwerk des bürgerlich-parlamentarischen Stimmenfangs verstehen die Regierungsparteien mit Wahlgeschicken besser.

Die Frage bleibt zu beantworten, ob Kommunisten gegen ein Zusammengehen mit bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Parteien oder Klassensplitter sind, gegen Kompromisse mit ihnen? Es gibt zu diesem Problem an verschiedenen Stellen Äußerungen von Marx und Engels. Wir wollen hier eine Darstellung zu diesem Problem von F. Engels wiedergeben.¹⁰

In einem Brief an den dänischen Sozialisten G. Trier bemerkt Engels zu der Frage von Kompromissen der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien bei Wahlen:

⁹ Kommunistisches Manifest.

¹⁰ MEW, Band 37, Seite 326.

Engels an Gerson Trier
in Kopenhagen
(Entwurf)

London, 18. Dec. 89

Lieber Herr Trier,

Besten Dank für Ihre interessanten Mitteilungen vom 8.

Wenn ich Ihnen meine Ansicht sagen soll über die letzte Kopenhagener Haupt- und Staatsaktion^[1889], deren Opfer Sie geworden, so fange ich mit einem Punkt an, wo ich nicht Ihrer Ansicht bin.

Sie verwerfen prinzipiell alles und jedes selbst momentane Zusammengehen mit andern Parteien. Ich bin revolutionär genug, mir auch das Mittel nicht absolut verbieten zu lassen unter Umständen, wo es das vorteilhaftere oder am wenigsten schädliche ist.

Dass das Proletariat seine politische Herrschaft, die einzige Tür in die neue Gesellschaft, nicht erobern kann ohne gewalttätige Revolution, darüber sind wir einig. Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug zu sein, ist es nötig – und das haben [Marx] und ich seit [1847] vertreten –, daß es eine besondere Partei bildet, getrennt von allen andern und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei.

Darin liegt aber nicht, daß diese Partei nicht momentan andre Parteien zu ihren Zwecken benutzen kann. Darin liegt ebensowenig, daß sie nicht andre Parteien momentan unterstützen kann in Maßregeln, die entweder unmittelbar dem Proletariat vorteilhaft oder die Fortschritte im Sinn der ökonomischen Entwicklung oder der politischen Freiheit sind. Wer in Deutschland für Abschaffung der Majorate und anderer Feudalrechte, der Bürokratie, Schutzzölle, des Sozialistengesetzes^[1848], der Beschränkungen des Versammlungs- und Vereinsrechts wirklich kämpft, den würde ich unterstützen. Wäre unsere deutsche Fortschrittspartei^[1848] oder wäre Ihre dänische Venstre^[1848] eine wirkliche radikal-bürgerliche Partei und nicht bloße elende Phrasenhelden, die bei der ersten Drohung Bismarcks oder Estrups sich verkriechen, so wäre ich keineswegs unbedingt gegen alles und jedes momentane Zusammengehen mit ihnen für bestimmte Zwecke. Wenn unsere Abgeordneten für einen Vorschlag stimmen, der von anderer Seite gemacht wird – und das müssen sie ja oft genug –, so ist das auch schon ein Zusammengehen. Ich bin aber nur dann dafür, wenn der Vorteil für uns direkt oder für die geschichtliche Entwicklung des Landes in der Richtung auf die ökonomische und politische Revolution unbestreitbar und der Mühe wert ist. Und vorausgesetzt, daß der proletarische Klassencharakter der Partei dadurch nicht in Frage gestellt wird. Dies ist für mich die absolute Grenze. Diese Politik finden Sie entwickelt schon 1847 im „Kommunistischen Manifest“, wir haben sie befolgt 1848, in der Internationale, überall.

Abgesehen von der Frage der Moralität – um diesen Punkt handelt es sich hier nicht, ich lasse ihn also beiseite – ist mir als Revolutionär jedes Mittel recht, das zum Ziel führt, das gewalttätige, aber auch das scheinbar zahme.

Eine solche Politik erfordert Einsicht und Charakter, aber welche andre tut das nicht? Sie setzt uns der Gefahr der Korruption aus, sagen die Anar-

chisten und Freund Morris. Ja, wenn die Arbeiterklasse eine Gesellschaft von Dummköpfen und Schwächlingen und ohne weiteres käuflichen Lumpen ist, dann packen wir am besten gleich ein, dann haben das Proletariat und wir alle auf der politischen Bühne nichts zu schaffen. Das Proletariat wie alle andere Parteien wird klug am ehesten durch die Folgen seiner eignen Fehler, diese Fehler kann ihm niemand ganz ersparen.

Nach meiner Meinung haben Sie also unrecht, wenn Sie eine zunächst rein taktische Frage zu einer prinzipiellen erheben. Und für mich liegt ursprünglich nur eine taktische Frage hier vor. Aber ein taktischer Fehler kann unter Umständen auch in einem Prinzipienbruch endigen.

Und da haben Sie, soweit ich urteilen kann, recht gegen die Taktik der Hovedbestyrelsen. Die dänische Linke spielt seit Jahren eine unwürdige Oppositionskomödie und wird nicht müde, immer aufs neue ihre eigne Ohnmacht vor der Welt zu konstatieren. Die Gelegenheit, den Verfassungsverbruch^[1889] mit der Waffe in der Hand zu züchtigen – wenn sie ja da war –, hat sie längst vorübergehen lassen, und wie es scheint, schaut sich ein stets wachsender Teil dieser Linken nach Veröhnung mit Estrup. Mit einer solchen Partei, scheint mir, kann eine wirklich proletarische Partei unmöglich zusammengehen, ohne auf die Dauer ihren eignen Klassencharakter als Arbeiterpartei einzubüßeln. Soweit Sie also im Gegensatz gegen diese Politik den Klassencharakter der Bewegung hervorheben, kann ich Ihnen nur beistimmen.

Was nun die Verfahrensweise der Hovedbestyrelsen Ihnen und Ihren Freunden gegenüber betrifft, so ist eine solche summarische Ausschließung der Opposition aus der Partei allerdings vorgekommen in den geheimen Gesellschaften von 1840–51; die geheime Organisation machte sie unvermeidlich. Sie ist ferner vorgekommen, und oft genug, bei den englischen physical force Chartisten^[1840] unter der Diktatur O'Connors. Aber die Chartisten waren eine direkt aus Lauschnagen organisierte Partei, wie schon der Name sagt, standen deshalb unter Diktatur, und die Ausschließung war eine militärische Maßregel. Dagegen in Friedenszeiten kenne ich ein ähnliches willkürliches Verfahren nur bei den Lassalleianern der J.B. von Schweitzerischen „strammen Organisation“; von Schweitzer hatte es nötig wegen seines verdächtigen Umgangs mit der Berliner Polizei und beschleunigte damit nur die Desorganisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins^[1849]. Von den heute bestehenden sozialistischen Arbeiterparteien würde es wohl kaum einer einzigen – nachdem Herr Rosenberg in Amerika sich glücklich selbst beseitigt hat^[1889] – einfallen, eine in ihrem eignen Schoß erwachsende Opposition nach dem dänischen Muster zu behandeln. Es gehört zum Leben und Gedeihen einer jeden Partei, daß in ihrem Schoß gemäßigtere und extremere Richtungen sich entwickeln und selbst bekämpfen, und wer die extremere kurzerhand ausschließt, befördert dadurch nur ihr Wachstum. Die Arbeiterbewegung beruht auf der scharfsten Kritik der bestehenden Gesellschaft; Kritik ist ihr Lebenselement, wie kann sie selbst der Kritik sich entziehen, die Debatten verbieten wollen? Verlangen wir denn von andern das freie Wort für uns bloß, um es in unrennen eignen Reihen wieder abzuschaffen?

Wenn Sie wünschen sollten, diesen Brief ganz zu veröffentlichen, so habe ich nichts dagegen.

Aufrechtlich Ihr

Engels stellt also folgende Punkte fest: 1. Das Proletariat kann seine politische Herrschaft nicht ohne Revolution erreichen. 2. Die Klassenpartei des Proletariats kann Kompromisse mit jeder bürgerlichen Partei eingehen, die „wirklich kämpft“. 3. Die Ziele des Proletariats dürfen keinen Augenblick dabei in Frage gestellt werden.

Die Epoche, in der das deutsche Bürgertum und Kleinbürgertum selbständig fortschrittlich kämpfte, ist seit 1848 vorbei. Es wird entweder, soweit ein demokratisches Bürgertum oder Kleinbürgertum noch existiert, mit der Arbeiterklasse marschieren, wenn und soweit diese für ihre fortschrittlichen Ziele wirklich kämpft. Falls dies nicht der Fall sein sollte und die Bewegung der Arbeiterklasse unterliegt, wird es mit dem Monopolkapitalismus gegen die Arbeiterklasse als Werkzeug und Kampftruppe gehen. So im Faschismus.

Volksfrontpolitik ist in Kolonialländern, wie es China und Indochina waren und andere noch sind, eine Zeitlang möglich. Sich auf die Entwicklung in den volksdemokratischen Ländern nach 1945 zu berufen, ist Unsinn, weil die Sowjetunion dort die innere Konterrevolution niedergehalten und die äußere ferngehalten hat.

Das Verständnis für die Probleme der kommunistischen Bewegung wird heute dadurch erschwert, daß der Niedergang einer Bewegung meistens seine Ergänzung im theoretischen Verfall findet. Die gesellschaftliche Entwicklung und die Bedingungen werden nicht mehr erforscht, sondern es wird blind im Nebel nach einem Weg gesucht. Auf das Desaster mit den „Sozialdemokraten als Hauptfeind“, dem „Sozialfaschismus“, folgt jetzt der Rückfall in reformistisch-kleinbürgerliche Vorstellungen.

Nachdem die Geschichtsschreiber der SED zu einer sachlichen Untersuchung der politischen Differenzen in der kommunistischen Bewegung nicht fähig waren und sind, und sie die Kritik mit dem Geschrei vom Renegaten, Sozialfaschisten und Verräter an der Revolution „widerlegten“, greifen sie jetzt zu einer neuen Methode. Sie erklären Heinrich Brandler¹¹ zum Vater der Volksfront, indem sie Einheitsfront, Arbeiterregierung und Volksfront zusammenrühren und ihn als Vertreter dieser Konfusion auf dem 8. Parteitag der KPD 1923 auftreten lassen. Sie schreiben in der Leipziger Volkszeitung: „Der einheitliche Kampf der Kommunisten und Sozialisten in Chile gegen die Anschläge der Reaktion, das gemeinsame Regierungsprogramm von KPF und SPF in Frankreich, die Einigungsbestrebungen der drei italienischen Gewerkschaften mögen dafür als markante Beispiele stehen!“ Und dann weiter: „Es lag auch durchaus in der Logik der Sache, daß sich die Verteidigung der Politik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung in der Auseinandersetzung mit den Ultralinken auf die Erfahrungen der Bolschewiki stützten. So berief sich H. Brandler, der als Referent die Position der Parteimehrheit zu vertreten hatte, auf die Erfahrungen der Bolschewiki in der Revolution 1905 und zitierte ausführlich die Resolutionen des III. Parteitages der SDAPR über Teilnahme der Partei an der provisorischen Regierung und über die Einheitsfront mit anderen Parteien... und erklärte: Gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterschaft darf es nicht heißen: Zerstümmerung der Sozialdemokratie, sondern Eroberung der Arbeiter, die in der sozialdemokratischen Organisation sind.“¹²

Die Unidad Popular in Chile hat mit Volksfront in Frankreich oder anderen entwickelten kapitalistischen Ländern nichts zu tun. Was in Chile historisch notwendiges Durchgangsstadium für die Arbeiterklasse ist, das das Proletariat „klug am ehesten durch seine eignen Fehler“ wird, das ist in den entwickelten kapitalistischen Ländern mit historischen Erfahrungen aus den revolutionären Kämpfen der Arbeiterklasse schon teuer bezahlt worden.

Daß die französischen Kommunisten 1973 ihre Sozialisten bei der Erprobung ihrer politischen Absichten unterstützen, ist vom kommunistischen Standpunkt aus richtig, weil es dazu beiträgt, kleinbürgerlich-sozialistische Illusionen rascher zu überwinden. Aber daß Kommunisten ein sozialdemokratisches Programm als ihr Programm deklarieren, heißt, daß sie kommunistische Erkenntnisse mißachten und vor den Massen in Verfall bringen. Die Tatsachen zeigen, daß die Volksfrontpolitik der KPF mit dem gemein-

¹¹ Heinrich Brandler war vor 1923 einer der führenden Leute der KPD, später mit Thalheimer, Walcher u. a. in der Leitung der KPD-Opposition.

¹² Leipziger Volkszeitung vom 13. 1. 1973.

samen (sozialdemokratisch-kleinbürgerlichen) Regierungsprogramm von 1973 zur Stärkung des kleinbürgerlichen Sozialismus und nicht des Kommunismus führte, zu einer Stärkung der SFIO¹³ und des kleinbürgerlichen Phraseologen Mitterand.

Die Einigungsbestrebungen der italienischen Gewerkschaften — von denen die Leipziger Volkszeitung spricht — haben mit Volksfrontpolitik nichts zu tun. Sie haben zum Ziel, die Kampfkraft der italienischen Arbeiterklasse in Tagesfragen zu stärken. Sie sind Einheitsfrontpolitik.

Wir erleben jetzt in der BRD eine Periode des Überganges von einer langen Zeit der politischen Apathie der arbeitenden Bevölkerung auf Grund der Niederlagen der Arbeiterbewegung und des Wirtschaftswunders zu einer Periode wachsender Aufnahmebereitschaft kommunistischen Gedankengutes. Was heute jedoch sehr oft unter der Flagge des Kommunismus segelt, kann nicht dazu beitragen, die in Bewegung kommenden Massen mit dem Kommunismus zu verschmelzen, wie es in der Periode nach dem 1. Weltkrieg in steigendem Maße in Deutschland der Fall war. Die Veröffentlichung der Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“, der unter der maßgeblichen Redaktion von August Thalheimer in Paris in den Jahren von 1935 bis 1939 herausgegeben worden ist, sollen dazu beitragen, die Methode zu verstehen, mit der vom kommunistischen Standpunkt aus das Wesen der Zeitgeschichte und der Klassenkämpfe zu betrachten sind.

Gruppe Arbeiterpolitik, Januar 1974

Der „Internationale Klassenkampf“ erschien 1935 bis 1939 in Paris als Organ der „Internationalen Vereinigung der kommunistischen Opposition“ (IVKO). Wenn in den vorliegenden Artikeln von Stalinismus etc. die Rede ist, dann ist darunter nicht wie heute meistens Kommunismus und SU zu verstehen, sondern die Methoden der KPdSU und Kommintern unter Stalins Führung.

Die orthographischen Fehler im Text entstanden durch die schwierigen Bedingungen, unter denen die Zeitschrift hergestellt und herausgegeben wurde. Wir haben den Originaltext lediglich vergrößert und neu umbrochen. Für Anregungen und kritische Hinweise aus dem Leserkreis sind wir dankbar.

¹³ SFIO: Sozialdemokratische Partei Frankreichs.

I.

Die Kommunistische Internationale bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, und Lenin.

Aber Marx, Engels und Lenin haben uns nicht nur die Grundsätze des Kommunismus überliefert, sie haben ihre Lehre nicht als Dogma, sondern als Anleitung zur Aktion aufgefasst. Die Werke und die politische Tätigkeit von Marx, Engels und Lenin sind zugleich Beispiele der praktischen Anwendung der Grundsätze des Kommunismus, sie sind Beispiele der Taktik der kommunistischen Partei. Dieser Teil der Lehren von Marx, Engels und Lenin wird aber von der KI in ihrer Politik ausserhalb der SU ganz vernachlässigt. Von der Taktik der KI in den kapitalistischen Ländern kann keinesfalls behauptet werden, dass sie den Stempel des Geistes von Marx, Engels und Lenin trage. Es ist allerdings viel schwieriger, die taktischen Lehren von Marx, Engels und Lenin anzuwenden, als die von ihnen formulierten allgemeinen Grundsätze des Kommunismus zu propagieren. Marx, Engels und Lenin haben die Aufgaben des revolutionären Proletariats in bestimmten historischen Situationen herausgearbeitet und zwar, indem sie gerade die konkreten Bedingungen und Besonderheiten des Klassenkampfes zu ihrer Zeit berücksichtigten. Es ist nicht leicht, heute die taktischen Lehren von Marx, Engels und Lenin anzuwenden, d. h. ihre Stellung in einer bestimmten historischen Situation für die Haltung der Kommunisten in einer anderen Lage, in einem anderen Lande und zu einer anderen Zeit auszuwerten. Das ist zumal in der heutigen Zeit nicht leicht, wo der Prozess des Niedergangs und des Verfaulens des Kapitalismus die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft auf die Spitze treibt, ständig neue innerpolitische und ausserpolitische Krisen hervorbringt und die Kommunisten immer wieder vor neue Fragen stellt. Die Verlockung ist heute gross, sich auf den Standpunkt zu stellen, dass es sich nicht sehr lohne, die Taktik von Marx, Engels und Lenin zu studieren und durchzuarbeiten, weil die Lage heute doch eine ganz andere sei, und dass es besser sei, unbeschwert von der Rücksicht auf das, was die grossen Lehrmeister des Kommunismus zu ihrer Zeit zu den damaligen Problemen des Klassenkampfes gesagt haben, der Eingebung des „gesunden Menschenverstandes“ zu folgen. Der „gesunde Menschenverstand“, der die Lehren der Geschichte geringschätzt, landet aber immer in einer Sackgasse, denn nur der kann sich richtig auf die Zukunft einstellen, wer die Erfahrungen der Vergangenheit in sich aufgenommen hat.

Die KI hat es z. B. der Kommunistischen Opposition als besonderen Opportunismus angerechnet, dass diese forderte, dass bei der Stellungnahme zum Faschismus die Marxsche Analyse des französischen Bonapartismus im „18 Brumaire“ berücksichtigt werde. Die Kommunistische Opposition hat dank der Durcharbeitung der Marxschen Stellung zum Bonapartismus eine richtige kommunistische Taktik für den Kampf gegen den Faschismus formuliert. Die Führung der KI aber folgte ihrem „gesunden Menschenverstand“ und kam so auf Grund des oberflächlichen Augenscheins erst zur Theorie des „Sozialfaschismus“ und dann, als diese Theorie und die mit ihr verbundene ultralinke Taktik einen schmachvollen Bankrott er-

**Marx, Engels
Lenin und
die Volksfront**

April 1936

litten hatten, zu der Behauptung, dass die Arbeiterklasse heute vor der Alternative stehe: bürgerliche Demokratie oder Faschismus, und zu der Taktik der „Volksfront“.

Hätte die Führung der KI die Lehren beherzigt, die sich aus der Stellung von Marx, Engels und Lenin zu den Klassenkämpfen ihrer Zeit ergeben, dann wäre ihr sowohl die ultralinke Theorie des „Sozialfaschismus“ als auch die heutige ultrarechte Politik der Volksfront erspart geblieben. Marx, Engels und Lenin haben, wenn sie die Kampfaufgaben des Proletariats in einer bestimmten Situation formulierten, stets sorgfältig die Stellung der einzelnen Klassen analysiert; sie haben die Haltung der nichtproletarischen Klassen der Gesellschaft nicht auf Grund der guten oder schlechten Absichten ihrer politischen Vertreter, nicht auf Grund des oberflächlichen Augenscheins, sondern auf Grund ihrer Klassenlage eingeschätzt. Sie haben besonders darauf geachtet, dass die Grenzen zwischen den einzelnen Klassen hervorgehoben, dass die Unterschiede zwischen den Interessen und der Haltung der einzelnen Klassen nicht nur im allgemeinen, sondern auch in Bezug auf den konkreten geschichtlichen Augenblick feststellt wurden und dass stets der eigene besondere Klassenstandpunkt des Proletariats deutlich zu Tage trat. Für die Theorie des „Sozialfaschismus“ existierte kein Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus, alle Parteien ausser der kommunistischen wurden durch die Bank als faschistisch bezeichnet, alle Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen ihnen stellten sich als eine verabredete Komödie dar. Die Theorie des „Sozialfaschismus“ hob zwar den besonderen Klassenstandpunkt des Proletariats hervor, aber nur in der Form eines allgemeinen Bekenntnisses zu den Endzielen des proletarischen Klassenkampfes; die ultralinke Taktik war nicht imstande, ein selbstständiges, wirksames Eingreifen des Proletariats in die konkreten Ereignisse des Tages herbeizuführen; die kommunistische Partei tappte im Dunklen, weil die Theorie des „Sozialfaschismus“ ihr die Augen für das, was vor sich ging, verschloss.

Die Volksfronttaktik beruht auf derselben Methode wie die Theorie des „Sozialfaschismus“, sie ist von den Anforderungen einer marxistisch-leninistischen Taktik noch weiter entfernt. Die Volksfrontpolitik führt dazu, dass in der Tagespolitik der kommunistischen Partei der besondere Klassenstandpunkt des Proletariats in einem Meer völkergedemokratischer Phrasen verschwindet. Der Faschismus erscheint bei der Volksfrontpolitik nicht als eine Form der Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse und im Interesse der Bourgeoisie als Klasse, sondern als die „Diktatur der am meisten imperialistischen, am meisten chauvinistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Resolution des VII. Weltkongresses), als das Werk der „zweihundert Familien“ der reichsten Grosskapitalisten (so in Frankreich), dem man das «Volk» d.h. Arbeiter, Kleinbürger, u. auch die Masse der Bourgeois, die nicht zu den am meisten imperialistischen, am meisten chauvinistischen Elementen des Kapitals gehört, radikale Bourgeois in Frankreich, liberale Bürger, katholische Pfaffen u. Kapitalisten, ja, Reichswehroffiziere u. Monarchisten in Deutschland in einer einheitlichen Kampffront entgegenstellen könne.

Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie wird nicht im Lichte der Klassengegensätze des niedergehenden Kapitalismus gesehen, die sie zersetzen und auf ihrem Boden den Faschismus hervorbringen, sondern unter dem Gesichtspunkt ihrer Jugendzeit, unter dem Gesichtspunkt der Traditionen von 1789 und 1848. Die Behauptung, dass das Proletariat gegenwärtig nur die Wahl zwischen faschistischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie habe, führt praktisch dazu, dass die Kommunistische Partei sich dort, wo die bürgerliche Demokratie noch besteht, wie in Frankreich, zunächst auf den Kampf für ihre Erhaltung beschränkt, dass sie dort, wo der Faschismus bereits gesiegt hat, wie in Deutschland und Italien, für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie eintritt. Diese Formel ist deswegen besonders schädlich, weil sie in ihrer logischen Konsequenz nichts weiter bedeutet als die Vertagung des Kampfes für die proletarische Diktatur auf eine unbestimmte, ferne Zukunft. Der niedergehende Kapitalismus wird immer wieder die Gefahr des Faschismus erzeugen: eine Beseitigung der faschistischen Gefahr im Rahmen des Kapitalismus, eine Konsolidierung der bürgerlichen Demokratie könnte auf die Dauer nur erfolgen, wenn eine neue Blütezeit der kapitalistischen Wirtschaft anbräche. Wenn das Proletariat also mit dem Kampf für die proletarische Diktatur warten müsste, bis die faschistische Gefahr verschwunden ist, dann könnte es ewig warten. Das Gute ist nur, dass die Führung der KI durch die Existenz der SU immer wieder mit der Nase auf die Aktualität der proletarischen Diktatur gestossen wird.

II.

Wir wollen nachstehend an Hand einiger Beispiele untersuchen, wie Marx, Engels und Lenin zu den Problemen Stellung nahmen, die jetzt durch die Volksfrontpolitik aufgeworfen werden.

In einem Brief von Marx an Kugelmann vom 17. April 1871 lesen wir: „Wie Du kleinbürgerliche Demonstrationen à la 13. Juni 1849 mit dem jetzigen Kampf in Paris vergleichen kannst, ist mir völlig unbegreifbar.“

Dieser 13. Juni, von dem Marx so abfällig urteilt, beruhte, wenn man so sagen darf, auf einer Art von Volksfrontpolitik. Es war dies ein Aufstandsversuch der sogenannten sozialdemokratischen Partei, die in gewisser Hinsicht die Vorgängerin der heutigen französischen Radikalsocialisten war, gegen Louis Bonaparte, der damals Präsident war, und die Ordnungspartei, eine Koalition monarchistischer Gruppen, die die Mehrheit im Parlament hatte. Ueber die damalige französische sozialdemokratische Partei schreibt Marx (im „18. Brumaire des Louis Bonaparte“): „Der koalitierten Bourgeoisie gegenüber hatte sich eine Koalition zwischen Arbeitern u. Kleinbürgern gebildet, die sogenannten sozialdemokratischen Partei... Februar 1849 wurden Versöhnungsbankette gefeiert. Ein gemeinschaftliches Programm wurde entworfen, gemeinschaftliche Wahlkomitees wurden gestiftet und gemeinschaftliche Kandidaten aufgestellt. Den sozialen Forderungen des Proletariats wurde die revolutionäre Spitze abgebrochen und eine demokratische Wendung gegeben, den demokratischen Ansprüchen des Kleinbürgertums die bloss politische Form abgestreift und ihre sozialistische Pointe herausgekehrt...“

Zum Unterschied von der heutigen Sozialdemokratie, die eine Partei mit kleinbürgerlicher Politik und proletarischer Mitgliedschaft ist, dominierte in der Anhänger-schaft der französischen Sozialdemokratie von 1848/49 das kleinbürgerliche Element.

Ferner heisst es im „18. Brumaire“ über die politischen Auffassungen dieser damaligen Sozialdemokraten oder Montagnards, wie sie sich auch nannten: „In der demokratischen Manier zu sehen, handelt es sich während der Periode der gesetzgebenden Nationalversammlung um was es sich in der Periode der konstituierenden handelte, um den einfachen Kampf zwischen Republikanern und Royalisten. Die Bewegung selbst aber fassen sie in ein Stichwort zusammen: „Reaktion“, Nacht, worin alle Katzen grau sind, und die ihnen erlaubt, ihre nachtwächterlichen Gemeinplätze abzuleiern. Und allerdings, auf den ersten Blick zeigt die Ordnungspartei einen Knäuel von verschiedenen royalistischen Fraktionen, die nicht nur gegeneinander intrigulieren, um jede ihren eigenen Prätendenten auf den Thron zu erheben und den Prätendenten der Gegenpartei auszuschliessen, sondern auch sich alle vereinigen in gemeinschaftlichem Hass und gemeinschaftlichen Angriffen gegen die „Republik“. Die Montagne ihrerseits erscheint im Gegensatz zu dieser royalistischen Kospitation als Vertreterin der „Republik“. Die Ordnungspartei erscheint beständig beschäftigt mit einer „Reaktion“, die sich nicht mehr, nicht minder als in Preussen gegen Presse, Assoziation und dergleichen richtet, und in brutalen Polizeieinmischungen der Bürokratie, der Gendarmen und der Parkette sich vollstreckt wie in Preussen. Die „Montagne“ ihrerseits wieder ist ebenso fortwährend wieder beschäftigt, diese Angriffe abzuwehren und so die „ewigen Menschenrechte“ zu verteidigen, wie jede sogenannte Volkspartei mehr oder minder seit anderthalb Jahrhunderten getan hat. Vor einer näheren Betrachtung der Situation und der Parteien verschwindet indes dieser oberflächliche Schein, der den **Klassenkampf** und die eigentümliche Physiognomie dieser Periode verschleiert.“

Wir lesen bei Marx noch:

„Die Demokraten geben zu, dass eine privilegierte Klasse ihnen gegenüber steht, aber sie mit der ganzen übrigen Nation bilden das Volk. Was sie vertreten ist das **Volksrecht**; was sie interessiert, ist das **Volksinteresse**. Sie brauchen daher bei einem bevorstehenden Kampf die Interessen und Stellungen der verschiedenen Klassen nicht zu prüfen. Sie brauchen ihre eigenen Mittel nicht allzu bedenklich abzuwägen. Sie haben eben nur das Signal zu geben, damit das Volk mit allen selten unerschöpflichen Ressourcen über die Dränger herfalle. Stellen sich nun in der Ausführung ihre Interessen als uninteressant und ihre Macht als Ohnmacht heraus, so liest das entweder an verderblichen Sophisten, die das unteilbare Volk in verschiedene Lager spalten, oder die Armees war zu vertiert und zu verblendet, um die reinen Zwecke der Demokratie als ihr eigenes Bestes zu begreifen, oder an einem Detail der Ausführung ist das ganze gescheitert, oder aber ein unvorhergesehener Zufall hat für diesmal die Partie vertieft.“ (18. Brumaire“)

Der Aufstandsversuch der Montagne brach kläglich zusammen. Ueber die Haltung, die das Pariser revolution-

näre Proletariat damals einnahm, sagt Marx in den „Klassenkämpfen in Frankreich“:

„ Nach dem Votum der Nationalversammlung vom 11. Juni fand eine Zusammenkunft statt zwischen einigen Gliedern der Montagne und Delegierten der geheimen Arbeitergesellschaften. Letztere drangen darauf, noch an dem selben Abend loszuschlagen. Die Montagne wies diesen Plan entschieden zurück. Sie wollte um keinen Preis die Leitung aus der Hand geben; ihre Bundesgenossen waren ihr ebenso verdächtig als ihre Gegner, und mit Recht. Die Erinnerung an den Juni 1848 durchwochte lebendiger als je die Reihen des Pariser Proletariats. Gleichwohl war es an die Allianz mit der Montagne gekettet. Sie vertrat den grössten Teil der Departements, sie überrief ihren Einfluss in der Armee, sie verfügte über den demokratischen Teil in der Nationalgarde, sie hatte die moralische Macht der Butike hinter sich. Wider ihren Willen in diesem Augenblick die Insurrektion beginnen: das hiess für das Proletariat, überdem dezimiert durch die Cholera, in bedeutender Masse aus Paris durch die Arbeitslosigkeit verjagt, die Junitage von 1848 nutzlos wiederholen, ohne die Situation, welche zu dem verzweifelten Kampf gedrängt hatte. Die proletarischen Delegierten taten das einzig Rationelle. Sie verpflichteten die Montagne, sich zu kompromittieren, d. h. aus den Grenzen des parlamentarischen Kampfes herauszutreten für den Fall, dass ihr Anklageakt verworfen würde. Während des ganzen 13. Juni behauptete das Proletariat die selbe skeptisch beobachtende Stellung und wartete ein ernstlich engagiertes, unwiderrufliches Handgemenge zwischen der demokratischen Nationalgarde und der Armee ab, um sich dann in den Kampf und die Revolution über das ihr gesteckte kleinbürgerliche Ziel zu stürzen. Für den Fall des Sieges war die proletarische Kommune schon gebildet, die neben die offizielle Regierung treten sollte. Die Pariser Arbeiter hatten gelernt in der blutigen Schule des Juni 1848“.

Zwischen der heutigen Volksfronttaktik und der Politik des 13. Juni 1849 besteht allerdings ein gewaltiger Unterschied. Die Montagne von 1849 war eine kleinbürgerliche Partei, die immerhin versuchte, einen bewaffneten Aufstand gegen die Grossbourgeoisie (die Ordnungspartei), die die demokratischen Rechte der Massen abbauete, und gegen Bonaparte, der auf die Diktatur hinsteuerte, durchzuführen. Die heutige Radikalsozialistische Partei mit der die KPF sich zur Volksfront verbunden hat, ist eine Partei mit kleinbürgerlichem Massenanhang, aber mit grossbürgerlicher, ausgesprochen kapitalistischer Führung, sie ist keine Oppositionspartei wie die Montagne, sondern eine Regierungspartei, die den Abbau der demokratischen Rechte der Massen und die Kapitaloffensive unterstützt hat und unterstützt. Marx würde die heutige Volksfrontpolitik also noch viel schärfer kritisieren, als die Politik des 13. Juni 1849.

Aber auch so ist das, was Marx über die Montagne schrieb, ein vernichtendes Urteil für die Volksfrontpolitik, die jetzt von der KI, vor allem in Fankelch, betrieben wird.

Was kritisiert Marx an der Politik der Montagne?

Er warf ihr vor, dass sie zwar das Vorhandensein einer privilegierten Klasse („der am meisten imperialistischen

und am meisten chauvinistischen Elemente" des Kapitals, der 200 Familien) zugegeben, aber die Interessen u. Stellungen der verschiedenen Klassen nicht geprüft, sondern sich begnügt habe, allgemeine Phrasen über die «allgemeinen» Interessen des Volkes von sich zu geben; dass sie infolgedessen nicht gesehen habe, dass hinter der «Reaktion», hinter den antidemokratischen Bestrebungen der Grossbourgeoisie, hinter den Diktaturplänen Bonapartes bestimmte materielle Interessen der Kapitalisten gestanden haben; dass sie deshalb auch nicht imstande gewesen sei, demgegenüber die sozialen Interessen der werktätigen Massen, die ihr folgten, der Arbeiter und Kleinbürger, zu verfechten; dass sie den sozialen Forderungen des Proletariats die revolutionäre Pointe abgebrochen und sich darauf beschränkt habe, die sogen. „ewigen Menschenrechte“ zu verteidigen.

Dagegen lobt Marx an der Haltung der Pariser revolutionären Arbeiter, der Delegierten der geheimen Arbeitergesellschaften, dass diese es ablehnten, sich der politischen Führung der Montagne unterzuordnen und dass sie sich für den Fall des Kampfes darauf vorbereiteten, sofort über die kleinbürgerlichen Ziele der Montagne hinauszugehen, dass sie den Kampf nicht unter der Fahne der bürgerlichen Demokratie führen wollten, sondern unter der Losung der Herrschaft des Proletariats, das sie sich nicht darauf einstellten, mit der Montagne eine „Volksfrontierung“ zu bilden, sondern sich anschickten, eine proletarische Kommune zu schaffen, einen, wie wir heute sagen würden, Sowjet, der einer eventuellen Regierung der Montagne die Herrschaft streitig machen sollte.

III.

Die Stellung von Marx zu den damaligen Klassenkämpfen in Frankreich ist deshalb für uns besonders wichtig, weil in Frankreich durch die Februarrevolution und die Junischlacht von 1848 die bürgerliche Revolution im grossen und ganzen abgeschlossen und die proletarische Revolution auf die Tagesordnung gestellt worden war. Dagegen handelte es sich in Deutschland bis zum Jahre 1870, d. h. bis die Einigung Deutschlands und die Wegräumung der hauptsächlichsten Ueberreste des Feudalismus durch die junkerlich-kapitalistische „Revolution von oben“ vollzogen war, vorerst um die bürgerliche Revolution. Soweit aber die Bourgeoisie gegen den Feudalismus auftritt, spielt sie eine fortschrittliche Rolle und deshalb traten Marx und Engels, solange es sich in Deutschland noch um die bürgerliche Revolution handelte, unter gewissen Umständen auch für ein Zusammengehen mit der liberalen Bourgeoisie ein. Aber auch diese Haltung von Marx und Engels ist alles andere als ein Argument für die heutige Volksfrontpolitik der K. I. Einmal handelt es sich heute in den kapitalistischen Ländern, auch wenn in ihnen ein faschistischer Staatsstreich droht oder der Faschismus zur Herrschaft gelangt ist, nicht um die bürgerliche, sondern um die proletarische Revolution. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass, wenn die Bourgeoisie gegenüber dem feudalen und halbfeudalen Absolutismus eine fortschrittliche Rolle gespielt hat, sie dies auch gegenüber dem faschistischen Absolutismus tue. Die mittelalterliche Barbarei des Faschismus ist keine Wiederherstellung feudaler Klassen, keine Verleugnung des Kapitalismus, sondern bringt nur

zum Ausdruck, dass die Kapitalisten-Klasse durch und durch verfault und reaktionär geworden ist, dass der Fortschritt der menschlichen Gesellschaft heute nur noch durch die proletarische Revolution erfolgen kann. Im Kampfe gegen den Faschismus kommen also Organisationen oder Gruppen von Bourgeois nicht als Bundesgenossen der Arbeiter in Frage. Zweitens aber haben Marx und Engels auch in der Periode der bürgerlichen Revolution, als die Bourgeoisie noch eine fortschrittliche Rolle spielte, sich ihr gegenüber ganz anders verhalten als die heutigen Führer der KI gegenüber den Gruppen der Bourgeoisie, mit denen sie sich in der Volksfront verbündet haben, bezw. verbünden wollen.

Marx und Engels haben vor 1848 gegenüber den sogen. „wahren Sozialisten“, das Eingreifen des Proletariats in die bürgerliche Revolution und zu diesem Zweck auch eine Unterstützung der liberalen Bourgeoisie gegen den Absolutismus gefordert. Aber Marx und Engels haben gleichzeitig alle bürgerlich-demokratischen Illusionen auf das Schärfste bekämpft. „Die Arbeiter wissen“ schrieb Marx gegen den bürgerlichen Republikaner Heinzen in der „Deutschen Brüsseler Zeitung“, „dass die Abschaffung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse nicht herbeigeführt wird durch Erhaltung der feudalen. Sie wissen, dass durch die revolutionäre Bewegung der Bourgeoisie gegen die feudalen Stände und die absolute Monarchie ihre eigene revolutionäre Bewegung nur beschleunigt werden kann. Sie wissen, dass ihr eigener Kampf mit der Bourgeoisie erst anbrechen kann an dem Tage, wo die Bourgeoisie gesiegt hat. Trotz alledem teilen sie die bürgerlichen Illusionen des Herrn Heinzen nicht. Sie können und müssen die bürgerliche Revolution als eine Bedingung der Arbeiterrevolution mitnehmen. Sie können sie aber keinen Augenblick als ihren Endzweck betrachten.“

In „Kommunistischen Manifest“ wird gesagt, dass „die deutsche bürgerliche Revolution... nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.“ In seinen „Grundsätzen des Kommunismus“ führte Engels diesen Gedanken näher aus:

„In Deutschland endlich steht der entscheidende Kampf zwischen der Bourgeoisie u. der absoluten Monarchie erst bevor. Da aber die Kommunisten nicht eher auf den entscheidenden Kampf zwischen ihnen selbst und der Bourgeoisie rechnen können, als bis die Bourgeoisie herrscht, so ist es das Interesse der Kommunisten, die Bourgeoisie sobald als möglich an die Herrschaft bringen zu helfen, um sie so bald als möglich wieder zu stürzen. Die Kommunisten müssen also, gegenüber den Regierungen, stets für die liberale Bourgeoisie Partei ergreifen und sich nur davor hüten, die Selbsttäuschungen der Bourgeoisie zu teilen, oder ihren verführerischen Versicherungen von den heilsamen Folgen des Sieges der Bourgeoisie für das Proletariat Glauben zu schenken.“

Auf Grund dieser Auffassung bezeichnete es das „Kommunistische Manifest“ als Aufgabe der Kommunistischen Partei in Deutschland, „bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muss, also ebenso viele

Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können; damit nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt."

Die angeführten Zitate zeigen, dass Marx und Engels am Vorabend der Revolution von 1848 dem deutschen Proletariat die Aufgabe stellten, in die bürgerliche Revolution einzugreifen, für ihre entschiedene Durchführung zu kämpfen, um sie zur proletarischen Revolution weiterzutreiben. Während die KPD heute im Namen der Volksfrontpolitik die Unterstützung einer Volksfrontregierung zusagt, die die bürgerliche Demokratie in Deutschland nach dem Sturz des Faschismus wiederherstellen soll, haben Marx und Engels es vor der Revolution von 1848 als die Aufgabe des Proletariats bezeichnet, für den Fall, dass nach dem Sturz des Absolutismus die Bourgeoisie zur Macht kommen sollte, den Kampf gegen sie aufzunehmen, um die Revolution bis zum Siege der Arbeiterklasse weiterzutreiben, um die bürgerliche Revolution in das unmittelbare Vorspiel der proletarischen zu verwandeln.

Marx und Engels waren in der Epoche der bürgerlichen Revolution für eine Unterstützung der damals fortschrittlichen Bourgeoisie, soweit, und nur soweit diese wirklich gegen die feudalen Kräfte auftrat, um dadurch den Kampf der Arbeiterklasse für ihre eigenen Klassenforderungen zu fördern, während die heutige Volksfrontpolitik darauf hinausläuft, in der Epoche der proletarischen Revolution im Interesse eines Bündnisses mit der reaktionären Bourgeoisie der Gegenwart (die auch dann reaktionär ist, wenn sie sich liberal gibt) die eigenen Klassenforderungen des Proletariats und den Kampf für sie in den Hintergrund treten zu lassen.

Während der Revolution von 1848/49 haben Marx und Engels den Verrat der liberalen Bourgeoisie an der bürgerlichen Revolution und auch die Schwankungen der kleinbürgerlichen Demokratie auf das Entschiedenste angeprangert und bekämpft.

Im Kampfe gegen die liberale Bourgeoisie, die sich sofort nach den Märztagen von 1848 mit der feudalen Reaktion verband, um so das Weitertreiben der Revolution, um weitere revolutionäre Aktionen der werktätigen Massen, der Arbeiter, städtischen Kleinbürger und Bauern zu verhindern, verfochten Marx und Engels eine Politik, die darauf abzielte, durch den Kampf dieser Massen die bürgerliche Revolution gegen die verräterische Bourgeoisie zu Ende zu führen und das Umschlagen (oder wie Lenin sagte „Hinüberwachsen“) dieser Revolution in die proletarische vorzubereiten. Noch in der Emigration, noch in Paris, arbeiteten Marx und Engels ein Programm von „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“ aus, in dem u. a. die allgemeine Volksbewaffnung, die Umwandlung der fürstlichen und anderen feudalen Landgüter in Staatseigentum, die Verstaatlichung aller Transportmittel verlangt wurden. Der Kampf für diese Forderungen wurde als Sache „des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes“, d. h. der werktätigen Klassen, bezeichnet. Diese Orientierung auf die Aktion der werktätigen Massen wurde von Marx und Engels im Verlauf der Revolution folgerichtig festgehalten. Am 29. Dezember 1848 schrieb Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“:

„Die Geschichte des preussischen Bürgertums von März bis Dezember beweist, dass in Deutschland eine rein bürgerliche Revolution und Gründung der Bourgeoisie herrschaft unter der Form der konstitutionellen Monarchie unmöglich, dass nur die feudale absolutistische Konterrevolution möglich ist oder die sozial-republikanische Revolution“

Diese Marxsche Stellungnahme enthielt in der Keimform bereits die von Lenin in Russland im Jahre 1905 vertretene Taktik des Kampfes für die Errichtung einer demokratischen Diktatur der werktätigen Klassen, der Arbeiter und Bauern, die die bürgerliche Revolution im Kampf gegen den Verrat der liberalen Bourgeoisie konsequent durchführt und damit die Voraussetzungen für das Weitergehen des Proletariats zur sozialistischen Revolution schafft.

Infolge der organisatorischen Schwäche des Kommunistenbundes arbeiteten seine Mitglieder während der Revolution von 1848 anfänglich innerhalb der Organisationen der kleinbürgerlichen Demokratie. Der organisatorische Bruch mit diesen erfolgte erst 1849. Aber das hinderte Marx und Engels nicht, von vornherein eine selbstständige Linie gegenüber den Politikern des Kleinbürgertums einzuschlagen und sie auf das schärfste zu kritisieren.

Auf Grund der Erfahrungen der Revolution von 1848/49 nahmen Marx und Engels in einer Aussprache der Zentralbehörde des Kommunistenbundes im Jahre 1850 zu den Aufgaben der Kommunisten in Deutschland Stellung. Auch hier werden die Kampfaufgaben des Proletariats in der bürgerlichen Revolution unter schärfster Ablehnung aller bürgerlich-demokratischen Illusionen und vom Gesichtspunkt der Schaffung der Voraussetzungen für die proletarische Revolution, für die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, behandelt. Die Ansprache stellt den Verrat der liberalen Bourgeoisie in der Revolution von 1848 fest und erklärt dann, dass „diese so verräterische Rolle... in der bevorstehenden Revolution von den demokratischen Kleinbürgern“ übernommen werden werde. Die demokratische Partei sei den Arbeitern „weit gefährlicher als die frühere liberale.“ Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zur kleinbürgerlichen Demokratie müsse das folgende sein: „Sie geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt; sie tritt ihr gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen will“. Ueber das Programm der kleinbürgerlichen Demokratie (republikanische Verfassung und soziale Reformen) wird gesagt: «Diese Forderungen können der Partei des Proletariats aber keineswegs genügen. Während der demokratische Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschluss bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanet zu machen, solange bis alle mehr oder minder besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert... ist.“

Die Ansprache lehnt ferner die von den demokratischen Kleinbürgern geforderte Schaffung einer „grossen Oppositionspartei, die alle Schattierungen in der demokratischen Partei umfasst... und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen“ ab und fordert die „selbstständ-

ge, geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei". „Für den Fall des Kampfes gegen einen gemeinsamen Gegner", schreiben Marx und Engels weiter, „braucht es keiner besonderen Vereinigung. Sobald ein solcher Gegner direkt zu bekämpfen ist, fallen die Interessen beider Parteien für den Moment zusammen, und wie bisher wird sich auch in Zukunft diese nur für den Augenblick berechnete Verbindung von selbst herstellen." Für den Fall der Revolution fordern Marx und Engels: „Sie (die Arbeiter) müssen neben den neuen offiziellen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterklubs oder Arbeiterkomitees errichten, so dass die bürgerlich-demokratischen Regierungen nicht nur sofort den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vornherein von Behörden überwacht und bedroht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht... Vernichtung des Einflusses der bürgerlichen Demokraten auf die Arbeiter, sofortige selbständige und bewaffnete Organisation der Arbeiter und Durchsetzung möglichst erschwerender und kompromittierender Bedingungen für die augenblicklich unvermeidliche Herrschaft der bürgerlichen Demokratie, das sind die Hauptpunkte, die das Proletariat und somit der Bund während und nach dem bevorstehenden Aufstand im Auge zu behalten hat."

Wir sehen, wie weit entfernt Marx und Engels von den Auffassungen waren, die der heufigen Volksfrontpolitik zugrunde liegen. Im Jahre 1850, als in Deutschland nach der Niederlage der Revolution die schlimmste Reaktion herrschte, forderten sie, dass die Kommunisten das Programm der kleinbürgerlichen Demokratie und die bürgerlich-demokratischen Illusionen auf das schärfste kritisierten. Sie wandten sich dagegen, dass man im Namen der Herstellung einer möglichst breiten Opposition gegen die herrschende Reaktion und ihren Terror die eigenen Klassenforderungen des Proletariats zurückstelle oder vertusche. Sie kamen nicht auf die Idee, sich auf die von der kleinbürgerlichen Demokratie geforderte bürgerlich-parlamentarische Republik zu verpflichten, sondern verlangten für den Fall der Revolution die Bildung lokaler Arbeiterregierungen, d.h. von Sowjets, wie wir heute sagen würden, um so die bürgerliche Revolution mit der grössten Entschiedenheit zu Ende zu führen und den Uebergang zur proletarische Revolution zu bewerkstelligen.

Diese wenigen Beispiele genügen, um zu zeigen, dass die Volksfrontpolitik eine grobe Verleugnung der taktischen Lehren von Marx und Engels ist.

In einem weiteren Artikel werden wir zeigen, dass auch Lenin stets ein entschiedener Gegner der Auffassungen war, die jetzt von der KI im Zeichen der Volksfrontpolitik vertreten werden.

In der Doppelnummer 4/5 der Zeitschrift «Die Internationale» der KPD wird unter der Überschrift «Brandlers Kampf gegen die Volksfront» gegen die Stellung der KPD(O) und der IVKO zur Volksfront polemisiert. Wir werden beschuldigt:

«die Volksfront in Frankreich zu verleumden» und «eine vergiftete Propagandagegen die antifaschistische Politik der Volksfront in Deutschland zu verbreiten.» Weiter heisst es auf Seite 89:

«Da sich die Geschichte nicht nach den Wünschen Brandlers gerichtet hat, versucht B. die Geschichte zu korrigieren, indem er bestreitet, dass der Sturz der faschistisch-reaktionären Regierung in Spanien ein Erfolg der Volksfrontpolitik und dass der Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Auflösung der faschistischen Ligen in Frankreich ein Fortschritt des antifaschistischen Kampfes sei.»

So erfreulich es ist, dass die KP versucht, über die Streitfragen zu diskutieren, so unglücklich ist der erste Versuch. Die drei Monate Volksfrontpraxis, die seit Erscheinen dieses Artikels in der «Internationale» verfloßen sind, haben eine solche Fülle von Tatsachen gebracht, dass wir die ganze Nummer des «IKI» mit Belegen füllen könnten, dass nicht wir uns von Wünschen haben leiten lassen, sondern die Volksfrontbefürworter. Wir verweisen auf die beiden Artikel über Frankreich und Spanien in diese Nummer, die einen Teil dieses Tatsachenmaterials bringen. Hier wollen wir nur auf ein paar Gesichtspunkte des Artikelschreibers eingehen.

Der Artikelschreiber bucht als Erfolg der Volksfrontpolitik den Sturz der faschistischen Regierung in Spanien und die Junistreiks in Frankreich. Hier beginnt schon der grobe Irrtum. Es ist richtig, dass die Volksfrontpropaganda von breiten Massen als ein Ausgangspunkt ihres Kampfes für die Tagesinteressen angenommen wurde. Aber zwischen der Volksfront der Spitzen der Volksfrontparteien und der Massen klafft von vornherein ein grundsätzlicher Widerspruch. Die Massen verstanden unter Volksfrontpolitik die Möglichkeit, den Kampf gegen den Faschismus und gegen die Verelendung in die Tat umzusetzen. Sie stimmten bei den Wahlen für die Volksfrontparteien und schufen in Frankreich eine Mehrheit für eine Volksfrontregierung. Die Junistreiks in Frankreich entstanden gegen den Willen der Volksfrontparteien. Die Massen liessen sich von dem Gefühl leiten, dass eine Volksfrontregierung, die die kümmerlichen Rechte, die die bürgerliche Demokratie den Werktätigen gibt, im Interesse der Werktätigen ausnützen will, der kräftigen ausserparlamentarischen Unterstützung bedarf. Die Volksfrontregierung und Volksfrontparteien nützten aber diesen prächtigen Kampfwillen der Massen nicht und gaben diesem Kampfwillen keine Organisation und Führung, sondern erschaken vor den kämpfenden Massen und bremsen im Auftrag ihrer bürgerlichen Koalitionsgenossen mit all den altbekannten Methoden der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie die Massenaktionen ab.

In Frankreich wurden unter dem Druck der Massenstreiks und friedlichen Betriebsbesetzungen Lohnerhöhungen von 7-15 Prozent, die Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften, die Anerkennung von Betriebsräten und der bezahlte Urlaub durchgesetzt. Die Volksfrontregierung hat nur in Paragraphen gefasst, was die Massenbewegung im ersten Anstoss erkämpft hatte. In Spanien wurde die Befreiung der Gefangenen der Oktoberrevolution erzwungen, die materiellen Erfolge waren viel geringer, weil die Streikbewegung in Spanien

Volksfront- praxis und Volksfront- illusion

November 1936

von Anfang von den Volksfrontparteien niedergehalten wurde und gegen die anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften, die sich nicht auf Versprechungen der Volksfrontregierung einliessen und gegen die Landarbeiter und landlosen Bauern, die den Grossgrundbesitz aufteilen wollten, wurde Polizei und Guardia Civil eingesetzt. Durch diese Massnahmen der Volksfrontregierung wurde in Spanien die Herstellung der proletarischen Einheitsfront und die Einbeziehung der landlosen Bauern verhindert. Die Kräfte des Faschismus, die durch das Wahlergebnis von der parlamentarischen Bühne zurückgedrängt wurden, konnten ohne Störung seitens der Volksfrontregierung und Volksfrontparteien den Aufstand vorbereiten. Erst als der Aufstand ausbrach, wurde die kämpfende Einheitsfront der Werktätigen in Spanien mit ungeheuren Opfern hergestellt, indem die Werktätigen mit blossen Fäusten in den wichtigsten Zentren den Faschisten die Waffen entrissen.

Die Volksfrontregierung in Frankreich, die im Namen des Kampfes gegen den Faschismus und mit der Losung «die Reichen sollen zahlen» ans Ruder gebracht wurde, hat vor den Faschisten und den «200 Familien» glatt kapituliert. Die drei Monate Volksfrontregierung bilden ein einziges Beispiel der Zersetzung der ausserparlamentarischen Massenkämpfe. Heute sind die auf dem Papier aufgelösten faschistischen Verbände frecher denn je und die Grossbourgeoisie ist zur Gegenoffensive übergegangen. Statt die Reichen zahlen zu machen, das heisst eine Steuerpolitik durchzuführen, die die Lasten der Krise auf die Besitzenden abwälzt, hat die Volksfrontregierung die Devaluation durchgeführt, das heisst sie hat die Lasten auf die Werktätigen, auf die Volksfrontwähler abgewälzt. Die materiellen Erfolge der Junistreichs sind durch die Teuerung und die Sabotage der Unternehmer wieder vernichtet worden. Die Versuche der Arbeiter, die Sabotage der Unternehmer durch Steiks mit friedlicher Betriebsbesetzung wie im Juni abzuwehren, werden von der Volksfrontregierung mit Polizeigewalt verhindert. Der Volksfront-Polizeiminister Salengro lässt die Streikenden aus den Betrieben auf die Strasse werfen, die Streikenden und die Gewerkschaftsführer werden verprügelt. Die «aufgelösten» faschistischen Verbände drohen mit der Störung der kommunistischen Versammlungen und führen diese Drohung durch. Die Volksfrontregierung verbietet die Versammlungen der KPF oder reduziert sie, wie im Elsass, auf 10 von 127. Im «Interesse der Volksfront» fügt sich die kommunistische Partei diesen Massnahmen und überbietet sich in Predigten von Ruhe und Ordnung.

Was wir an der Volksfrontpolitik von Anfang an bekämpft haben und weiter bekämpfen, das ist die Verfälschung des Gedankens der proletarischen Einheitsfront und der Gewinnung der nicht-proletarischen Werktätigen für diesen Einheitsfrontkampf. Der Fehler besteht darin, dass man den Glauben erweckte, die demokratische Staatsform und die bürgerlichen Demokraten bildeten ein Bollwerk gegen den Faschismus, falls nur das Proletariat auf seine revolutionären Ziele zeitweilig verzichtet und sich darauf beschränkt, seine Gegenwartsinteressen zu vertreten. Die Praxis beweist, dass die bürgerlichen Koalitions- und Volksfrontgenossen kein Bollwerk gegen den Faschismus sind, und dass sie den Kampf für die Tagesinteressen der Werktätigen nicht tolerieren, sondern alle demokratischen Spielregeln preisgeben, wenn ihre kapitalistischen Eigentumsinteressen verletzt werden. Das, und nichts anderes zeigt die Erfahrung der Volksfrontpraxis in Spanien und Frankreich.

Noch schlimmer wirken sich die Volksfrontillusionen bei ihrer Uebertragung auf Deutschland aus. Auf Seite 89 heisst es:

«Brandler ist nicht gegen ein Bündnis mit dem Kleinbürgertum, aber er hält ein solches Bündnis auf der Grundlage der revolutionären und sozialistischen Ziele der Arbeiterklasse gegenwärtig für möglich.»

Hiermit wird uns unterschoben, wir lehnten den Kampf um die Gewinnung der nicht-proletarischen Werktätigen für den antifaschistischen Kampf um die noch nicht sozialistischen Tagesaufgaben ab. Der Artikelschreiber verwechselt unsere Auffassung von der proletarischen Einheitsfront und der Einbeziehung der Mittelschichten mit seiner ehemaligen ultralinken Auffassung. Wir haben den gemeinsamen Einheitsfrontkampf mit sozialdemokratischen Arbeitern, Kleinbürgern, Kleinbauern immer gefordert und fordern dies heute. Was wir bestritten haben und bestreiten, das ist, dass die kampffähige Einheitsfront der Arbeiter und übrigen Werktätigen durch ein Bündnis mit den Spitzen der bürgerlichen Parteiführungen geschaffen werden kann. Wir sind der Meinung, dass die Spitzen der bürgerlichen Parteien auch dann nur ein Hemmnis für den Kampf gegen den Faschismus und für die Tagesinteressen sind, wenn die Führer dieser Parteien sich auf zahlreiche kleinbürgerliche Anhänger stützen. Voraussetzung zur Schaffung einer kampffähigen Einheitsfront und Einbeziehung der Kleinbürger und Kleinbauern in sie, ist, dass die Gewinnung der Mittelschichten für die proletarische Einheitsfront ohne und gegen ihre bürgerlichen Parteiführer erfolgt.

Auf Seite 91 heisst es.

«Der Arbeiter will wieder seine Organisationen und bessere Löhne, der Bauer will lohnende Preise und Aufhebung der Kriegszwangswirtschaft und der Mittelstand will die Herabsetzung der Steuern. Wohl sind die breiten Massen stimmungsgemäss gegen das Grosskapital, aber sie sind damit noch nicht bereit, für den Sturz des Kapitalismus zu kämpfen.»

Aus dieser Tatsache schlussfolgert die KPD, dass die Kommunistische Partei auf die Propaganda der kommunistischen Grundsätze zeitweilig verzichten und sich auf den Boden dieser Illusion der noch nicht kommunistischen Massen stellen müsse.

Was ist das anderes als die alte reformistische Illusion, die in Deutschland und Oesterreich so grauenhaft abgewirtschaftet und dem Faschismus den Boden bereitet hat? Die Verirrung der KPD-Führung geht sogar soweit, dass sie die «Wiederherstellung der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften und der verschiedenen Organisationen der Werktätigen» herbeiführen will durch die Ausnutzung jener «legalen Massenorganisationen», «denen die Arbeiter, der Mittelstand, die Bauern und Teile des demokratisch gesinnten Bürgertums zwangsweise oder freiwillig angehören.»

In der ultralinken Periode lehnte die KPD die Ausnutzung der unter reformistischer Führung stehenden Massenorganisationen für den Tageskampf ab, heute verfällt sie in das umgekehrte Extrem und will die faschistischen Massenorganisationen, die einzig und allein den Zweck haben, jeden Interessenkampf der Werktätigen zu verhindern, «ausnützen». In der ultralinken Periode unterschätzte die KPD-Führung den Faschismus, heute hat sie das Wesen des Faschismus als die Regierungsform des absterbenden Kapitalismus immer noch nicht begriffen und lässt sich von dem Wunschbild leiten, dass erst die bürgerliche Demokratie und legale Arbeiterorga-

nisationen geschaffen werden müssten, bevor der Kampf zum Sturz des Kapitalismus, den sie vom Kampf zum Sturz des Faschismus mechanisch trennt, geführt werden kann. Das kann nur zu neuen grauenhaften Enttäuschungen führen und muss die von dieser falschen Strategie und Taktik irreführten Werktätigen in die Passivität oder gar der faschistischen Massenbasis zutreiben. Der Kampf gegen den Faschismus ist nur ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus. Im Rahmen der kapitalistischen Demokratie ist der Faschismus nicht definitiv abzuwehren. Nur dort, wo die geringen demokratischen Freiheiten der noch nicht faschistischen Länder zur Vorbereitung des ausserparlamentarischen Massenkampfes mit allen Mitteln ausgenützt werden und die von der KP geführten Massen eine wirkliche Kraft darstellen, die Rechte der Werktätigen erweitert, die der Faschisten beschränkt und im Laufe des Kampfes vernichtet werden, werden die Mittelschichten angezogen, und nur so kann die Umwandlung der bürgerlichen Demokratie in die faschistische Diktatur verhindert werden. Das bedeutet aber Kampf um die Umwandlung der bürgerlichen Demokratie in die proletarische Diktatur, gestützt von den übrigen Werktätigen, die nur dadurch zu Verbündeten gemacht werden können, dass die Arbeiter sie mit aller Kraft in ihren Tages- und Interessenkämpfen fördern und dass sie an Hand der Kampferfahrungen durch die Führung des gemeinsamen Kampfes in Verbindung mit der Propaganda der kommunistischen Grundsätze von der Richtigkeit und Notwendigkeit des Kommunismus überzeugt werden.

In einem Anhang auf Seite 92 des Artikels wird noch versucht, gegen unsere Stellung in der Kriegsfrage zu polemisieren. Aus Raummangel können wir heute nicht näher darauf eingehen. Die Frage, was wir im Falle des Krieges vorschlagen, haben wir bereits in verschiedenen Artikeln der vorhergehenden Nummern des «IKI» so klar beantwortet, dass jeder, der sie aufmerksam liest, die Frage beantwortet findet.

1. DER GRUNDSÄTZLICHE STANDPUNKT DES KOMMUNISMUS

Die Volksfrontpolitik hat dazu geführt, dass die Grundsätze des Kommunismus nicht nur in der politischen Praxis der kommunistischen Parteien verlassen worden sind und täglich mit Füßen getreten werden, sondern auch, dass selbst ihre theoretische Kenntnis und Anerkennung verloren geht, sei es, dass sie einfach «vergessen» oder zynisch beiseitegeschoben werden, oder dass versucht wird, sie der neuen Praxis, der Volksfrontpolitik anzupassen, das heisst, zu verfälschen. Das Uebel hat sich so tief eingefressen, dass selbst manche Gegner der Volksfrontpolitik der Kommunistischen Partei in Frankreich und Spanien in Bezug auf die kommunistischen Grundsätze unsicher geworden sind. Ueberhaupt zeigt es sich, dass die kommunistischen Grundsätze bei denjenigen kommunistischen Parteien, die sich einfach fix und fertig übernommen haben und bei denen sie nicht ein Niederschlag eigener Erfahrungen und Erlebnisse waren, meist nur hauttief sasssen. Sie konnten sie «vergessen» oder ihre praktische und theoretische Verfälschung hinnehmen, weil sie für sie keine lebendige in Fleisch und Blut übergegangene Wahrheiten, sondern tote Formeln waren. Dazu kommt eine ganz neue Erscheinung. Es gibt heute in Ländern, wie Frankreich und Spanien breite Schichten von Mitgliedern der Kommunistischen Parteien dieser Länder, die während der Periode der Volksfrontpolitik in sie eingetreten sind und die die kommunistischen Grundsätze und Ziele garnicht kennen! Damit meinen wir, dass sie sie nicht aus der lebendigen politischen Praxis der kommunistischen Parteien kennen, denen sie sich angeschlossen haben, weil sie in dieser Praxis nicht vorhanden sind. Sie mögen sie vielleicht vom gedruckten Papier des Parteiprogramms her kennen, aber das blosse Papier oder auch Schulungskurse können ihnen die wirkliche Kenntnis der Grundsätze nicht vermitteln, wenn die alltägliche politische Praxis der Partei im Widerspruch dazu steht. Das Bewusstsein, die Ideologie der Mitglieder der kommunistischen Parteien wird durch das Sein dieser Parteien, durch ihr politisches Handeln bestimmt, (natürlich im Durchschnitt) und so ergibt sich der paradoxe Zustand von kommunistischen Parteien mit einer Mehrheit von Mitgliedern, die ihrem Bewusstsein nach Reformisten sind. Es ist hier nicht der Ort, um die Konsequenzen eines solchen Zustandes, insbesondere im Falle eines neuen imperialistischen Weltkrieges, auszumalen.

Jedenfalls ergibt sich aber aus einem solchen Zustand, dass man schon nicht mehr bei allen Mitgliedern der kommunistischen Parteien eine wirkliche Kenntnis der Grundsätze und Ziele des Kommunismus voraussetzen darf, sondern dass man in einer Reihe von Fragen wieder von vorn anfangen muss. Dabei handelt es sich allerdings um mehr als das blosse In-Erinerung-rufen oder erstmalige Beibringen der Grundsätze. Es handelt sich darum, sie lebendig zu machen, sie mit der eigenen Erfahrung der Arbeiterbewegung ausserhalb der Sowjetunion zu verbinden.

Hier liegt ja die wesentliche Ursache der reformistisch-opportunistischen Entartung der kommunistischen Parteien und der KI. Der Kampf gegen den Faschismus und die imperialistische Kriegsgefahr stellt die kommunistischen Parteien ausserhalb der SU unausweichlich vor die Aufgabe, den Weg zum Sozialismus und zur proletarischen Diktatur entsprechend den besonderen Klassenverhältnissen ihrer Länder aufzuspüren, aufzuzeigen und einzuschlagen. Die russischen Kommunisten konnten das nicht für die anderen besorgen — das ist hinlänglich bewiesen — und

Der Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur

Juni 1937

die anderen kommunistischen Parteien konnten es ebenso wenig, solange sie gegenüber den russischen Kommunisten geistig unselbständig und unkritisch waren.

Da wir also voraussetzen müssen, dass es heute zahlreiche Mitglieder der kommunistischen Parteien gibt, die die Grundsätze des Kommunismus nicht mehr oder noch nicht kennen, so sei hier der Kürze halber wiedergegeben, was das Programm der Kommunistischen Internationale über das Verhältnis der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur und über den Uebergang von der einen zur anderen sagt. In Kapitel IV, 1. Abschnitt, heisst es:

«Die Eroberung der Macht durch das Proletariat ist keine friedliche „Eroberung“ der fertigen bürgerlichen Staatsmaschine durch Erreichung der Parlamentsmehrheit. Die Bourgeoisie wendet alle Mittel der Gewalt und des Terrors an, um ihr räuberisches Eigentum und ihre politische Herrschaft zu sichern und zu stärken. Wie einst der feudale Adel, kann auch die Bourgeoisie ihren Platz in der Geschichte der neuen Klassen nicht ohne den verzweifeltsten, erbittertsten Kampf räumen. Deshalb kann die Gewalt der Bourgeoisie nur durch die entschlossene Anwendung der Gewalt durch das Proletariat gebrochen werden. Die Eroberung der Macht durch das Proletariat ist die gewaltsame Vernichtung der bürgerlichen Macht, die **Zerschlagung** der kapitalistischen Staatsmaschine (der bürgerlichen Armee, Polizei, Beamtenhierarchie, Parlamente usw.) und ihre **Ersetzung** durch **neue Organe** der proletarischen Macht, die vor allem Werkzeuge zur **Niederhaltung der Ausbeuter** sind.»

Aus dem zweiten Abschnitt desselben Kapitels:

«Die Oktoberrevolution von 1917 und die ungarische Revolution, die die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 gewaltig erweiterten, haben gelehrt, dass die zweckentsprechendste Form der proletarischen Staatsgewalt ein **neuer Typus des Staates** ist, der sich vom bürgerlichen Staate nicht nur durch seinen Klasseninhalt, sondern durch seine innere Struktur prinzipiell unterscheidet: der Typus des **Räte-(Sowjet)-Staates**. Gerade diese, der breiten Massenbewegung der Werktätigen unmittelbar entspringende Form der Staatsgewalt bildet eine Gewähr für die grösste Aktivität der Massen und bietet damit die beste Bürgschaft ihres endgültigen Sieges.

Der Rätestaat als höchster Ausdruck der Demokratie und zwar als die **proletarische Demokratie** steht in schroffem Gegensatz zur **bürgerlichen Demokratie**, dieser verhüllten Form der Diktatur der Bourgeoisie. ...Die bürgerliche Demokratie mit ihrer formalen Gleichheit vor dem Gesetz ist aufgebaut auf der schreienden wirtschaftlichen Ungleichheit der Klassen... Als Ausdruck der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist ihre Demokratie eine kapitalistische Demokratie...

Der Rätestaat entwapfnet die Bourgeoisie vollständig und konzentriert die Waffen in den Händen des Proletariats. Er ist der Staat des Proletariats in Waffen. Die bewapfnete Macht ist hier — entsprechend dem ganzen System der proletarischen Diktatur — auf dem Klassenprinzip aufgebaut, das dem **Industrieproletariat** die führende Rolle sichert.»

Fassen wir zusammen: Nach dem Programm der Kommunistischen Internationale ist der bürgerlich-demokratische Staat grundsätzlich, seinem Klasseninhalt und seinem Aufbau nach, entgegengesetzt dem Staat der proletarischen Diktatur, dem Staat vom Sowjettypus. Der Uebergang vom einen zum anderen vollzieht sich nicht friedlich

und allmählich, sondern gewaltsam, sprunghaft, revolutionär. Der bürgerlich-demokratische Staatsapparat wird nicht stufenweise umgewandelt in einen proletarischen Staatsapparat, er wird zerschlagen, vernichtet, und durch einen neuen Staatsapparat ersetzt. Der Uebergang vom einen zum anderen Staatstypus geht durch die **Negation** hindurch — er ist ein dialektischer Uebergang.

2. DIE KONFUSION

Die heute innerhalb der kommunistischen Bewegung zutage tretene Konfusion über das Verhältnis der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur und über die Formen des Ueberganges von der einen zur anderen enthält **inhaltlich** nichts Neues gegenüber den Einwänden, die von den Reformisten und Zentristen, den Kautsky, Bernstein, Hilferding usw. gegen die Räterediktatur bei ihrem Entstehen erhoben und von Lenin eingehend widerlegt wurden (insbesondere in den Auseinandersetzungen mit Kautsky). Neu ist heute nur die **Form**: dass es heute kommunistische Parteien oder Richtungen sind, die den reformistischen oder zentristischen Standpunkt in dieser Frage vertreten oder anders gesagt, dass der Reformismus jetzt im kommunistischen Gewand auftritt. Einige typische Beispiele:

Nehmen wir die **«Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront»**, «die Genosse Wilhelm Pieck im Juni (1936) dem Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront in Paris zur Diskussion überreicht hat.» («Die Internationale, Heft 1/2, 1937, S. 75/82»). Dies kann als die offizielle Auffassung der Leitung der KPD darüber betrachtet werden, was ein Volksfrontprogramm für Deutschland sein soll.

«Die deutsche Volksfront, heisst es hier, kämpft für die Freiheit und Demokratie, für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, für die demokratische Republik.» (S. 76)

Dass es sich um die **bürgerlich-demokratische, parlamentarische Republik** handelt, geht aus dem ganzen Zusammenhang hervor, aber es ist charakteristisch für den Geist, der die Volksfrontpolitik beherrscht, dass dies nicht klar und ausdrücklich gesagt wird — man scheut sich zwar nicht vor der Sache, aber vor dem Wort «Parlament» oder «Nationalversammlung», das in früheren Entwürfen gebraucht wurde), weil die kommunistischen Parteimitglieder selbst die Sache, die bürgerliche Demokratie, ablehnen. Der Betrug beginnt also schon, noch ehe die demokratische Koalition geboren ist. Dass es sich in der Tat um die bürgerlich-demokratische, parlamentarische Republik handelt, wird durch folgende weitere Bestimmung bestätigt: 1.) Das **«Berufsbamtentum»** bleibt und wird sogar verstärkt: «die Volksfront kämpft für die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Rechte des Berufsbeamtentums... für Beförderung nach Befähigung und Dienstalter, für die Wiedereinstellung und Entschädigung aller aus parteipolitischen oder Rassegründen entlassenen Beamten» (S. 77/78); 2.) «der Staatsapparat, das Heer, alle öffentlichen Aemter und Behörden werden von volksfeindlichen faschistischen Elementen gereinigt» — was wiederum bestätigt, dass der bürgerliche Staatsapparat erhalten bleiben soll. Eine weitere Bestätigung sind die Bestimmungen über das «demokratische Volksheer», das eine bürgerliche Klassenarmee abzüglich der Faschisten ist, über die Polizei, die ebenfalls «von Reaktionären gereinigt» wird, die «Berufsrichter», die «aus den Reihen der Juristen, die sich nicht an der Terrorjustiz der Faschisten mitschuldig gemacht haben, in

freier Volkswahl gewählt werden»; 3.) und nicht zuletzt: die «Richtlinien» enthalten keine einzige sozialistische Massregel, sie unterstellen vielmehr die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und all ihrer Schönheiten vom Grosskapital der Rüstungsindustrie über das Junkertum (das nur soweit enteignet wird, als es die Osthilfe nicht zurückzahlen kann), bis auf die Innungen, deren «Rechte und Freiheiten» wieder hergestellt werden sollen! (S. 77)

Wie entsteht diese bürgerlich-demokratische parlamentarische Republik? Im Verlauf des Kampfes gegen Hitler «werden überall in Deutschland die von dem Willen der breitesten Massen des Volkes getragenen Organe der Volksfront entstehen, die diesen Kampf organisieren und führen. Diese Organe der Volksfront werden auch nach dem Sturz Hitlers die provisorische Regierung bestimmen, deren Aufgabe es sein wird, den Sieg zu sichern und die freie Entscheidung des Volkes über das künftige Regime zu ermöglichen.» (S. 78)

Unmittelbar nachdem die «freie Entscheidung des Volkes über das künftige Regime» proklamiert worden ist, wird dieses künftige Regime bereits vorweggenommen und festgelegt, indem erklärt wird:

«Die in der Volksfront verbundenen Parteien, Richtungen, Organisationen, Gruppen und Personen erklären als den wichtigsten Staatsgrundsatz, dass das neue Reich eine demokratische Republik sein wird, in der das Volk frei über alle Fragen der Wirtschaft, der Innen- und Aussenpolitik des Landes entscheidet, und die Regierung durch eine Entscheidung des werktätigen Volkes auf Grund des allgemeinen, gleichen geheimen und direkten Wahlrechtes gewählt wird.»

Die Freiheit der Entscheidung des Volkes über das Regime ist hier durch ein grobes Taschenspielerkunststück zum Verschwinden gebracht, da von vornherein die von den «Volksfrontorganen» eingesetzte «Provisorische Regierung» parlamentarische Wahlen (für die Nationalversammlung oder dergleichen) bestimmt. Damit ist die bürgerlich-demokratische Republik ebenso festgelegt, wie sie 1918-19 in Deutschland durch die Ansetzung der Wahlen zur Nationalversammlung festgelegt war. Der Trick wird vollzogen vermittels der Unterstellung, dass die bürgerlich-demokratische Republik, die «freie Entscheidung des Volkes» über das künftige Regime offenhalte und ermögliche. Es wird also unterstellt, dass die bürgerlich-demokratische Republik den friedlichen Uebergang auch zum sozialistischen Regime sichere. Das ist der glatte Bruch mit dem Programm der KI und den grundlegenden Auffassungen des Marxismus-Leninismus, der Rückfall in die echt-reformistische Auffassung vom friedlichen und stufenweisen Uebergang von der bürgerlichen Demokratie in den Sozialismus. Der Unterschied ist nur der, dass der Reformismus das offen ausspricht, während hier versucht wird, die Massen selbst der eigenen Anhänger durch plumpe Kunstgriffe darüber zu täuschen, dass es sich um die Wiederherstellung der Weimarer Republik, um die Wiederholung der Verräter- und Bankrottpolitik der Ebert-Scheidemann handelt. (Das heisst zunächst um den Versuch auf dem Papier und im Pariser Hotel Lutetia.)

Gleichzeitig wird auch dabei die kommunistische Lehre über Bord geworfen, dass die Entstehung oder Verhinderung der Wiederkehr des Faschismus nur durch die revolutionäre Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates endgültig verhindert werden kann, die Erkenntnis und Erfahrung, dass der Faschismus überall als eine legitime Frucht der bürgerlichen Demokratie in einem bestimmten Stadium der kapitalisti-

schen Entwicklung entstanden ist und sobald dieses Stadium einmal erreicht ist, auf diesem Boden unfehlbar immer auf's Neue Kräfte sammelt und versucht, sich durchzusetzen.

«Die deutsche Volksfront», erklären aber die «Richtlinien», von keines marxistischen Gedankens Blässe angekränkt, mit der biedersten vulgär-demokratischen Zuversicht, wird nach dem Sturz Hitlers solche Massnahmen ergreifen, die eine Wiederkehr der faschistischen Barbarei und Reaktion für alle Zeiten unmöglich machen.» (S. 75) Dies wird erklärt in einer Zeit, wo neben der Erfahrung der Weimarer und der österreichischen Republiken, die Erfahrung der Volksfront in Frankreich vorliegt, die die Unwirksamkeit aller bürgerlich-demokratischen Methoden, um mit dem Faschismus fertig zu werden, abermals bekräftigt. Die zu «ergreifenden Massnahmen» unterscheiden sich von denen der Weimarer Republik nur durch die Beteiligung der offiziellen Kommunisten daran. Sie sind von dem Modell der Volksfrontregierung Blum in Frankreich kopiert — Weimar à la Française! Zum Glück kann damit gerechnet werden, dass das «Experiment Blum» noch seinen Bankrott erleben wird, ehe die nicht-existierenden «Volksfrontorgane» in Deutschland eine «Provisorische Regierung» à la Blum einzusetzen haben werden.

Ein anderes Beispiel: Spanien:

In seinem Referat auf der Sitzung des erweiterten ZK der KP Spaniens in Valencia am 6. 3. 37 erklärte der Parteisekretär José Diaz:

«Wir kämpfen für eine demokratisch-parlamentarische Republik von einem neuen Typus und einem sehr tiefen sozialen Inhalt. Wir kämpfen, um die materielle Grundlage zu zerstören, auf die sich die Reaktion und der Faschismus stützen, ohne deren Zerstörung eine wahrhaft politische Demokratie unmöglich ist.»

Dieselbe Formulierung findet sich in der von dieser Tagung angenommenen Resolution. Was ist die «demokratisch-parlamentarische Republik von „neuem Typus“ und „sehr tiefem sozialen Inhalt“»? Es ist eine Kreuzung zwar nicht zwischen bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur, sondern zwischen dem wirklichen Inhalt der Politik der KP Spaniens, der der Verteidigung, Wiederherstellung und Befestigung der bürgerlich-demokratisch-parlamentarischen Republik und der kapitalistischen Wirtschaft und dem Wunsche, der Arbeiterklasse, die mehr oder weniger bewusst die proletarische Diktatur und den Sozialismus will, vorzuspiegeln, dass eine bürgerlich-demokratische Republik möglich sei, die zugleich das Gegenteil ihrer selbst ist, in der der bürgerliche Staatsapparat und die kapitalistische Wirtschaft erhalten, aber die Wirkungen, nämlich die Erzeugung des Faschismus und der Reaktion aufgehoben sind. Die «materiellen Grundlagen» des Faschismus und der Reaktion bilden die kapitalistische Wirtschaft in einem bestimmten Stadium ihrer Entwicklung. Es liegt also hier die sinnlose und den elementarsten marxistischen Begriffen widersprechende Vorstellung zugrunde, als ob im Rahmen der bürgerlich-demokratischen-parlamentarischen Republik der Kapitalismus aufgehoben werden könne, oder auch dass die materiellen Grundlagen des Faschismus vernichtet werden können, ohne den Kapitalismus aufzuheben. In beiden Fällen ist die grundsätzliche Auffassung des Kommunismus über den Klasseninhalt der bürgerlichen Demokratie preisgegeben. Im Grunde besagt die Phrase von der demokratisch-parlamentarischen Republik von «neuem Typus» und mit dem «sehr tiefen sozialen Inhalt» nichts andres als

die Phrase der Ebert-Scheidemann 1918/19, dass «der Sozialismus marschiert» — natürlich im Rahmen der Weimarer Republik. Der eine Betrug ist dem anderen gleichwertig.

Ein drittes Beispiel: **Frankreich:**

In der Zeitschrift «Que faire?» (3. Jahr, Nr. 28, April 1937), die von der Ferrat-Gruppe herausgegeben wird, kann man in einem Artikel von Pierre Lenoir über die «Schlösserei von Clichy und die Krise der Volksfront» u. a. lesen: (S. 10 ff.)

«Man stellt oft die Demokratie der Diktatur des Proletariats gegenüber. Die Wirklichkeit zeigt, dass die konsequente Entwicklung der Demokratie unvermeidlich zur Diktatur des Proletariats führt.

Was ist das Volksfrontkomitee und die Gemeindeverwaltung von Clichy anderes, als der Keim einer Räteregierung? Die Arbeiter und die kleinen Leute in ihren demokratischen Organisationen vereinigt, die selbst nach dem Vorbild der Commune die Regierung, die Verwaltung, die Polizei besorgen, das ist die Diktatur des Proletariats im marxistischen Sinne. Es genügt, diese Institutionen auf das ganze Land auszuweiten, eine Regierung einzurichten, die aus einer Versammlung hervorgegangen ist, die diese neuen Institutionen repräsentiert — und wir werden vor einem neuen Staat stehen, vom Typus der Pariser Commune, der Sowjetrepublik von 1917 oder der spanischen Republik nach dem Juli 1936. Der neue Arbeiterstaat fällt nicht vom Himmel, seine Elemente entwickeln sich im Schosse der bürgerlichen Demokratie, im Gegensatz zum polizeilichen und bürokratischen Staat.» (Gemeint ist die staatliche Polizei und Bürokratie.)

Im Leitartikel derselben Nummer «Reinigung — gewiss!» wird empfohlen, die Wahl und Kontrolle aller Beamten, Offiziere, Polizisten, Richter als Etappe des Überganges von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur.

Nichts kann die Tiefe der durch die Volksfrontpolitik der kommunistischen Parteien geschaffenen Verwirrung in den Grundbegriffen des Kommunismus deutlicher ausdrücken als die Tatsache, dass ihr selbst eine Richtung der kommunistischen Opposition zum Opfer fällt, die die Volksfrontpolitik der KPF bekämpft — allerdings nicht grundsätzlich, sondern indem sie der falschen und opportunistischen eine angeblich richtige und revolutionäre Volksfrontpolitik entgegenstellt.

Zur Sache selbst sei folgendes bemerkt:

1. Die «man», die die (bürgerliche) Demokratie der proletarischen Diktatur gegenüberstellen, sind Marx, Engels, Lenin und das Programm der Kommunistischen Internationale. Nach diesen «man» geht die proletarische Diktatur aus der bürgerlichen Demokratie nicht einfach durch «konsequente Weiterentwicklung» hervor, sondern durch die gewaltsame revolutionäre Aufhebung der bürgerlichen Demokratie, durch den siegreichen Aufstand der Arbeiterklasse.

Welche Naivität, zu erwarten, dass die als faustdicke Tatsachen bestehenden Institutionen der bürgerlichen Klassenarmee, der bürgerlichen Klassenpolizei, der bürgerlichen Klassenjustiz in Frankreich sich friedlich beiseiteschieben lassen!

2. Die Gegenüberstellung des Volksfrontkomitees in «Clichy» als Keim von Räten oder Sowjets den zentralen Volksfrontorganen der Volksfrontregierung, ist vollkommen verfehlt. Die lokalen Organe der Volksfront sind klassenmäßig vom selben Typus wie ihre zentralen Orga-

ne. Sie verkörpern die Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse und der (liberalen) Bourgeoisie, welche letztere das Kleinbürgertum führt und «vertritt». Der Unterschied ist nur der, dass die Sachlage, die klar und offen ist im Zentrum, in der Regierung, versteckt und verhüllt ist im lokalen Falle eines proletarisch-kleinbürgerlichen Arbeiterortes wie Clichy. Dass die Daladier, die Chautemps die Herriot usw. Angehörige und Vertreter der liberalen Bourgeoisie sind, ist offenkundig. Im Falle Clichy mögen die Vertreter der Kleinbürger selbst Kleinbürger sein, aber der wahre und offene klassenmäßige Ausdruck dieser Kleinbürger als Angehörige der radikalsozialistischen Partei sind — die Daladier, die Chautemps, die Herriot. Die lokalen Organe der Volksfront sind vom selben Klassetypus wie die zentralen, sie verkörpern die Klassenzusammenarbeit zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse auf kapitalistischer Basis. Das Kleinbürgertum ist in diesem Falle mit der Arbeiterklasse durch die Vermittlung der liberalen Bourgeoisie auf bürgerlicher und kapitalistischer Basis verbunden. Daher können die unteren Volksfrontorgane keine Keime oder Ausgangspunkte zu Räten oder Sowjets sein, denn sie verkörpern die Klassenzusammenarbeit zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse, das heisst, die politische und wirtschaftliche Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Herrschaft der Kapitalistenklasse. Ebensogut kann man annehmen, dass lokale Wahlkartelle im Deutschland der Weimarer Republik zwischen Sozialdemokraten, bürgerlichen Demokraten und Zentrum sich hätten zu Räten entwickeln können. Volksfrontorgane können nicht die Hebel der proletarischen Revolution sein, sie können nicht den Uebergang von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur vermitteln. Sie können nicht aus dem bürgerlich-demokratischen parlamentarischen Staat herausführen. Sie sind vielmehr umgekehrt Werkzeuge, um die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum im Rahmen der bürgerlich-demokratischen parlamentarischen Staaten und der kapitalistischen Wirtschaft festzuhalten und der Kapitalistenklasse politisch und sozial unterzuordnen.

3. DAS ENTSCHEIDENDE KETTENGLIED FÜR DEN UEBERGANG VON DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE ZUR PROLETARISCHEN DIKTATUR

Der springende Punkt, den es zu erfassen gilt, um aus der durch die Volksfrontpolitik geschaffenen tiefen Konfusion herauszukommen, ist die Einsicht, dass aus dem Geleise des bürgerlich-demokratischen Staates nur herauszukommen ist, wenn in diesem Staate bereits die Organe des neuen proletarischen Kampfes geschaffen worden sind. Lenin ist nicht müde geworden, zu wiederholen und zu unterstreichen, dass in Russland 1917 der Rätestaat nicht hätte entstehen können, wenn nicht vorher die Räte als revolutionäre Kampforgane von den breiten werktätigen Massen geschaffen worden wären, und beim Sturz des bürgerlichen Staatsapparats fix und fertig daständen hätten, um ihn abzulösen, um an seine Stelle zu treten.

Was sind aber Räte oder Keime von Räten, was unterscheidet sie von solchen Gebilden, wie lokalen Volksfrontorganen und dergleichen?

Das Grundlegende ist, 1. dass sie aus unmittelbaren Wahlen durch die breiten Massen der Werktätigen, also der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums hervorgehen. Und 2. dass sie von vornherein als Machtorgane der werktätigen Klassen auftreten, die sich nicht den bürgerlichen Staatsorganen zentral oder lokal unterordnen, sondern

sich ihnen entgegenstellen, an ihre Stelle treten, sie ausser Kraft zu setzen trachten.

Im Rahmen dieses Typus sind weitgehende Variationen möglich, je nach der Klassenstruktur, den überlieferten Partei- und Organisationsverhältnissen usw. in den einzelnen Ländern. Wir weisen dabei auf folgendes hin.

1. Natürlich kommt es nicht auf den Namen an. Was in Russland Sowjets hiess und in Deutschland und Oesterreich (Arbeiter-, Bauern- und Soldaten)-Räte, tauchte in Spanien auf als Milizkomitees, Versorgungskomitees usw.

2. In Russland waren 1917 in den Räten Menschewiki, Bolschewiki, SR, Parteilose, nicht aber Kadetten und Oktoberisten. In Deutschland 1918/19 Sozialdemokraten. Unabhängige, Kommunisten, Parteilose, nicht aber in der Regel bürgerliche Demokraten oder rechts von ihnen stehende bürgerliche Parteien. Die kleinbürgerlichen Schichten nahmen an den Räten teil nicht durch Vermittlung der liberalen oder bürgerlich-demokratischen Parteien, sondern in der Hauptsache durch Vermittlung der sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien oder als Parteilose. Das liegt im Wesen der Sache. Die Sowjets, Räte, Komitees usw. stellen den bürgerlichen Staat als den Angelpunkt ab und ersetzen also können Parteien, die den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus programmatisch erhalten wollen von vornherein nur als grundsätzliche Gegner revolutionäre Klassenorgane wirken.

Die Zerschlagung der Volksfront und die Zerschlagung der Volksfrontorgane ist daher eine unumgängliche Voraussetzung für die Schaffung von Räten oder Keimen von Räten, die von vornherein einen entgegengesetzten Klassentypus darstellen. Auch organisatorisch geht der Weg von der Volksfront zu den Sowjets, das heisst von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur, über die Negation, über die Aufhebung der Volksfrontorgane. Die konkrete bestimmte Form der Negation in jedem Lande herauszufinden, das ist eben die Aufgabe reifer, der Aufgabe der proletarischen Revolution gewachsener kommunistischer Parteien. Es ist dies geradezu der Probierstein für die revolutionäre Reife. Die kommunistischen Grundsätze geben den allgemeinen Rahmen für die Lösung. Die besondere Form der Lösung in jedem Lande zu finden, ist keine bloss-mechanische, bürokratisch zu lösende Aufgabe.

Ohne dass sie gefunden und in die Wirklichkeit umgesetzt wird, ohne dass die entsprechenden Organe geschaffen sind, nähert man sich bei allem Gerede von «der Demokratie» oder von der demokratisch-parlamentarischen Republik «von neuem Typus», ob man es will oder nicht, keinen Fingerbreit dem Sozialismus und der proletarischen Diktatur. Aber man hilft die Voraussetzungen schaffen, damit der Faschismus seine Massenorganisationen und seine Machtorgane aufbauen kann, die im Gegensatz zu den proletarischen Machtorganen mit den bürgerlichen Staatsorganen zusammenarbeiten können, da der Faschismus diese nicht vernichtet und ersetzt, sondern nur entsprechend seinen besonderen Zwecken umformt.

Lieber Genosse Smith!

Erst jetzt kommt mir in der Juninummer von «Controversy» der Versuch eines anonymen KP-Mitgliedes in die Hände, sich zur Begründung der Volksfront auf Marx und Lenin zu berufen. Vielleicht gestatten sie mir, an derselben Stelle einige Bemerkungen dazu zu machen.

Der Verfasser tadelt, dass die Kritiker der Volksfront nicht «versucht haben, die existierenden Klassenverhältnisse in der heutigen Welt vom marxistischen Standpunkte zu analysieren.» Der Verfasser fährt fort, «um die Volksfront in ihrer vollen Bedeutung zu analysieren, ist es wesentlich, sich an einigen Worten von Marx und Lenin zu erfrischen.» Genossen wir die «Erfrischung»!

Der Verfasser beruft sich erstens auf die Stelle im Kommunistischen Manifest, wo darauf hingewiesen wird, dass in Zeiten, wo der Klassenkampf einen heftigen, zugespitzten Charakter annimmt, «ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich losreißt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, die die Zukunft in ihrem Händen hält.»

Und das soll die «Volksfront» sein.

Bis jetzt hat jeder Marxist diese Stelle so verstanden, dass sie den Vorgang beschreibt, der Marx, Engels, und einige andere aus dem Lager der Junghegelianer, der intellektuellen Vorhut der deutschen Bourgeoisie in ihrer revolutionären Periode in das Lager der revolutionären Arbeiterklasse führte und zu Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus machte. Sind es die Herren Azana, Giral in Spanien oder die Herren Daladier, Chautemps, Herriot usw. in Frankreich, die auf den Spuren von Marx, Engels, Hess usw. gefolgt und vermittels des Zaubermittels der Volksfront zu Vorkämpfern der revolutionären Arbeiterklasse geworden sind? Das Motto der französischen Radikalsozialisten ist bekanntlich:

«Ni révolution — ni réaction»...

Der Verfasser ist wirklich zu bescheiden, dass er eine solch epochemachende Entdeckung auf dem Gebiete des Marxismus im Dunkel der Anonymität hält.

Das Kommunistische Manifest erschien, wie der Verfasser aus dem Vorwort entnehmen kann, am Vorabend der bürgerlichen Revolution von 1848. Wenn ich nicht irre, so hat die bürgerliche Revolution in England um die Mitte des XVII. Jahrhunderts stattgefunden, also rund 200 Jahre früher. Eine solche Kleinigkeit sollte, wie mir scheint bei einer «Analyse der existierenden Klassenverhältnisse in der heutigen Welt vom marxistischen Standpunkte» eine gewisse Beachtung verdienen.

In der vom Verfasser zitierten Stelle handelt es sich also 1. nicht um die Volksfront, das heisst die politische Unterordnung der Arbeiterklasse unter das Kommando der liberalen Bourgeoisie, sondern um das ungefähre Gegenteil, nämlich um den Uebergang der genialsten und revolutionärsten Köpfe aus dem Lager der Bourgeoisie zum Kommunismus;

2. es handelt sich um ein in England, Frankreich, Deutschland längst erledigtes Stadium des Klassenkampfes, um das der bürgerlichen Revolution.

* Folgendes ist die Antwort auf einen Artikel, der in der Juninummer der englischen Zeitschrift «Controversy» (Diskussion) erschienen war. Die Antwort ist in Form eines Briefes an den Redakteur dieser Zeitschrift, C. A. Smith, Mitglied der englischen Independent Labour Party (ILP), abgefasst.

Das, was man oberflächlicher- und fälschlicherweise als Parallele zur Volksfront anführen könnte, hat der Verfasser, der ausser Zeit und Raum lebt, garnicht bemerkt.

Bekanntlich bildeten Marx und Engels 1848 zunächst den äussersten linken Flügel der bürgerlichen Demokratie, um dann im Laufe von 1848 den Bruch mit ihr zu vollziehen. Aber wie wenig selbst diese erste Etappe mit der Volksfront zu tun hat, dafür genügt ein Blick in die Spalten der «Rheinischen Zeitung». Marx und Engels haben vom ersten Tage der Revolution an ihre bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verbündeten mit der schärfsten, grausamsten, unerbitterlichsten Kritik, mit Hohn und Verachtung, geradezu mit Peltschenlieben vorangetrieben...

Sie haben nie einer bürgerlichen Regierung angehört, noch sie «unterstützt» — es sei denn mit Peltschenlieben. Selbst die radikalen Kleinbürgerregierungen der Pfalz und Baden behandelten sie mit verdienter Ironie und überlegenem Spott. Die Rolle der heutigen Kommunistischen Partei gegenüber den bürgerlichen liberalen Parteien in Frankreich und Spanien mit der damaligen von Marx-Engels zu vergleichen, heisst die Geschichte grob verfälschen und Marx und Engels zum Kinderspott machen.

Die zweite grossartige Entdeckung macht der Verfasser bei Lenin. Der Gegensatz zwischen dem Monopolkapital und den «kleinen Kapitalisten», die von den kapitalistischen Monopolen bedroht sind, soll jetzt die Grundlage für die Volksfrontpolitik bieten. Der Verfasser entdeckt weiter, dass die Politik der kapitalistischen Monopole «das politische Monopol oder der Faschismus» ist, während die «einzige Hoffnung und Rettung» der Kleinkapitalisten der demokratische Staat ist...

Sehen wir zu, was aus diesen nicht minder erstaunlichen Entdeckungen dieses zeitlosen «Kommunisten» sich an Folgerungen ergibt.

Der Verfasser konnte bei Lenin lesen, dass der Monopolkapitalismus ungefähr zu Beginn der 90-er Jahre des vorigen Jahrhunderts soweit entwickelt war, um die imperialistische Epoche einzuleiten und ihr den Stempel aufzudrücken.

Erste Folgerung: also muss der Faschismus seit dieser Zeit, also während der ganzen imperialistischen Epoche die beherrschende Tendenz des Monopolkapitals und der von ihm beherrschten Staaten gewesen sein.

Zweite Folgerung: der Faschismus muss in allen Ländern, die das Stadium des Monopolkapitalismus erreicht haben, die beherrschende bürgerliche Tendenz gewesen sein und sein.

Nun ist bekanntlich 1. der Faschismus viel jünger. Er kommt zur Macht in Italien 1922. 2. Selbst heute gibt es, wenn wir nicht irren, Länder, in denen das Monopolkapital noch bürgerlich-demokratisch regiert, unter anderem solche nicht unbeeutende Staaten wie Grossbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten. Es scheint also, dass es Länder des «demokratischen Imperialismus» gibt, und diese Tatsache ist, wie vielleicht der Verfasser erfahren hat, geradezu zur Achse der gegenwärtigen Politik der kommunistischen Parteien gemacht worden (wie sagen ausdrücklich nicht der «kommunistischen Politik»).

Wenn dem so ist, so scheint es also, dass ganz bestimmte weitere geschichtliche Bedingungen hinzukommen müssen, damit das Monopolkapital die faschistische Tendenz entwickelt und durchzusetzen versucht. Es würde mich hier zu weit führen, diesen Punkt ausführlich zu entwickeln, es ist dies an anderer Stelle mehrfach geschehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass hier kein individuelles Versagen des Verfassers vorliegt: die Kommunistische

Internationale hat vom ersten Auftreten des Faschismus bis heute in der theoretischen Analyse des Faschismus vollständig und grübelich versagt, sowohl in der ultralinken Periode, wo sie den Unsinn des «Sozialfaschismus» produzierte und zum Leitfadens ihrer Politik machte, als auch heute während des ultrarechten Kurses, wo der Faschismus bei ihr zu einer Spezialität, zum «Monopol», wenn man will, der «200 Familien» usw. geworden ist. In der ultralinken Periode machte sie infolgedessen die reformistische Arbeiterbewegung zur «Hauptstütze des Faschismus», erklärte sie zum «Hauptfeind», in der ultrarechten Periode dagegen glaubt sie sogar die grosse Masse der kapitalistischen Klassen (die ganze Klasse abzüglich der «200 Familien») gegen den Faschismus mobilisieren zu können... und erklärt alle diejenigen, die daran zweifeln, zu «Volksfeinden», die «ausgerottet» werden müssten.

Der theoretische Bankrott der Kommunistischen Internationale in der Frage des Faschismus und damit überhaupt ist so vollständig, wie ihr praktisch-politischer. Das anonyme KP-Mitglied demonstriert diesen Bankrott in mitteleckerweckender Weise.

Dritte Folgerung: wenn der Gegensatz zwischen Monopolkapital und den «kleinen Kapitalisten», die klassenmässige Grundlage der Volksfront liefern soll, so ist die Volksfrontpolitik richtig und notwendig während der ganzen Epoche des Imperialismus, also seit der 90-er Jahre und für alle kapitalistischen Länder.

«Weder Marx, noch Lenin haben je gesagt, dass eine solche Politik falsch sei», versichert der Verfasser.

Er bemerkt in seinem üblichen Elfer nicht, dass er, indem er die Notwendigkeit der Volksfrontpolitik für die ganze imperialistische Epoche «bewiesen» hat, damit durch die gesamte Politik nicht nur des Kommunismus, nicht nur Lenins, sondern auch des linken und des zentristischen Flügels der Sozialdemokratie bis 1914 einen dicken Strich macht. Er widerlegt nicht nur die gesamte Leninsche Politik gegenüber dem Menschewismus, er widerlegt dazu auch die Politik Kautskys und Rosa Luxemburgs gegen die Bernstein, Südekum, Jean Jaurès usw. bis 1914.

Was die Leninsche oder die bolschewistische Politik anbelangt, so unterscheidet sie sich bekanntlich von der menschewistischen Politik grundsätzlich darin, dass sie selbst für die bürgerliche Revolution das Bündnis der Arbeiterklasse mit der liberalen Bourgeoisie ablehnt und stattdessen das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernklasse fordert, zunächst ohne die liberale Bourgeoisie und ihre Parteien. Die Forderung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Parteien der liberalen Bourgeoisie war bekanntlich das Kernstück der Politik der Menschewiki, das sie während der Kerenski-Periode verwirklichten und das sie folgerichtig ins Lager der Konterrevolution führte.

Was heisst das klassenmässig?

Das Bündnis, das der Bolschewismus ablehnte, und mit Nägeln und Zähnen bekämpfte, war das Bündnis mit der kapitalistischen Ausbeuterklasse, mit ihrem liberalen Flügel. Das Bündnis, das die Bolschewiki forderten und verwirklichten, war das Bündnis nicht mit der kapitalistischen Ausbeuterklasse liberaler Farbe, sondern mit der vom Kapitalismus, einschliesslich seines liberalen Flügels, ausgebeuteten Klasse, in marxistischer Ausdrucksweise der einfachen Warenproduzenten, der Klein- und Mittelbauern und der entsprechenden Schichten in der Stadt, kleine Handwerker, Kleinhändler usw.: es ist die Klasse, die nicht proletarisch ist, aber auch nicht kapitalistisch da sie keine fremde Arbeitskraft ausbeutet und im Besitze ihrer Produktionsmittel ist.

Warum lehnten die Bolschewiki das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Parteien der liberalen Bourgeoisie ab und stellten ihm das Bündnis mit der Bauernklasse gegenüber ?

Sehr einfach : weil das Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie **nur auf kapitalistischer Grundlage** möglich ist und also der Natur der Sache nach die Interessen sowohl der Arbeiterklasse, wie der kleinbürgerlichen Klassen denen des Kapitals opfern muss und **also** konterrevolutionär wirken muss, während das Bündnis der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Klassen auf antikapitalistischer, also revolutionärer und sozialistischer Grundlage möglich ist. Das Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie schliesst also das revolutionäre Bündnis mit dem Kleinbürgertum aus, ist klassenmässig der polare Gegensatz dazu.

Und daher ist es unvermeidlich, das ein Bündnis der Arbeiterklasse mit den Parteien der liberalen Bourgeoisie die enttäuschten kleinbürgerlichen Klassen, die seine Opfer sind, unfehlbar ins Lager des Faschismus treibt, wenn sonst die Bedingungen für den Faschismus da sind. Muss man Beispiele anführen ? Ich denke, es ist nicht nötig.

Noch eine Kleinigkeit : der Verfasser stellt dem Monopolkapital die « kleinen Kapitalisten » gegenüber. Das erinnert an die Jungfer, die nur ein ganz kleines Kind hat. Der Gegensatz zum Monopolkapital, zum vertrusteten Kapitalist, aber nicht « der kleine Kapitalist », sondern der « freie », nicht vertrustete Kapital ist, und darunter befinden sich auch in England recht grosse Kapitalisten !

Was aber speziell den « kleinen Kapitalisten » angeht, so weiss jeder Arbeiter, der mit ihm zu tun hat, dass er gerade wegen seiner Bedrängnis durch das Trustkapital, wegen seiner ökonomisch schwächeren Lage der Arbeiterklasse womöglich noch fanatischer, gehässiger, kleinlicher, verbissener gegenübersteht als das Grosskapital.

Was die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege anbelangt - die damalige führende Partei der Zweiten Internationale - so sehe ich hier von einer ausführlicheren Erörterung ab. Es genügt zu sagen, dass nur der rechte, revisionistische Flügel bis 1914 für ein Bündnis mit den Parteien der liberalen Bourgeoisie eintrat. Wie Marx und Engels über diesen Flügel der Sozialdemokratie und ihre Politik dachten, ist aus ihrer Korrespondenz bekannt, wenn auch offenbar nicht dem Verfasser.

Ich gratuliere zu dieser nachträglichen Rechtfertigung des Menschewismus und des Revisionismus gegenüber Marx, Engels und Lenin. Aber wäre es da nicht richtiger und vor allem aufrichtiger, statt sich auf « Worte » von Marx und Lenin zu berufen, sie zu « Volksfeinden » zu erklären ?

Was der Verfasser - hierin nur ein typischer Fall in den heutigen offiziellen kommunistischen Parteien - als marxistische und leninistische Analyse zur Begründung der Volksfront bietet, ist Leichenschändung von Marx und Lenin, an ihrem « Wort » und an ihrem Geist.

Ich halte es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, dass auch in England die **revolutionären Köpfe**, die der Arbeiterklasse auf dem Felde der Theorie dienen wollen, sich nicht mit dem erbarmungswürdigen Zeug zufrieden geben dürfen, das heute in den offiziellen kommunistischen Parteien von ehrlichen Nichtwissern und weniger ehrlichen theoretischen Hausknechten und Scharlatanen als « Theorie » für den jeweiligen Tagesgebrauch zusammengebräut wird.

Was soll man in der Tat denken von den theoretischen Fähigkeiten, der intellektuellen Aufrichtigkeit oder dem intellektuellen Mut von « Theoretikern », die jahrelang mit derselben Zuversicht den « Sozialfaschismus » verteidigt

haben, mit der sie jetzt den auf die « 200 Familien » beschränkten Faschismus verteidigen ?

Die revolutionären Köpfe, die der englischen Arbeiterklasse dienen wollen, müssen lernen, die Lehren von Marx-Engels und Lenin selbständig auf die Klassenkämpfe ihres Landes anzuwenden. Das ist eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe, aber leichter geht es nicht.

Die bis zu Lenins Tode in der Sowjetunion so mächtig und rein fließende Quelle des revolutionären Marxismus ist heute versiegt und beschmutzt.

17. Juli 1937. Mit kommunistischem Gruss ! N. N.

Zur Volksfrontpolitik in Spanien und Frankreich

April 1936

1) Spanien

Nichts hat seinerzeit so sehr dem ultralinken Kurs in den Reihen der Kommunistischen Internationale das Leben verlängert, die Parteiführungen und einen erheblichen Teil der Mitglieder blind gemacht für die wirklichen Folgen dieses Kurses und für die Wirklichkeit überhaupt, als die Scheinfolge, die mit diesem Kurs in dem Lande erzielt wurden, das bei seiner Anwendung führend war und als internationales Vorbild dafür hingestellt wurde — in Deutschland. Die KPD nahm an Mitgliedern zu, sie erzielte grosse Stimmengewinne bei den parlamentarischen Wahlen. Was man nicht sah, war, dass infolge der Auswirkung der ultralinken Taktik die Partei fast allen Einfluss und fast alle organisatorischen Stützpunkte in den proletarischen Massenorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, verlor und so handlungsunfähig in den 20. Juli 1932 (Absetzung der sozialdemokratischen Regierung in Preussen) und in den 30. Januar 1933 hineinschlitterte.

Eine ähnliche Gefahr bringt der Wahlerfolg mit sich, der in Spanien auf Grund der Volksblocktaktik erzielt worden ist.

Der Volksblock hat gesiegt, er hat eine parlamentarische Mehrheit in den Cortes erzielt, er hat einen Sieg der Rechten verhindert. Also ist die Volksblocktaktik glänzend gerechtfertigt nicht nur in Spanien, sondern international: so wird gefolgert. Spanien ist durch diesen Sieg und die Weiterentwicklung, die daran anschliesst, gegenwärtig geradezu zum hervorragendsten internationalen Proberfeld der Volksblocktaktik geworden. Umso notwendiger ist es, sich nicht mit dem oberflächlichen Schein zu begnügen, sondern den Dingen auf den Grund zu gehen. Das Bild wird dann ganz anders:

Erstaunlich kurze Zeit nach den Oktoberkämpfen 1934 in Katalonien, in Asturien und in anderen Teilen Spaniens erhob sich die Arbeiterklasse zu neuer Aktivität, zu neuem Selbstbewusstsein. Die linksrepublikanische Bourgeoisie, besonders in Katalonien, war durch ihre feige, verräterische Haltung bei den Oktober Ereignissen in der Arbeiterklasse schwer diskreditiert. Der Abschluss der Volksblocks mit den Linksrepublikanern erlaubte diesen, aus den Mauselsöchern, in die sie nach dem Oktober geschlüpft waren, wieder hervorzukriechen, einen Teil des verlorenen Kredits und Einflusses in den Massen zurückzugewinnen, sich künstlich eine Mehrheit von Parlamentssitzen gegenüber den Arbeiterparteien zu sichern, die sie aus eigener Kraft nie erlangt hätten und ihnen eine Wahlplattform aufzuzwingen, die den ausdrücklichen Verzicht auf die grundlegenden und höchst aktuellen revolutionären Losungen, sowie auch auf die elementarsten Reformforderungen der Arbeiterklasse enthielt (Ausdrücklicher Verzicht auf die revolutionäre Lösung der Agrarfrage, der entschädigungslosen Uebergabe des Grossgrundbesitzerlandes an Landarbeiter und Bauern, Verzicht auf die Arbeiterkontrolle der Produktion, auf die Verstaatlichung der Bank von Spanien, sowie auf staatliche Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer).

Was wäre geschehen ohne diesen Block mit diesen Linksrepublikanern? Zweifellos ebenfalls ein Sieg der Linken, ein Sieg aber, bei dem die Arbeiterparteien auch

parlamentarisch die Mehrheit in der Linken gehabt hätten, bei dem die bürgerliche Linke in der bedeutungslosen Minderheit geblieben wäre, die ihr zukam, bei dem die Arbeiterparteien nicht gehemmt oder gefesselt worden wäre, die ihr zukam, bei dem die Arbeiterparteien nicht gehemmt oder gefesselt worden wären durch ein Volksblockprogramm, das den grundlegenden und nächstliegenden Klassenforderungen der Arbeiter und Bauern mit Rücksicht auf die « linke » Bourgeoisie ins Gesicht schlug. Man braucht sich nur die Frage zu stellen, ob die Arbeiterparteien geringere Wahlerfolge auf dem Lande unter Landarbeitern, Klein- und Mittelbauern erzielt hätten, wenn sie statt der kümmerlichen Agrarreformen der bürgerlichen Linken, die die eigentliche Ursache dafür gewesen waren, dass die Rechte auf dem Lande wieder hatte Fuss fassen können, die volle Agrarrevolution auf dem Lande propagiert hätten? Oder ob sie in der Arbeiterklasse geringere Wahlerfolge erzielt hätten mit einer Plattform der staatlichen Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer, und der Arbeiterkontrolle der Produktion, dass heisst praktisch der Wiedereingangssetzung der Betriebe und ihrer Leitung durch die Arbeiter und Angestellten?

Die Ereignisse im Anschluss an die Wahlen haben bewiesen:

1) Dass die energische ausserparlamentarische Aktion der Massen die wahre vorwärtstreibende Kraft darstellte; 2) dass die Linkerepublikaner nur unter dem Druck der selbständigen Aktion der Massen die Amnestie, die Wiedereinsetzung linker Gemeindeverwaltungen, die Wiedereröffnung der Volkshäuser, die Wiedereinstellung der nach dem Oktober entlassenen Arbeiter und Angestellten, neue Massregeln der Agrarreform, die Auflösung der faschistischen Verbände zulassen; 3) dass diese bürgerliche Linke nur ein Ziel hat: Die Aktion der Massen lahmzulegen, sie « von der Strasse » wegzulocken und die Arbeiterparteien des Volksblocks zu missbrauchen als Hüter der « Ordnung » und als Bremsen für die Massenbewegung; 4) dass das Volksblockprogramm und der Volksblock selbst bereits zu einem Hemmnis der Massenaktion geworden sind, dass sich kein Schritt vorwärts tun lässt, ohne den Rahmen dieses Programms und damit den Volksblock sprengen. Die Frage steht: Entweder lassen sich die Arbeiterparteien und Organisationen von den Linkerepublikanern missbrauchen zur Fesselung der Aktion der Massen (dass ist bereits geschehen durch die Absage der Massendemonstrationen der Bauern, die auf 15. März angesetzt waren, um für die Forderungen der Agrarrevolution zu demonstrieren — geschehen auf Drängen von Azana) oder sie sprengen die Ketten des Volksblocks. Im Mittelpunkt der Weiterführung der revolutionären Aktion müssen stehen:

1) Die Durchführung der Agrarrevolution (die Bauern haben bereits begonnen, Grossgrundbesitzerland zu besetzen und anzubauen — die Regierung Azana schickte ihre bewaffneten Kräfte gegen sie und sucht sie zu überlisten); 2) Die Brechung der Sabotage der Unternehmer bei der Wiedereinstellung der Arbeiter und der Wiedereingangssetzung der Betriebe dadurch, dass die

Arbeiter selbst durch ihre Organe die Betriebe wieder in Gang setzen und ihre Leitung übernehmen. (Arbeiterkontrolle der Produktion).

3) Die Auflösung der Guardia Civil, die Gewinnung der Masse der Armee, der Mannschaften und der Unteroffiziere für die Arbeiterklasse durch die Agrarrevolution (die Armee besteht in der Mehrheit aus Bauern), durch die Propaganda und im geeigneten Augenblick die Schaffung von Soldatenräten, die Besetzung der Offiziersstellen von unten aus den Mannschaften und durch die organisierte Bewaffnung der Arbeiter (Arbeitermilizen oder Arbeiterwehren). 4) Umwandlung der Arbeiter- und Bauernallianzen in wahre umfassende Klassenorgane der Arbeiter und Bauern, die jetzt schon trachten müssen, möglichst viele politische Macht lokal, bezirkswise und zentral in die eigenen Hände zu nehmen und der linksrepublikanischen Regierung zu entreissen (« Doppelregierung ») und nach dem Sieg sich in die Organe der proletarischen Staatsmacht zu verwandeln. 5) Herbeiführung des Bruches mit den Linksrepublikanern, statt dessen Herstellung des Bündnisses mit der Masse der Landarbeiter, der werktätigen Bauern und dem städtischen Kleinbürgertum vermittelst der Arbeiter- und Bauernallianzen und in der weiteren Entwicklung des Kampfes durch vollausgebaute Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die diesen revolutionären Klassenkampf bis zum Aufstand führen.

Die «Partido Obrero de Unificacion Marxista» Kataloniens (Maurin) hat zuerst begriffen, dass die Fesseln des Bündnisses mit den Linksrepublikanern gesprengt werden müssen. Die KP Spaniens hat, nachträglich belehrt durch die Aktion der Massen, bereits verstanden, dass das Volksblockprogramm überholt ist, sie richtete an die Sozialdemokratische Partei ein Schreiben, in dem sie die gemeinsame Weiterführung des Kampfes im grossen ganzen in der Richtung der obenangeführten Punkte fordert, — aber sie hält weiter fest an dem Block mit den Linksrepublikanern. Die verhängnisvolle Wirkung der Weiterführung dieses Blockes hat bereits der 15. März bewiesen — die Absage der revolutionären Massendemonstrationen der Bauern auf den Druck und die Versprechungen Azanas hin. Das Schicksal der Weiterführung der Revolution in Spanien über die Grenzen der bürgerlichen Revolution hinaus zur proletarischen oder sozialistischen Revolution, zur Errichtung der Räte-macht (damit zugleich aber auch der Sicherung der vollständigen Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution und der Verteidigung ihrer bisherigen Errungenschaften für die werktätigen Klassen) hängt entscheidend davon ab, dass die Kommunistische Partei rasch den Bruch mit den Linksrepublikanern vollzieht und dadurch befähigt wird, an der Spitze der revolutionären Massenbewegung zu marschieren, ihr die Wege zu weisen, sie organisatorisch zu vereinheitlichen und zu zentralisieren, während die Weiterführung des Blockes bedeuten würde: Hemmung, Zersplitterung, Lahmlegung, Enttäuschung und Entmutigung der revolutionären Massenbewegung, eine Atempause, in der alle Kräfte der Konterrevolution, der Grossbourgeoisie, des Grossgrundbesitzes, des Klerus, der Offiziere usw. sich wieder sammeln, organisieren und vereinigen können, das heisst letzten Endes Sieg der Konterrevolution.

Es genügt, diese Alternative aufzuzeigen, um die gewaltige internationale Bedeutung der Ereignisse Spaniens im Allgemeinen und der Fortführung oder der Aufgabe der Volksfronttaktik im Besonderen in diesem Lande zu ermessen.

2) Frankreich

Wenn die bewunderswerte Initiative, Ausdauer und Energie der Arbeiterklasse in Spanien so wenig auf das benachbarte Frankreich gewirkt hat, so vor allem deswegen, weil die Politik der Volksfront die ausserparlamentarische Massenaktion in Frankreich seit geraumer Zeit inhmeelet hat. Die Abwürgung der Streikbewegung in Brest und Toulon gegen die Notverordnungen hat bis heute nachgewirkt.

Die Weiterentwicklung der Volksfrontpolitik in Frankreich ist gekennzeichnet durch folgende Tatsachen:

1) Die Tolerierung der Regierung Sarraut durch die KPF (Stimmhaltung beim Regierungsantritt), obwohl der Regierung notorische, der Arbeiterklasse tief verhasste Scharfmacher angehören, der Unterstaatssekretär des Innern, ein Angehöriger der Jeunes Patriotes ist und der Kriegsminister Maurin den Croix de Feu nahesteht. 2) Auf dem Parteitag in Villeurbanne stimmte die KPF der Tolerierung der Regierung Sarraut zu und erklärte gleichzeitig (eine kleine Wendung nach links) dass sie nicht bereit sei, eine parlamentarische Volksfrontregierung mitzumachen (eine ausserparlamentarische Volksfrontregierung zusammen mit den Radikalsozialisten ist aber ein Widersinn, ein schlechter Witz!). Das Manifest des Parteitages schweigte in Phrasen von der «nationalen Einheit Frankreichs» gegen die «200 Familien», Phrasen, die nur der Reaktion und dem Chauvinismus zugute kommen können. 3) Nach dem Ueberfall der Royalisten auf Léon Blum veranstaltete die Volksfront eine Massendemonstration mit einer gewaltigen Teilnehmerzahl — aber ohne jedes konkrete politische Ziel, eine Demonstration, die vollkommen der Absicht Sarrauts entsprach, ein «Ventil» für den Zorn der in den Pariser Arbeitervierteln kochte, aufzumachen. Die Action Française wird zwar formell verboten, aber die Royalisten können ungehindert in anderer Form ihre Organisation weiterführen und ihre Pressehefte weiterbetreiben. Gegen die Croix de Feu, die stärkste faschistische Organisation wird nichts unternommen, sodass das Verbot der Action Française auf nichts anderes hinausläuft, als auf eine Konzentration der faschistischen Kräfte. Das Gesetz zur Auflösung der faschistischen Verbände bleibt toter Buchstabe. Niemand denkt daran, breite politische Selbstschutzorganisationen aufzubauen, die allein die wirkliche Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Verbände durchführen konnten und deren Organisation und Eingreifen zur Auflösung der faschistischen Verbände, die gegebene Antwort auf den Ueberfall auf Blum gewesen wäre. 4) Ein Streik in Marseille wird von der Regierung zusammen mit den Arbeitervertretern geschlichtet, die wesentlichste Forderung der Hafenarbeiter, gestützt auf ihre Betriebsvertretungen, Forderungen an die Unternehmer erheben und gegebenenfalls in Streik treten zu können, kommt unter die Räder. Die KPF aber gibt dieses Ergebnis als einen «Sieg» der Arbeiter aus. 5) Auf dem Vereinigungsverbandstag

zwischen CGT und CGTU in Toulouse katastrophales Versagen der Partevertreter nicht nur in politischer, sondern ebenso-sehr in rein gewerkschaftlicher Beziehung. Keinerlei Initiative der kommunistischen Gewerkschafter, und die durch die Herstellung der Gewerkschaftseinheit gestärkte Kampfkraft der Gewerkschaften zur tatsächlichen Aufnahme des Kampfes gegen die Notverordnungen und die anderen Formen des Kapitalangriffes, zum Einsatz der Gewerkschaften in den Kampf zur unmittelbaren Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter auszunützen. Dieses Versagen ist offensichtlich eine Wirkung der Volksfrontpolitik, der Gewöhnung an die Rücksichtnahme auf die Radikalsozialisten, denen jede Aktion der Arbeiterklasse für ihre Klasseninteressen verhasst ist.

6) In der Locarnokrise : Praktische Ratlosigkeit, keinerlei Mobilisierung der Massen. Statt selbständiger klassenmässiger Stellungnahme die Unterordnung unter die Aussenpolitik der Regierung Sarraut. Umsichwerfen mit Phrasen. Die Aktionseinheit mit der SFIO ist in dieser Krise ausser Funktion gesetzt.

Die Bilanz der Volksfrontpolitik der letzten Monate in Frankreich ist eine wachsende negative Grösse.: Die monatelange Lahmlegung der selbstständigen Massenaktionen der werktätigen Klassen, vor allem der Arbeiterklasse, und die fortschreitende Gewöhnung an diese Lahmlegung.

Die Presse der bürgerlichen Republikaner, der sozialistischen und kommunistischen Parteien feiert den 16. Februar, den Tag der Corteswahlen, als einen historischen Tag, den Tag der Wiedergeburt der spanischen Republik, des Triumphes der Volksfront (Frente Popular) über den spanischen Kleriko-Faschismus.

Drei Monate liegt nun schon der «grosse Sieg» zurück, eine Zeitspanne, in der sich der Volksfronttriumph und seine Bedeutung für das Proletariat auswirken konnte. Lassen wir kurz die politischen Ereignisse dieser Zeit Revue passieren, um das Fazit von drei Monaten Volksfrontpolitik ziehen zu können.

Der Wahlkampf wurde für Amnestie, für Wiedereinstellung der im Oktober 1934 entlassenen Arbeiter, für tarifliche Festlegung von Minimallohnen, für Agrarreform und für Wiederherstellung der autonomen Rechte der baskischen Provinzen und Kataloniens geführt. Was in diesen Beziehungen geschehen?

a) **Amnestie** : Der grösste Teil der politischen Gefangenen hat die Freiheit zurückbekommen. Eine Massnahme, die unumgänglich geworden war. Am Tage der Wahl standen die Arbeiter und grosse Bauernmassen bereit, den Kampf auf der Strasse aufzunehmen. Die Gefängnisse von Asturien wurden von den Massen gestürmt, bevor das Amnestiedekret erlassen war. Aber die Offiziere und Soldaten, die sich unter der Gili-Robles-Leroux-Regierung weigerten, gegen Asturien, gegen das Proletariat zu marschieren und zum Teil auf der Seite der Revolution kämpften, sind noch immer in den Militärgefängnissen und Festungen eingekerkert. Diejenigen, welche nach dem Oktober als unzuverlässig vom Dienst suspendiert wurden, sind bis heute nicht wieder eingestellt. Ebenfalls sind nach wie vor die antifaschistischen Emigranten Freiwild für die reaktionäre Polizei. Sie werden in die Gefängnisse gesteckt und ausgewiesen.

b) **Wiedereinstellung der Oktoberentlassenen** : Zu Tausenden sind Fälle bekannt, dass die Wiedereinstellung sabotiert wird. Auf dem Lande lässt man die Kulturen (Wein, Oliven etc.) eher eingehen, als der Arbeiterschaft Brot zu geben. Dort, wo sich die Arbeiterschaft wehrt, wird die Guardia Civil hingeschickt, die feudalen Herrenrechte des Grossgrundbesitzers mit ihren Mauern verteidigt.

Im Rundfunk erklärten der Arbeitsminister und Gouverneure, dass die Streikwelle den Triumph des 16. Februar vernichte, dass man Halt machen müsse, ja, dass man mit energischen Mitteln der Zerstörung der spanischen Wirtschaft begegnen müsse. Dabei handelt es sich bei den Streiks um die Wiedereinstellung der Oktoberentlassenen und um die Festlegung von Minimallohnen. In den Fällen, wo die Arbeiter geschlossen in den Streik gehen, wo sie die Betriebe übernehmen und kontrollieren, greift die Regierung ein; dann haben aber auch die Unternehmer den Eingriff beantragt, um für sich zu retten, was noch zu retten ist. Das bekannteste Beispiel ist der Fall der Madrider Brauerei «Agulla». Während des Streiks ging die Direktion auf «Ferien» um jede Verhandlung unmöglich zu machen; die Vorräte gerieten in Gefahr zu verderben. Daraufhin übernahm der Arbeiterrat die Fortführung des Betriebes, der Absatz ging gut weiter, die Autos des Betriebes fuhren mit dem revolutionären Gruss : U.H.P. (Einheit, proletarische Brüder !) Auf dem Betrieb wurde die rote Fahne gehisst.

Die erste Tat der Behörden bestand darin, dass sie verlangten, die rote Fahne zu streichen. Dann fanden

sich die Direktion im Arbeitsministerium ein und dieses vermittelte die Rückgabe des Betriebes an sie.

Der Bergarbeiterverband von Asturien veröffentlichte den Streikbeschluss der Bergarbeiter. In ihrem Manifest, das hierzu herausgebracht wurde, legen sie ihre Gründe dar :

«Nichtauszahlung von rückständigen Löhnen, weil man sich weigert, den Arbeitsräten Entschädigung für versäumte Arbeit zu zahlen, weil gegenwärtig noch Unternehmungen dem Gesetz vom 29. Februar (Wiedereinstellung der Oktoberentlassenen) nicht nachkommen, weil die Arbeiter Schluss machen wollen mit der Passivität des Staates bei den Stilllegungen von Zechen, die unter tausend Vorwänden vorgenommen werden, wobei alle diese Vorwände nicht darüber hinwegtäuschen können dass reaktionäre, verbrecherische Absichten dahinterstehen.....»

In seiner Antrittsrede als Ministerpräsident erklärte Azana :

«Das Programm der Frente popular ist das Programm der Regierung, nicht ein Komma wird gestrichen...»

Das Programm sagte :

«Die Einkommen auf dem Lande sind Hungereinkommen; Aufstellung von Mindestlöhnen, die den Arbeitern eine würdige Existenz bieten.....»

c) **Agrarreform** : Lassen wir die landlosen und landarmen Bauern, die in der UGT (Gewerkschaften unter sozialdemokratischer Führung) organisiert sind, durch ihr Organ «El Obrero de la Tierra» selbst sprechen :

«...gestern, am Tage des 1. Mai, fassten sie (die Provinzföderationen der Bauerngewerkschaften) einstimmig den Beschluss, direkt an die Nationalföderation dagegen zu protestieren, dass, trotz den Versprechungen des Regierungschefs an die Vertreter dieser Föderation anlässlich der verbotenen Bauerndemonstration (Bauerntag vom 15. März) unseren Forderungen Beachtung zu schenken... trotz der verstrichenen Zeit nichts getan worden ist... »

Im gleichen Organ Nr. 5 vom 28.3.36. finden wir einen anderen Hilferuf :

«Sprechen wir klar : Landaufteilung nur auf dem Papier brauchen wir nicht. — Die Landarbeiter appellieren an das Proletariat von ganz Spanien, Helft uns, Brüder! Sie realisieren die Landaufteilung auf dem Papier, nicht auf den Gütern. Hier sind einige Beispiele :

Monte Alamin, Aufteilung an	600 Personen
Serre Zueta, Eviales, Aufteilung an	200 Personen
Jan Silvestre, Aufteilung an	80 Personen
Puebla Nueva, Aufteilung an	120 Personen
Verclugales, Aufteilung an	100 Personen
Insgesamt Aufteilungen :	1.100

Diese Ländereien wurden aufgeteilt, bevor die Techniker der Agrarreform kamen. Nachträglich versprochen sie Kredite und dabei blieb alles. Diese Manöver kennen wir. Sie wurden schon im ersten Parlament von 1932 durchgeführt. Diese Besitzungen gingen nachträglich an ihre früheren Eigentümer zurück. !

Der Fall Yeste : Man baute in Yeste eine Talsperre. Das gestaute Wasser überschwemmte weite Bodenflächen. Die Besitzer wurden entschädigt, die Landarbeiter blieben ohne Arbeit, ohne Arbeitsmöglichkeiten. Aus den nahegelegenen Pinienwäldern schlagen sie Holz, um es gegen Esswaren umzusetzen. Die Wälder gehörten früher der Gemeinde und durch schmutzige Manipulationen wurden sie an Pri-

vs hände vermittelt. Die neuen Besitzer rufen die Guardia Zivil — Erfolg : 23 tote Landarbeiter über 50 Verhaftungen und 3.000 emigrierte Landarbeiter, die Verfolgungen fürchten müssen.

Der Fall Bajadoz : Faschisten provozieren Landarbeiter, diese entwaffnen die Faschisten; die Guardia Zivil interveniert und verhaftet die Landarbeiter wegen verbotenen Waffenbesitz. In dieser Art lässt sich Fall an Fall reihen.

Allgemein zur politischen Demokratie muss man feststellen : Pressezensur, Schliessung von Gewerkschaftslokalen der Anarchisten in Madrid, Verhaftung ihrer Funktionäre auf Grund ihrer kritischen Stellung zur Volksfrontregierung.

Als Casares Quiroga seine Regierung antrat, erklärte er :

«Bei der ersten Schwierigkeit, die mir die gegenwärtige Mehrheit (liess : Frente popular) bereitet, tritt die Regierung zurück, auch dann, wenn sich auch andere Möglichkeiten ergäben, die über die evtl. Konflikte hinweghelfen würden.»

Was das heisst, ist klar. Wenn die Organisationen der Arbeiterschaft dem Bürgertum nicht gehorchen, sprengt dieses die Frente popular und sucht sich eine Mehrheit mit dem Zentrum, mit dem Zentrum, das auch mit Gil-Robles-Lerroux zusammenarbeitet.

Wer sind die Gefangenen der Volksfront ?

Untersuchen wir den «Sieg» des 16. Februar, von dem die KP schreibt :

«Der Sieg des 16. Februar, der Triumph des arbeitenden Volkes hat die historische Bedeutung, der Konterrevolution eine Niederlage beigebracht zu haben, darüber hinaus, die Wege frei zu machen für den Fortschritt der Revolution.»

Was konkret am 16. Februar herauskam, war, dass von den 240 Abgeordneten der Frente popular etwa 100 den Sozialisten und Kommunisten zufielen. 110 Abgeordnete haben die Linksbürgerlichen und 30 solche bürgerliche Republikaner, die sich bis heut noch nicht darüber klar sind, ob sie mit dem Zentrum nicht besser zusammenarbeiten können, als mit den Arbeiterparteien. Das Zentrum hat 45 und die Reaktion 175 Sitze, davon allein die CEDA (Gil-Robles-Partei) mehr als 110. Eine parlamentarische Zusammensetzung also, die für die Koalitionspolitik Ideal ist. Und die spanische Frente-popular-Regierung beruht tatsächlich auf einer Koalitionspolitik der Arbeiterparteien mit der Bourgeoisie.

Diese Tatsache erfährt dadurch keine Aenderung, dass die Kommunisten und die linken Sozialdemokraten keine Ministersessel beanspruchen. Ob man seinem Klassengegner nur den kleinen Finger zum Gruss bietet oder die ganze Hand, ist eine bedeutungslose formelle Angelegenheit. Wichtiger ist, wer wen zum Grüssen zwingt.

Als Largo Caballero, der Führer der linken Sozialdemokraten, mit dem Austritt der UGT aus der Frente popular drohte, wenn sozialistische Minister in die Regierung einziehen sollten, schrieb die KP, dass man mehr als je die Frente popular unterstützen müsse, um gegen den Faschismus bestehen zu können. Largo Caballero hat mehr als 40 Jahre reformistischer Politik hinter sich und das schaute hinter seinen Zellen in der «Claridad» hervor, als er der KP antwortete, er denke garnicht daran, die Frente popular zu sprengen, das Ganze sei eine Familienangelegenheit der SP.

Die Gewerkschaft der Kellner von Barcelona ist in den Händen der KP. Die Mitglieder fassten auf einer Mitgliederversammlung einen einstimmigen Streikbeschluss. Die Leitung billigte ihn. Die Frente Popular protestierte. Im Rundfunk setzte sich der katalanische Arbeitsminister Barrera gegen die Streiks ein. Madrid intervenierte bei der KP Katalaniens und diese rief eine öffentliche Versammlung ein (keine Mitgliederversammlung der Kellner !) und machte geltend, dass der Streik die Frente popular gefährde. Nach spanischer Gewohnheit gibt es in öffentlichen Versammlungen weder Diskussionsmöglichkeiten noch Besucherkontrolle. Man stimmte ab und aus dem vorher einstimmigen Streikbeschluss wurde ein Mehrheitsbeschluss, die Arbeit wieder aufzunehmen. Alles, was dafür sprach, war, dass der Arbeitsminister Barrera versprach, den Konflikt zugunsten der Kellner zu regeln. Nun, das Resultat liegt vor, die Trinkgelder werden abgeschafft und alle Getränke im Preis um 20% erhöht, wovon die Kellner bezahlt werden. Durch die Preiserhöhung werden die Gewinne der Unternehmer erhöht und die Kellner verbessern ihre Situation nur moralisch.

In Malaga traten die Fischer und Einsalzer in den Streik. Die Fischer sympathisieren mit der KP und SP und sind gewerkschaftlich in der UGT organisiert. Die Einsalzer gehören der CNT (anarchistischer Gewerkschaftsbund) an. Der Streik der Fischer ging infolge der Frage: Frente popular, früher seinem Abbruch zu als der der Einsalzer, aber ohne die Einsalzer können die Fische nicht für weiteren Transport und Verarbeitung verwertet werden. Aus diesem Grund versuchten die KP-Mitglieder mit allen Mitteln, die CNT zum Streikabbruch zu zwingen. CNT-Mitglieder erschossen darum das kommunistische Gemeinderatsmitglied Reina. Die UGT beschloss den sofortigen Generalstreik, der in absoluter Geschlossenheit durchgeführt wurde; selbst die Lebensmitteläden mussten schliessen.

Im Laufe des Vormittags wurde dann von sozialistisch-kommunistischer Seite der Chef der CNT Acevedo erschossen. Im weiteren Verlauf verhaftete man die bekanntesten Funktionäre der CNT und schloss ihnen sämtliche Lokale. Man rechnet damit, dass nach Abbruch des UGT-Proteststreiks ein Proteststreik der CNT ausbrechen wird, die die Freilassung ihre Mitglieder und Oeffnung ihrer Lokale fordern.

Im Gefängnis von Barcelona war von inhaftierten antifaschistischen Emigranten der Hungerstreik beschlossen worden, um das Asylrecht zu erlangen. Der kommunistische Abgeordnete Valles intervenierte zwecks sofortigen Abbruchs des Hungerstreiks, da dieser die Frente popular im In- und Auslande diskreditierte. Man versprach die sofortige Freilassung der politischen Emigranten — seitdem sind bereits 14 Tage vergangen und die Genossen sind noch heute nicht entlassen.

Wie diese Dinge, deren Beispiele durchaus nicht erschöpft sind, auf die kommunistische Mitgliedschaft wirken, zeigte sich auf der erweiterten ZK-Tagung der KP Spaniens. Im veröffentlichten Bericht heisst es :

«Das Plenum stellt fest, dass die Partei als ganzes jetzt ideologisch einheitlich und von der Linie des ZK durchdrungen ist. Es missbilligt ausdrücklich die Haltung des Sekretärs des Madrider Provinzkomitees, der der richtigen Linie des ZK seine eigene sektiererische und opportunistische Linie entgegensetzen woll-

te. Das Plenum hat die Partei aufgefordert, alle Abweichungen von der vom ZK und von der KI gewiesenen Linie zu bekämpfen.... Zu den Hauptschwächen gehört die mangelhafte Arbeit in der Arbeiter- und Bauernallianz.... Die kommunistische Organisation von Zaragoza und besonders ihre Leitung halten unter dem Einfluss der Anarchisten an ihrem Sektiererertum fest, das selbe gilt von Katalanien....»

Mehr wird über die Opposition in der KP nicht gesagt.

Der gesamte revolutionäre Kampf der KPS_p beschränkt sich darauf zu sagen, die Regierung müsse gegen Faschismus und Reaktion kämpfen, man müsse der Regierung helfen. Aber wer ist die Regierung? Das Oberste Gericht hat heute wieder die faschistischen Organisationen für legal erklärt, die kurz vor dem Februar für ungesetzlich erklärt worden waren. Aber «laut Dekret vom 30. Juni 1857» sind sie wieder legal!

Die Anarchisten bekommen wieder Zuwachs. Sie sind die einzig Massenorganisation, die sich offen für den ausserparlamentarischen Kampf einsetzt. Sie stellen die Frage: Einheitsfront — ja! Aber entscheidet Euch, Kommunisten: Einheitsfront mit uns oder mit der Bourgeoisie. Mit beiden geht es nicht. Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Allianzen **oder** Frente popular.

Der Anarchismus erhält so dank der Schwächen der Volksfrontpolitik, die er kritisiert, die Möglichkeit, Anhänger für seine eigenen Irrtümer zu gewinnen.

Largo Caballero schwankt hin und her. Im April meinte er, die SP ist das Organ der proletarischen Diktatur. Im Mai: «Wir können nicht sagen, welche Partei und wer die proletarische Diktatur führen wird.»

Auf der gleichen Versammlung führte er aus, dass die Arbeiterallianzen «künstliche Gebilde seien, die vielleicht als Hilfsorgane der Partei fungieren könnten» — aber die Einheitsfront sei Organisationseinheit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet. Wer nicht dafür sei, habe auch kein Anrecht an der Führung der Arbeiterallianzen.

Auf einer darauffolgenden Versammlung erklärte er, dass alle Organisationen der Arbeiter in der Arbeiterallianz erfasst werden müssen und dass es notwendig sei, dass die Allianzen von allen Arbeiterorganisationen kontrolliert werden... Überall müssten Arbeiterallianzen entstehen, die sich zur Alianza Obrera Nacional vereinigen sollten.

Wer innerhalb 30 Tagen seine politische Linie zu solch weittragenden Fragen so entscheidend ändert, muss mit grosstem Misstrauen angesehen werden.

Die SP verlegte ihren Parteitag, der Ende Juni stattfinden sollte, auf Ende Oktober. Die Ursache ist, gegenwärtig entscheidenden Beschlüssen in prinzipiellen Fragen auszuweichen. Obwohl nicht einmal grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Zentrum und dem linken Flügel der SP bestehen, verschärft sich der Kampf weiter. In Eelja wurden die Führer des Zentrums Prieto und Pena von Mitgliedern des linken Flügels schwer verprügelt. Nur mit Hilfe der Guardia Civil konnten sie ihr Leben retten.

Ähnlich steht die Situation zwischen dem POUM (Partei für marxistische Einheit, unter Führung von Maurin) und der KPS_p; dort, wo die KP stark ist werden die

Maurinversammlungen gesprengt, dafür aber auch die KP-Versammlungen, wo die POUM Positionen hat.

Abschliessend ist festzustellen, dass 1. die Frente-popular-Regierung ihr Programm nicht erfüllte und mit Scheinaktionen über diese Tatsache hinwegtäuschen will; 2. die Kommunisten sind dank ihrer politischen Linie zwangsläufig zu Gefangenen der republikanischen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums geworden; 3. damit wird die Vereinheitlichung der Kampfkraft des Proletariats durch die Arbeiterallianzen gelähmt. Die Zusammenstösse zwischen Kommunisten-Sozialisten und Anarchisten zeigen die Gefahr dass die Spaltung der Arbeiterschaft sich aufs neue verschärft, obwohl der Faschismus an Boden gewinnt. 4. der momentane Sieger des 16. Februar ist die republikanische Bourgeoisie und ihr kleinbürgerlicher Anhang. Diese Politik muss, wenn sie weitergeführt wird, eine Situation mit sich bringen, in der die Volksfront zusammenbricht und die Macht schliesslich wieder an die CEDA und damit an den Kleriko-Faschismus zurückfällt.

Die Sozialisten und Kommunisten werden von der Frente popular verbraucht, durch ihre parlamentarische Tätigkeit diskreditiert, die ausserparlamentarischen Kämpfe werden sabotiert, was die Arbeiterparteien schliesslich unfähig machen kann, die Massen gegen eine zweite Gil-Robles-Regierung in den Kampf zu führen.

Das ist das Fazit von nur drei Monaten Volksfrontpolitik !

Die Preisgabe der kommunistischen Grundsätze und die Durchführung der Volksfrontpolitik in Spanien wird von den ehemaligen Kommunisten besonders mit der Behauptung begründet und verteidigt, dass die Werktätigen und die bürgerlichen Antifaschisten (Republikaner und baskische Katholiken) Spaniens nur für die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie zu der Einheit zusammengefasst werden konnten, die den Sieg über Franco sichere. Mit der Losung « erst den Krieg gewinnen, die bürgerliche Demokratie retten, dann könne man weitersehen » behaupten sie Franco schlagen zu können.

Der bisherige Verlauf des Bürgerkrieges beweist das Gegenteil.

Im Juli 1936, als die Militärmakarilla in Spanien den Aufstand begann, wurde er durch die spontane Gegenwehr der Arbeiter und armen Bauern in einem Gebiet, das mehr als zwei Drittel des spanischen Territoriums ausmacht, zurückgeschlagen und in der Entfaltung gehemmt. Die Arbeiter und anderen Werktätigen, die diesen Kampf führten, dachten dabei nicht an die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, sondern an den Anfang des entscheidenden Kampfes um ihre endgültige Befreiung. Nur diese Ueberzeugung gab ihnen Mut und Todesverachtung.

Heute, 13 Monate später, hat Franco in über zwei Drittel des spanischen Territoriums seine Gewalt aufgerichtet. In dem Drittel, das Franco noch nicht erobert hat, herrschen nicht die Sieger vom Juli 1936, sondern eine Volksfrontregierung, an deren Spitze Negrin und Prieto stehen, zwei Männer, die zu den reichsten Familien Spaniens gehören. Die Art, wie die beiden feindlichen Fraktionen der spanischen Bourgeoisie die Herrschaft über die Werktätigen zur Zeit ausüben, unterscheidet sich nur in der Phraseologie, kaum dem Inhalt nach.

Krieg und Bürgerkrieg sind die Fortsetzung der politischen Kämpfe der kriegführenden Parteien mit den Mitteln der Waffengewalt. Strategie und Taktik der Kriegsführung wird von den Klasseninteressen der die politische und militärische Herrschaft ausübenden Regierung bestimmt. Die Tatsache, dass die Arbeiter und Bauern, die im Juli 1936 den Militärputsch niedergeschlagen haben, nicht die Kraft aufbrachten, ihre eigene politische Herrschaft zu organisieren, machte aus den Siegern über den Militäraufstand im Jahre 1936 Kanonenfutter für die Bourgeoisie, die ihren Ausdruck und ihr Herrschaftsorgan in der gegenwärtigen Volksfrontregierung findet. Die Sieger von 1936 werden der demokratisch-republikanischen Diktatur der Bourgeoisie unterworfen, weil sie nicht die Kraft aufbrachten, ihre eigene Klassendiktatur auf der Basis der breitesten revolutionären Massendemokratie, der der Räte der Arbeiter, Klein- und Mittelbauern und Milizen, aufzubauen.

Um Franco sammeln sich der Grossgrundbesitz, der Klerus und das einheimische Handels- und Wucherkapital (Juan March). Um die Negrin-Prieto-Regierung das reichere Klein- und Mittelbürgertum, wohlhabende Pächter, ein Teil der Grossgrundbesitzer und Kaziken (Grossbauern) und die, die aus nationalen und separatistischen Gründen gegen Franco stehen (Basken, bürgerliche Katalanen). Die Irreführung durch die Volksfrontideologie schafft der Volksfrontregierung einen gewissen Stützpunkt unter den betrogenen Werktätigen. Ihre Regierungstätigkeit wird aber nicht von den Klasseninteressen der Betroffenen, sondern von denen der Betrüger bestimmt. Das Industriekapital ist in Spanien meist in ausländischem Besitz und wird auch vom Ausland kommandiert, soweit es in spanischen Händen ist.

Die Mehrheit der Arbeiterklasse stand in Spanien unter dem Einfluss des Anarcho-Syndikalismus, einer Frühform des proletarischen Klassenbewusstseins aus der Periode des Frühkapitalismus. Nach dieser Ideologie sollen die Arbeiter den Kampf der bürgerlichen Parteien um die politische Form der Beherrschung und Ausbeutung der Werktätigen ignorieren. Nur die direkte Aktion, in der Hauptsache der wirtschaftliche Streik und Generalstreik, werden als zulässige Waffe zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen verkündet. Die Errichtung der proletarischen Diktatur als zentralisierte Staatsgewalt zur Niederwerfung des kapitalistischen Staates wird abgelehnt. Diese anarcho-syndikalistische Doktrin erleichterte die spontane Aktion der Werktätigen zur unmittelbaren Niederwerfung des Militäraufstandes, soweit die anarcho-syndikalistische Ideologie die ausserparlamentarische Massenaktion förderte. Dieselbe Doktrin ermöglichte aber auch den Volksfrontschwandel, den die Reformisten — die grundsätzlich für die Zusammenarbeit mit der demokratischen Bourgeoisie sind —, mit Hilfe des Verrats der den Nainen « Kommunisten » zu Unrecht tragenden Anhänger der von der Stalinclique beherrschten kommunistischen Internationale durchführen konnten. Denn mit der anarcho-syndikalistischen Doktrin kann der revolutionäre Machtkampf der Arbeiterklasse nicht zum Siege geführt werden.

Die von der anarcho-syndikalistischen Ideologie beeinflussten Massen überliessen nach den ersten Siegen die Organisierung und Führung des Kampfes ihrer alten Führung. Die Vorstellung der Anarchisten von der friedlichen Organisierung des Sozialismus machte aus den anarchistischen Führern eine leichte Beute des Einheitsschwandels der Volksfrontpolitikanten, weil sie von der Uebernahme der politischen Macht und der Errichtung der proletarischen Diktatur zur Niederwerfung der Feinde des Sozialismus die grösste Angst haben. Praktisch wurden diese anarcho-syndikalistischen Führer zu Regierungsanarchisten die von den Regierungssozialisten und Regierungskommunisten an der Nase herumgeführt wurden. Die POUM, die einzige Partei, die die kommunistischen Grundsätze propagierte, war zahlenmässig zu schwach und zum Teil selbst noch mit anarcho-syndikalistischen Elerschalen behaftet. Sie konnte dem spanischen Proletariat nicht die Führung und Organisierung ihrer Hegemonie geben, die für den Sieg der proletarischen Revolution Vorbedingung ist.

Die Milizen Kataloniens entwickelten in den ersten Monaten eine grosse militärische Offensivkraft. Sie stiessen vor bis an die befestigte Stadt Saragossa, in Madrid bis an die von Mola unter der ersten Volksfrontregierung geschaffenen Bergbefestigungen im Guadarrama-Gebirge. Von militärisch ungeschulten Milizen können solche von geschulten Militärs mit modernen Waffen verteidigten Befestigungen schwer im Frontalangriff bezwungen werden. Nur die Umbildung der Milizen zu einer Roten Armee konnte zum revolutionären Elan militärische Ausbildung und Technik der Kriegsführung hinzufügen, die in Verbindung mit revolutionärer Strategie und Taktik hätte Franco besiegen können. Umwandlung der Miliz in eine rote Klassenarmee bedeutet Verwendung militärischer Sachverständiger unter Kontrolle der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die zentral zusammengefasst die Regierung der proletarischen Diktatur bilden. Nur eine solche Regierung der proletarischen Diktatur hätte dem in der Roten Armee erfassten revolutionären Kern die moderne Bewaffnung liefern können. Nur politische

Kindsköpfe konnten einen Augenblick annehmen, dass eine bürgerliche Volksfrontregierung revolutionäre Milizen mit modernen Waffen versteht, die für die Verteidigung der bürgerlichen Republik umsoweniger zu gewinnen sind, je tüchtiger sie militärisch sind. Eine Regierung der proletarischen Diktatur hätte mit den reichen Gold- und Valutamitteln, die der Volksfrontregierung zur Verfügung standen, mindestens ebensoviel und ebenso rasch moderne Kampfmittel beschaffen können. Es ist ein durch nichts begründeter Schwindel, dass nur die Volksfrontregierung mit dem Gold des spanischen Volkes Waffen beschaffen konnte. Die Erfahrung zeigt, dass es auch ein Schwindel ist, wenn behauptet wird, dass nur die Volksfrontregierung die Intervention der imperialistischen Mächte verhindern konnte. Sie hat die Intervention des italienischen und deutschen Faschismus nicht verhindert. Die Volksfrontpolitik hat nicht verhindert, dass der französische und englische Imperialismus, auf die sie sich stützt, die Intervention des italienischen und deutschen Faschismus zulassen und begünstigten. Die Behauptung, dass eine Räteregierung die Intervention auch des englischen und französischen Imperialismus zur Folge gehabt hätte, ist eine durch nichts bewiesene Behauptung. Die Stimmung, die in den französischen und englischen Arbeitermassen in den ersten Monaten des spanischen Bürgerkrieges herrschte, hätte jede militärische Invasion französischer und englischer Truppen unmöglich gemacht. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass eine Entwicklung des spanischen Bürgerkrieges zur proletarischen Revolution nicht nur in Frankreich und England die offene Intervention unmöglich gemacht hätte, sondern auch die Entsendung gepresster Freiwilligentruppen aus Deutschland und Italien erschwert hätte. Die deutschen und italienischen Interventionstruppen wären im Feuer einer wirklichen spanischen Revolution rascher zersetzt, wie im Fraktionskrieg zwischen der faschistischen und demokratischen spanischen Bourgeoisie.

Die stärkste militärische Kampfkraft, die Franco entgegengestellt werden konnte, ist durch die Sabotage gegenüber den revolutionären Milizen, vor allem an der aragonisch-katalanischen Front, nicht ausgenutzt worden. Da diese Milizen sich nicht aus eigener Kraft zentrale revolutionäre Organisationen in Räten geben konnten, die anarcho-syndikalistischen Führer, auf die sie vertrauten, ihnen ebenfalls keine politische und militärische Führung geben konnten, blieben sie ein Jahr lang an der katalanisch-aragonischen Front in den Schützengräben brach liegen. Die Francorebellen, die mit geringen Kräften diese Front halten konnten, nützten das aus und zogen ihre besten militärischen Kräfte, unterstützt vom italienischen und deutschen Faschismus, zu ihren Telloffensiven zusammen. Das ist das Geheimnis der faschistischen Siege bei Badajoz, Irun, San-Sebastian, des Vormarsches auf Madrid, der Einnahme von Toledo, Malaga, Bilbao und zuletzt der Besetzung von Santander. Der Kampf im Baskenland beweist, dass die Volksfrontregierung unfähig ist, eine bürgerliche Armee zu schaffen, die Franco besiegen kann. Die baskische Regierung hat zuerst die revolutionären Arbeiter unterdrückt und sie der bürgerlichen militärischen Führung unterstellt. Sie ist am besten mit Waffen und Material versorgt worden. Die baskische Regierung ist am meisten vom französischen und englischen Imperialismus begünstigt worden. Die Sabotage der katalanischen Front machte es unmöglich, dass von dort aus den Basken Hilfe geleistet werden konnte. Die Schaffung einer zentralen Kriegsführung durch die Volksfrontregierung ist bis auf den heutigen Tag leeres Geschwätz geblieben. Entlastungsf-

fensiven von der Volksfrontregierung befohlen im Guadarramagebirge, in der Richtung auf Segovia und der Vorstoss auf Brunete, haben Zehntausende nutzloser Opfer gekostet und sind erfolglos geblieben. Die Volksfrontpolitik sabotiert die Bildung einer proletarischen Klassenarmee. Die Volksfrontpolitik hat sich aber auch als unfähig erwiesen, eine bürgerliche Armee mit Offensivkraft zum Kampf gegen Franco zu schaffen. Dabei war nicht einmal der instinktmässige Klassenwiderstand der Werktätigen gegen die Einreihung in eine bürgerliche Armee ausschlaggebend, sondern der Cliquenkampf der Volksfrontpolitikanten untereinander war das grösste Hemmnis. Der Zusammenbruch der Franco-Offensive vor Madrid ist kein Erfolg der Militärpolitik der Volksfrontregierung. Wenn die moralischen Auswirkungen der Niederlage von Irun nicht die Räumung Madrids unmöglich gemacht hätten, hätte die Volksfrontregierung auch den Befehl zur kampflosen Räumung Madrids gegeben. Die gegen den Willen der Volksfrontpolitikanten angenommene Verteidigung von Madrid bestätigt die alte Erfahrung, dass im Strassen- und Häuserkampf eine opferbereite Milizarmee am ehesten imstande ist, einem militärisch überlegenen Gegner standzuhalten. Der Versuch, den mit den modernsten Mitteln von militärisch ausgebildeten und ausgewählten Francotruppen vorbereiteten Vormarsch auf Madrid im freien Felde mit Milizen aufhalten zu wollen, war in jeder Hinsicht eine Dummheit und ein Verbrechen. Das war kein Krieg, den Franco führen musste, sondern eine Treibjagd, deren billigen Erfolg Franco der Strategie und Taktik der Volksfrontpolitikanten verdankt. Mit gezieltem Feuer moderner Artillerie auf vorher genau erkundigte schlechte Positionen der Verteidiger schoss er die schwachen Widerstandsnester zusammen und der Vormarsch wurde für ihn ein Spaziergang. Im Krieg im Baskenland wiederholte sich dieselbe Tragödie. Vor den Vororten Madrids änderte sich die Lage für Franco. Die von der Franco-Artillerie zusammengeschnittenen Häuser wurden zu bombensicheren Unterständen, die Miliztruppen im Freien nicht bauen konnten.

Nach der Artilleriebeschiessung konnten die Milizen wieder an die Maschinengewehrstände kriechen und die Sturmwellen des Feindes zusammenschliessen. An die bedrohten Stellen konnten verhältnismässig leicht Reserven der Milizen herangeführt werden, die in der grossen Stadt bereit gehalten und gegenüber dem Gegner getarnt werden konnten. Das ist das Geheimnis des erfolgreichen Widerstandes vor Madrid. Irun, San Sebastian, Bilbao, Malaga hätten ähnliche Gräber für die Francotruppen werden können, wenn eine proletarische Klassen-Regierung die Erfahrungen des Bürgerkrieges angewandt hätte. Die Volksfrontregierung opferte und opfert die Menschen in offener Feldschlacht, weil sie das Eigentum und die Gebäude der Städte, die sie vor der Beschleissung räumen, für wichtiger als Proletarierleben hält. So konnte Franco die militärische Initiative an sich reissen und den Volksfronttruppen das Gesetz des Handelns diktieren.

Eine Regierung der proletarischen Diktatur, die das Vertrauen der Arbeiter und Werktätigen besitzt, hätte nicht nur den Milizen militärische Technik und moderne Bewaffnung geben können, sie hätte auch die starren Verteidigungslinien auflösen, zum Beispiel den Gegner bei Saragossa zum Nachstossen verlocken können, um die in Bewegung geratenen gegnerischen Truppen im Partisanenkrieg aufzureiben und dem Proletariat in Sa-

ragossa den Aufstand im Rücken des Feindes zu ermöglichen. Die Volksfrontregierung lässt die Flanke des Gegners vom Süden nach Norden in Estramadura und in wichtigen Teilen Andalusiens unbedroht, obgleich sie zum Teil ungedeckt oder ganz schwach besetzt ist. Statt den dort den Guerillakrieg auf eigene Faust führenden andalusischen Landarbeitern und armen estramadurischen Bauern Waffen und Menschenhilfe zu bringen, verschwendet die Volksfrontregierung ihre Artillerie und Flugwaffe zur Belagerung des Alkazars in Toledo. Mit dem dabei vergeudeten Menschen- und Materialaufwand hätte Toledo im Verteidigungszustand, und Talavera de la Reina schon ein wichtiges ernstes Hindernis der Francostruppen vor Madrid werden können. Aber beide Städte wurden geräumt, statt verteidigt. All das ist keine bloße militärische Unfähigkeit, sondern Ausdruck der Klassenpolitik der Volksfrontregierung. Estramadura kann nur mit einer revolutionären Bauernpolitik in ein Aufstandsgebiet verwandelt werden, das Franco die Verbindung zwischen Süden und Norden ernst gefährdet. Das kann aber keine Volksfrontregierung, die schon selbst Bauernaufstände vor dem Francoaufstand dort niedergeschlagen hat. Die Volksfrontregierung hat auch kein Interesse daran, revolutionäre Bauerngebiete sich anzuschließen. Gestützt auf ein revolutionäres Estramadura, Aragon und Katalonien ist Volksfrontpolitik auf die Dauer nicht möglich, aber die Organisation dieser revolutionären Kräfte könnte Franco niederringen, weil nur die proletarische Revolution auch die ökonomischen Kraftquellen der spanischen Bourgeoisie vernichtet.

Franco sicherte sich die Mithilfe des italienischen und deutschen Faschismus. Die Volksfrontregierung stützt sich auf den französischen und englischen Imperialismus.

Wenn der Faschismus geschlagen werden soll, muss im Hinterlande mit der konterrevolutionären Politik der Volksfrontregierung Schluss gemacht werden. In der Grossen französischen Revolution konnten die Interventionstruppen, die bereits Paris bedrohten, erst geschlagen werden, nachdem die eigene Konterrevolution mit den jakobinischen Massenterror niedergeworfen worden war. Die russische Revolution von 1917 konnte die eigenen konterrevolutionären Truppen und die Interventionstruppen der englischen, französischen und japanischen Imperialisten erst aus dem Lande hinausjagen, als die Regierung der proletarischen Diktatur aus den Partisanen die Rote Armee schuf, die eigene Bourgeoisie und ihre menschwistische und sozialrevolutionären Helfershelfer mit der proletarischen Diktatur gewaltsam niederhielt. Die spanische Revolution ist verloren, wenn die spanischen Werktätigen nicht bald lernen, die Politik der russischen Revolution unter Lenins Führung auf ihr Land sinngemäss anzuwenden und die von der Stalinclique erfundene Volksfrontpolitik mit allen Mitteln beseitigen. Wenn sie die Kraft dazu nicht aufbringen, kann es in Spanien kein demokratisches Regime geben, sondern nur ein faschistisches. Die Lasten des Bürgerkrieges können entweder von der proletarischen Diktatur auf den Grossgrundbesitz, den Klerus und die Bourgeoisie abgewälzt werden, oder sie werden mit den Mitteln der brutalsten faschistischen Diktatur aus den spanischen Werktätigen herausgepresst. Ein Mittelding, einen anderen Ausweg, gibt es nicht.

I.

Die Regierung Léon Blum löste die Regierung Sarraut am 4. Juni ab, 1 Monat nach den Wahlen. Am 15. Juni schrieb der Parteisekretär der KPF, Jacques Duclos, in einer Antwort an Paul Faure, dem Generalsekretär der SFIO, vielleicht werde die gegenwärtige Legislaturperiode (4 Jahre) nicht ausreichen, um das Volksfrontprogramm durchzuführen. Die KPF hatte sich also auf eine jahrelange Periode der Volksfrontpolitik eingestellt. Sie sagte der Volksfrontregierung «loyale» Unterstützung ohne Unterbrechungen (sans éclipse) zu.

Jetzt, im fünften Monat der Volksfrontregierung, wirft bereits der radikalsozialistische Minister Chautemps die Frage der Aufgabe der Volksfrontregierung und der Neuwahlen nach vorheriger Einführung des Proportionalwahlrechts auf, das der radikalsozialistischen Partei ihre «Freiheit» zurückgeben soll. Volksfrontregierung und Volksfront befinden sich bereits seit dem August auf dem absteigenden Ast ihrer Entwicklung. Der Abstieg beschleunigt sich zusehends.

Das gegenwärtige Verhältnis der Klassenkräfte nach der Dévaluation des Franken tritt am klarsten hervor bei einem Vergleich mit dem Juni.

Damals war die Arbeiterklasse im Angriff, die Bourgeoisie war überrumpelt, das Kleinbürgertum wurde mitgerissen und sympathisierte mit der Arbeiterklasse. Die Junibewegung war nicht durch die Volksfrontparteien organisiert, sie war spontan, aber eine ihrer Ursachen waren die Illusionen über die Volksfront in breiten Massen der Arbeiterklasse. Diese Illusionen wurden geflissentlich genährt durch die Volksfrontparteien. Eines der Momente, das das Kleinbürgertum mit der Bewegung sympathisieren liess, war, dass die Sache «ohne Krawalle» friedlich abging. Die Stärke der Bewegung war ihre Elementarität. Die Spontanität der Bewegung war schon dadurch bedingt, dass unter dem Vortrupp der Bewegung, den Pariser Metallarbeitern, sowohl die Gewerkschaften, wie die Sozialistische und Kommunistische Partei nur ganz schwach organisierte Stützpunkte hatte. Die KPF, die SFIO, die CGT griffen ein, nachdem die Bewegung elementar losgebrochen war. Sie versuchten, die Bewegung auf der Linie des Matignonabkommens abzubremsen, aber nur mit teilweisen Erfolgen.

Die Masse der Arbeiter und zum Teil der Kleinbürger war beflügelt durch die unbestimmte Erwartung, dass «etwas Neues» kommen müsse, etwas, das über die hergebrachte kapitalistische Ordnung hinausgeht. Sie waren voll naiven Vertrauens zur Volksfrontregierung, fanden es aber gleichzeitig angebracht, diesem Vertrauen durch die eigene Aktion nachzuhelfen. Die Grossbourgeoisie leistete im Moment fast keinen Widerstand, nicht nur, weil sie einer elementaren Bewegung gegenüberstand, und überrumpelt war (wie auch die Volksfrontorganisationen), sondern auch weil sie verhüten wollte, dass die Bewegung revolutionäre Formen annimmt.

Das Kraftgefühl der Arbeiterklasse war riesig gestiegen, sie strömte massenhaft in die Gewerkschaften und auch in die Kommunistische Partei. Die Partei fasste in den Pariser Grossbetrieben organisatorisch Fuss.

Manche haben sich in dieser Zeit verleiten lassen, aus der Tatsache der Streikbewegung und des mächtigen Einströmens der Arbeitermassen in die Gewerkschaften und in die Kommunistische Partei auf die Richtigkeit der Volksfrontpolitik zu schliessen. Ihnen dürfte heute nach viereinhalb Monaten an der Richtigkeit dieses Schlusses starke Zweifel aufsteigen. Um die Verkehrtheit dieses Schlusses einzusehen, genügt es, darauf hinzuweisen, dass zum Beispiel auch in Deutschland in den ersten Jahren der Weimarer Republik Millionen den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und den Unabhängigen zuströmten. Die Massen selbst verwechseln die Wirkung ihrer eigenen Aktion mit denen der Volksfront.

Das Parlament erledigte unter dem unmittelbaren Druck der Streikwelle im Eiltempo die neuen Gesetze. Besonders bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der Senat, der innerlich aufs stärkste widerstrebte und auch sonst gewohnt ist, sich Zeit zu lassen. Seine Haltung ist ein Beweis für die Wucht der Bewegung.

Welches war dabei die Rolle der Volksfrontregierung? Erschreckt und beklommen von den entfesselten elementaren Kräften spielte sie nach ihrem eigenen Ausdruck den «ehrlichen Makler» zwischen der Arbeiterklasse und den Unternehmern. Für die damalige Lage ist bezeichnend die unwiderlegte Erklärung Léon Blums im Parlament, dass kein Unternehmer in diesem Augenblick die gewaltsame Räumung der Betriebe verlangte. Die Unternehmer waren sich klar, dass das ohne Scherben nicht abgegangen wäre, und auch darüber, dass die Volksfrontregierung ihre Laufbahn nicht damit beginnen konnte, Polizei oder Truppen gegen die Betriebe zu schicken.

Aber die Volksfrontregierung leitete bereits die Gegenaktion in, durch die Erklärung Léon Blums im Parlament, dass Betriebsbesetzungen ungesetzlich seien, durch das Aufgebot von Polizeikräften durch den Innenminister Salengro und durch seine Erklärungen gegen die «Anarchie».

Die Volksfrontregierung und die Volksfrontparteien gewannen durch die Bewegung einen ziemlich grossen Vorschusskredit bei den Massen. Ein anschaulicher Beweis für die Stärke dieses Kredits und die noch fortdauernden Illusionen über die Volksfrontpolitik war die Pariser Riesenemonstration vom 14. Juli 1936, die beherrscht war durch den Ruf «Vive le Front Populaire!»

II.

Nach dem Juni setzten die Unternehmer Hand in Hand mit der staatlichen Bürokratie und den faschistischen Organisationen mit einem systematischen Gegenangriff gegen die Arbeiterklasse, die Regierung Léon Blum und die Volksfront ein.

Dieser Gegenangriff umfasst eine ganze Reihe von Massnahmen. Unmittelbar gegen die Arbeiterklasse richteten sich folgende Massregeln:

1. Die Organisation gelber Gewerkschaften (Betriebsgewerkschaften). Sie wurde noch im Verlauf der Streikbewegungselbst begonnen. Sie stützt sich in erster Linie auf die Angestellten, Techniker, Werkmeister und die faschistischen Arbeiter in den Betrieben.

2. Die planmässige Hinauszögerung und Sabotage des Abschlusses von Tarifverträgen durch die Unternehmerorganisationen.

3. Entlassungen, vor allem von Mitgliedern von Fabriksdelegierten und Gewerkschaftlern, die beim Streik eine führende Rolle gespielt haben. Sie werden vielfach durch faschistische Elemente ersetzt.

4. Kurzarbeit trotzdem genügend Aufträge für volle Beschäftigung vorhanden ist.

5. Durchbrechung der Lohnbestimmungen des Matignonabkommens und der abgeschlossenen Tarifverträge, vor allem durch die Grossbetriebe und zuerst in der Provinz.

6. Sabotage des bezahlten Urlaubs.

7. Der Erlass der Ausführungsbestimmungen für die Durchführung der 40-Stundenwoche wird von der staatlichen Bürokratie planmässig sabotiert.

Die Unternehmer setzten bei dem Liller Textilarbeiterstreik prinzipiell durch, dass die Fabrikdelegierten nicht durch die Gesamtbelegschaft gewählt werden, sondern nach Berufen, das heisst nach gewerkschaftlicher Zugehörigkeit. Das bedeutet die Verkrüppelung und Zersplitterung der Betriebsräte.

9. Die Gewerkschaften werden gezwungen, sich zum Verzicht auf Betriebsbesetzungen zu verpflichten. (ebenefalls durch das Liller Abkommen).

Der Angriff gegen die Regierung Léon Blum wurde hauptsächlich mit folgenden Mitteln geführt: Propaganda gegen die von der Regierung aufgelegte Anleihe (Baby-Anleihe). Diese Stimmungsmache hatte die Wirkung, dass nur ein absolut ungenügender Betrag hereinkam und die Anleihe tatsächlich scheiterte. Die Kapitalsflucht wurde fortgesetzt, ebenso die Goldabzüge und die Spekulation gegen den Franken. Der Zweck war, die Regierung durch finanziellen Druck zu zermürben und sie zur Devaluation des Frankens zu zwingen. Am 25. September 1936 musste die Regierung Blum kapitulieren und zur Devaluation schreiten.

Dazu gehören ferner die Kampagne für die «Nichtintervention» in Spanien, das heisst die Blockade der spanischen Regierung. Die französische Bourgeoisie arbeitet von vornherein rücksichtslos und hartnäckig auf die Niederlage der revolutionären Kräfte der Arbeiter und Bauern Spanien hin. Das französische Kapital hat 30 Milliarden Franken in der spanischen Industrie angelegt. Es geht, sie zu sichern, den Sieg der proletarischen Revolution in Spanien um jeden Preis zu verhindern, die Gefahr für die französische Kolonialherrschaft in Nordafrika abzuwenden. Um diese Politik bei der Regierung Blum durchzusetzen, bediente sich die französische Bourgeoisie des Ultimatums des radikalsozialistischen Ministers Daladier im Kabinett, einer umfassenden Pressekampagne, vor allem der Einschüchterung und Irreführung der Massen durch die Vorspiegelung einer direkten Kriegsgefahr von Seiten Hitlers und Mussolinis, falls auch nur die Belieferung der spanischen Regierung mit Waffen zugelassen würde.

Dazu kam die systematische Sabotage des Erlasses von Daladier für eine bessere Behandlung und Verpflegung der Soldaten durch die Offiziere. Dem einfachen Soldaten sollte dadurch klargemacht werden, dass die Regierung Léon Blum machtlos sei.

Dazu kam noch:

Die Weiterführung und systematische Bewaffnung der faschistischen Organisationen (ihre «Auflösung» durch die Regierung Blum erwies sich als ein Schlag ins Wasser). Der Einsatz von Terroraktionen (Bombenüberfall in Vienne), umfassende Propaganda durch Hissen der Trikolore, durch Plakate, Stimmungsmache im Kleinbürgertum, speziell unter den Bauern auf Grund der zerstörenden Wirkungen der Junigesetze auf die kleinbürgerlichen Schichten, die Handwerker und die kleinen Unternehmer auf der Linie: die Regierung schont die «200 Familien» und opfert ihnen das Kleinbürgertum. Putschvorbereitungen und Demonstrationen gegen die Regierung durch Offiziere in den Kolonien (Algier und Marokko). Hetze gegen die Sowjetunion, insbesondere gegen den französisch-sowjetischen Hilfspakt. Es wurde in den Massen die Furcht geschürt, als ob die Sowjetunion Frankreich in einen Krieg mit Hitlerdeutschland hetzen und «opfern» wolle.

III.

Wie verhalten sich gegenüber dem Gegenangriff der Grossbourgeoisie die Organisationen der Volksfront?

Die Radikalsozialisten, angeblich im Namen des Kleinbürgertums sprechend, treten in Wirklichkeit in der Regierung und in der Volksfront als die direkten Agenten der Grossbourgeoisie auf. Sie machen im Kabinett, im Parlament, in der Volksfront, im Land eine Kampagne gegen Betriebsbesetzungen und gegen die Streiks überhaupt, für den Schutz des Privateigentums (natürlich im Namen der Prinzipien der Grossen Französischen Revolution), für «Ordnung, Disziplin, Gesetzlichkeit und Ruhe». Sie mobilisieren den Senat und erzwingen durch die Drohung die erste Erklärung Salengros gegen die Betriebsbesetzungen «mit allen Mitteln» vorzugehen. Sie mobilisieren im Lande das Kleinbürgertum gegen die Streiks der Arbeiterklasse. (Daladier, Guernut usw.) Sie drängen im Kabinett auf die Devaluation. In der spanischen Frage stellt Daladier ein Ultimatum im Kabinett. Die Radikalsozialisten, rechte wie linke, betreiben gemeinsam die Einschüchterungskampagne mit der angeblich drohenden unmittelbaren Kriegsgefahr. Sie spielen scheinbar die Vermittler zwischen Arbeiter- und Unternehmerklasse, in Wirklichkeit richten sie ihre Klagen, Moralpredigten, Drohungen und Ultimaten ausschliesslich an die Arbeiterklasse.

Sie verhindern durch einen ultimativen Einspruch, dass Volksfrontkomitees auf einer Massengrundlage geschaffen werden.

Die SFIO weicht ständig vor dem Druck der Unternehmerklasse und der Radikalsozialisten zurück. Die Regierung Léon Blum gibt unter diesem Druck wiederholte Zusicherungen ab, die Betriebsbesetzungen künftig zu verhindern und wendet sich gegen die Streiks. Sie treibt die direkte Gegenarbeit gegen den «symbolischen» Streik der Pariser Metallarbeiter für das revolutionäre Spanien, indem sie in den Betrieben eine Resolutionskampagne und Proteste dagegen organisieren. Sie greifen durch Schiedssprüche in die Streiks ein und treten für die Zwangsschlichtung ein. In der spanischen Frage spielt die

SFIO eine Doppelrolle. Sie lässt einerseits in ihrer Presse Erklärungen über die «Unmoralität» der Blockade des revolutionären Spaniens abgeben, die Linken nehmen wiederholt in Erklärungen gegen die Blockade Stellung, aber gleichzeitig fassen die Parteileitung und die Pariser Leitung der SFIO wiederholt einstimmige Beschlüsse für die spanische Politik der Regierung Blum und in den Betrieben treten die Fraktionen der SFIO gegen den Streik der Pariser Metallarbeiter zugunsten Spaniens auf.

Der Kampagne der KPF für die Front Français tritt die SFIO scheinbar von links entgegen, in Wirklichkeit verteidigt sie damit die Kapitulationspolitik in der spanischen Frage, die Kompromisspolitik gegenüber Hitlerdeutschland, die Unterordnung unter die Aussenpolitik der englischen Konservativen.

Überhaupt unterscheidet sich die Aussenpolitik der Regierung Léon Blum ausser in der Phraseologie, mit der die Politik des Quai d'Orsay von den sozialdemokratischen Führern aufgetischt wird, nur durch eine noch grössere Nachgiebigkeit gegenüber Hitlerdeutschland, dem faschistischen Italien, den englischen Konservativen und den französischen Militärs.

Die CGT schwillt nach der Junibewegung zu 5 Millionen Mitgliedern an. Aber für Auftreten wird im umgekehrten Verhältnis zu ihre Wachstum schwächer. Ihr riesiger Apparat wird nach dem Juni planmässig gegen den Abwehrkampf der Arbeiter eingesetzt. Die CGT stimmt dem Abkommen von Lille zu, das die Betriebsräte verkrüppelt. Sie übernimmt die Verpflichtung, gegen die Betriebsbesetzungen aufzutreten. Sie sucht planmässig Abwehrstreiks zu verhindern und rühmt sich öffentlich, dass sie den Ausbruch zahlreicher Streiks verhindert hat. Während in Deutschland selbst die reformistischen Gewerkschaften streng auf die Innehaltung der abgeschlossenen Tarifverträge durch die Unternehmer bestanden, und energisch gegen ihre Verletzung auftraten, lässt die CGT unzählige Durchbrechungen der Tarifverträge durch die Unternehmer ohne Widerstand, ja ohne Protest, durchgehen. Die Leitung der CGT tritt ein für die gleitende Lohnskala, das heisst für die Fixierung der Reallöhne vor den Kämpfen und angesichts der Aussicht auf aufsteigende Konjunktur. Sie appelliert ständig an die Schiedssprüche der Regierung — was nicht nur gegen das elementare Interesse der Arbeiter verstösst, sondern auch ein Bruch mit den alten syndikalistischen Grundsätzen der Nichteinmischung der Regierung in Arbeitskämpfe bedeutet.

In einer ausserordentlichen Tagung der Gewerkschaftsfunktionäre werden diese und die Betriebsräte ausdrücklich darauf verpflichtet, gegen den Druck der Belegchaften zu Abwehrstreiks aufzutreten. Jouhaux tritt ein für die Devaluation. In der spanischen Frage fasst die Leitung der CGT einen zweideutigen Beschluss für die «Wiedererwägung der Neutralitätsfrage», gibt gleichzeitig eine Vertrauenskundgebung für die Regierung Blum ab und tut nichts, um die Organisation gegen die Spanienpolitik der Regierung einzusetzen, ja bremst nach Kräften alle Betriebsaktionen.

Die KPF tritt ein für das Liller Abkommen und folgt überhaupt der Politik der alten reformistischen Gewerkschaftsführer der CGT ohne Widerstand. Sie gibt tägliche

Versicherungen ab für Ordnung, für die «republikanische Gesetzlichkeit», für die «Mäßigung» der Arbeiter, für den Aufschwung der nationalen Wirtschaft. Sie verzichtet auf die Schaffung kommunistischer Fraktionen in den Gewerkschaften, und beschränkt sich auf die Verständigung der alten kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre der CGTU untereinander. Dagegen schafft die SFIO ihre Gewerkschaftsfraktionen. Aus den spanischen Ereignissen zieht die KPF nicht die Folgerung auf die Verstärkung der Massenaktionen und den Bankrott der Volksfront, sondern sie tritt umgekehrt ein für eine Erweiterung der Volksfront nach rechts, zu den Parteien, die ausgesprochen das Grosskapital, die «200 Familien» vertreten. (Front Français). Auf den Einspruch der SFIO gibt sie die Lösung der französischen Front von einem Tag zum anderen auf. In der spanischen Frage unterstützt sie zuerst die Nichtinterventionspolitik der Blumregierung, macht dann, als die Pariser Arbeiter sich stürmisch gegen die Politik wenden und «Kanonen und Flugzeuge für Spanien» fordern, eine Wendung um 180 Grad, beschränkt den Widerstand jedoch auf den symbolischen, das heisst wirkungslosen halbstündigen Streik der Pariser Metallarbeiter. Diese Haltung läuft auf die Irreführung und Lähmung der Gegenaktion der Arbeiter hinaus. Ihre Begründung für die Aufhebung der Blockade gegen das revolutionäre Spanien ist rein imperialistisch gehalten: «Im Interesse der Sicherheit Frankreichs und der Sicherung der Verbindungen mit «unseren nordafrikanischen Besitzungen.» Die KPF überkugelt sich geradezu in nationalistischen Purzelbäumen. Der General Ridz-Smigly wird bei seinem Besuch in Paris in einem skandalösen Artikel von Thorez begünstigt. Die KPF fordert die Arbeiter am 14. Juli zur Demonstration für die «republikanische Armee auf. Sie verbreitet das Märchen von der republikanischen Zuverlässigkeit des Offizierkorps. Sie stimmt den Milliardenkrediten für verstärkte Aufrüstung zu. Beim Bombenattentat in Vienne appelliert sie «an das Gesetz und nur an das Gesetz.» Sie warnt die Arbeiter nicht nur vor individuellen Abwehraktionen, was in der Ordnung ist, sondern auch vor dem organisierten Selbstschutz, sie weicht zurück vor dem Einspruch der Radikalsozialisten gegen die Schaffung von Volksfrontkomitees, die sich auf die Massen stützen. Sie schweigt zu der Räumung der von den Streikenden Keilnern besetzten Pariser Kaffees durch die Polizei Salengros. Sie erklärt sich in Worten gegen die Devaluation, stimmt aber im Parlament für sie.

Innerhalb der Partei wird jeder Widerstand, sogar jeder Protest gegen die Volksfrontpolitik mit Massregelungen und Ausschlüssen niedergeknüppelt. Die Partelleitung stützt sich bewusst auf die neuen im Zeichen der Volksfront und des Nationalismus gewonnenen Mitglieder gegen die alten Kader, die sich an die kommunistischen Grundsätze erinnern. In dem Masse, wie die Partei immer weiter von dem Unternehmerangriff zurückweicht und der Bourgeoisie die elementaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiter opfert, verschärft sie zur Ablenkung den unterirdischen Kampf zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern. Es kommt sogar zu einzelnen Schlägereien in den Betrieben.

Die sonst in Paris einflusslosen **Anarchisten** gewinnen an Boden. Dem Opportunismus der Volksfrontparteien

entspricht das Anwachsen des auf eine Mischung von Abenteuerertum und Opportunismus eingestellten Anarchismus. (Die Anarchisten sind für Ignorierung der Regierungsaktionen, das heisst für ihre tatsächliche Duldung und Unterstützung und verbinden damit gleichzeitig die Spekulation auf den aus der Pistole geschossenen «Generalstreik»).

IV.

Die Devaluation des Franken vom 25. September 1936 ist die logische Wirkung des Verzichts der Volksfront darauf, auf Kosten des Grosskapitals (Zwangsanleihe, Kapitalsteuern usw.) den Ausweg aus der Krise zu bananen und der Bremsung der Massenaktionen der Arbeiterklasse. Da die Volksfront darauf verzichtete, zu erzwingen, dass die «Reichen zahlen», musste sie sich dazu hergeben, vermittels der Devaluation «die Armen zahlen» zu lassen. Das letztere ist ein offizieller Ausdruck der KPF.

Die wirtschaftlichen Wirkungen der Devaluation können kurz so zusammengefasst werden:

1. Der Gewinn der Arbeiter aus der Junibewegung, schon zu einem erheblichen Teil wettgemacht durch die Teuerung, die sich an die Junibewegung anschloss, wird vollends aufgehoben durch die Devaluation, die die Teuerung rapid steigert. Die wahrscheinliche Folge wird sogar der Abbau der Reallohne unter den Stand vor den Junistreiks sein. Die gleitende Lohnskala, die von der Regierung mit Zustimmung der CGT beantragt, vom Parlament aber abgelehnt wurde, hätte bedeutet die Fixierung des an sich noch tiefen Lohnniveaus der Junistreiks bei voraussichtlich aufsteigender Konjunktur. Die Torpedierung der gleitenden Lohnskala durch das Parlament und die Verweigerung umfassender Vollmachten für die Regierung zum Kampf gegen die Teuerung beweist den Willen der Unterenmerkmale, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, um den Reallohn noch weiter herabzusetzen. Bei der allgemeinen Tendenz der Weltmarktpreise, zu steigen, ist die weitere Preissteigerung in Frankreich aus Folge der Devaluation unvermeidlich. Sie ist bereits im Gange. In England wurde seinerzeit das innere Preisniveau bei der Loslösung vom Gold nur deshalb gehalten, weil die Goldpreise ungefähr im selben Masse sanken, wie das Pfund entwertet wurde.

Durch die Devaluation macht das französische Kapital einen summarischen Strich durch die Ergebnisse des Junistreiks für die Arbeiterklasse und wälzt die Opfer der Ueberwindung der Krise auf die Arbeiterklasse ab.

2. Die Masse der Sparer, Kleinbürger und Arbeiter, wird aus neu geplündert. Die Grossbourgeoisie selbst hat sich längst gegen Einbussen auf Grund der Devaluation gesichert.

3. Die Devaluation wirkt sich gegen die Masse der Kleinbauern aus, einerseits durch die Steigerung der Preise der Industriewaren, die sie kaufen müssen, andererseits durch die Senkung des Goldwertes ihrer eignen Produkte.

4. Herabdrückung des Lebensniveaus der Kleinrentner, der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, der unteren Beamten, der Sozialrentner usw.

5. Für die Grossbourgeoisie automatische Erhöhung der Profitrate durch Senkung der Reallöhne, Aussicht auf steigende Konjunktur, Besserstellung auf dem Weltmarkt (nicht sehr bedeutend), Senkung der Kosten des Kredits.

Was sind die politischen Wirkungen der Devaluation?

Die Devaluation ist ein Sieg der «*mur d'argent*» (das heisst des Grosskapitals) über die Volksfront. Sie ist die Antwort des Kapitals auf den Juni. Sie ist die Annullierung des Juni. Die Devaluation ist der Genickfang für die Volksfrontregierung und die Volksfront. Die Volksfront musste mit der Devaluation selbst die Schläge führen gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und der Kleinbürgertums. «Im Interesse der Durchführung der Devaluation» und des «wirtschaftlichen Aufschwungs» übernimmt jetzt die Volksfront durch ihre Regierung und ihre Organisationen die Funktion, den Widerstand der Arbeiterklasse dagegen durch Streiks und andere ausserparlamentarische Aktionen zu verhindern oder zu brechen, die Arbeiterklasse zu entwaffnen und sie den Bedingungen des Kapitals zur Durchführung der Devaluation zu unterwerfen. Die Volksfront bedient sich dazu der Moralpredigten und, wenn diese nichts nützen, der Gewaltanwendung.

Den Moralpauken an die Arbeiterklasse sind auf dem Fusse die Gewaltmassregeln gefolgt: die gewaltsame Räumung der Schokoladefabrik Gourmet in Paris, bei der die Polizei das Fabriktor einannte und eine Reihe von Arbeitern verletzte (ausserdem den herbeigeeilten kommunistischen Abgeordneten des Bezirks und den Gewerkschaftsfunktionär).

Aus der führenden bürgerlichen Presse geht deutlich hervor, dass die Bourgeoisie die Volksfront nicht unmittelbar nach der Devaluation verabschieden will. Sie hat von ihr keinerlei ernstes Vorstoss gegen die kapitalistischen Interessen mehr zu fürchten, sie ist ihrer Bereitwilligkeit, die Aufträge des Kapitals durchzuführen, sicher. Sie hat die Absicht, die Selbstdiskreditierung der Volksfront, ihre innere Zersetzung noch solange fortzusetzen, wie es überhaupt geht.

Damit verbindet die Bourgeoisie die verstärkte Finanzierung, Organisation, Propaganda und Bewaffnung der faschistischen Organisationen.

Die Voraussetzungen für den Faschismus, um im Kleinbürgertum und in der Arbeiterklasse Boden zu fassen, sind ausserordentlich verbessert. Für den Faschismus, der sich als Gegner der Devaluation und der damit verbundenen Wirtschaftspolitik der Volksfront überhaupt aufspielt, und gegen den die Regierungsmassnahmen sich als Schläge ins Wasser erweisen, kommt jetzt gute Erntezeit. Er nützt sie entschlossen aus. Das Regierungsverbot hat seine Organisation, in Wirklichkeit nicht berührt, neue bürokratische Massregeln werden ihn ebensowenig treffen, ihm aber propagandistisch nützen. Mit der Devaluation hat eine neue grosse Welle von faschistischen Angriffen, Demonstrationen, Provokationen, Terroraktionen eingesetzt.

V.

Vor den Tatsachen der Volksfrontregierung von nur 4-5 Monaten ist vor aller Augen das Kartengebäude der «Gründe» zusammengebrochen, mit denen die Volksfrontregierung und die Volksfrontpolitik von der KPF und von

der KI als etwas von der alten reformistischen Koalitions-politik völlig verschiedenes zu begründen versucht wurde. Diese Tatsachen haben bestätigt, was jedem, der die Erfahrungen eines Menschenalters kommunistischer Politik nicht «vergessen» hatte, von vornherein klar sein musste.

Wer sieht heute nicht, dass das Bündnis mit der radikalsozialistischen Partei nicht der Weg ist, um das Kleinbürgertum mit der Arbeiterklasse zum Kampf gegen das Grosskapital zu verbünden? Wer sieht heute nicht, dass die radikalsozialistische Partei eine bürgerlich-kapitalistische Führung der kleinbürgerlichen Massen darstellt, die ihr anhängen?

Wer sieht nicht, dass die Politik der Volksfront die Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums unter die der kapitalistischen Klasse bedeutet?

Dass nicht Sozialdemokraten und Kommunisten den Inhalt der Volksfrontpolitik bestimmen, sondern die radikalsozialistischen Agenten des Kapitals?

Dass also bei diesem Bündnis nicht die Arbeiterklasse führt, sondern die Bourgeoisie?

Die Periode der Volksfrontpolitik, die mit der Bildung der Regierung Léon Bium beginnt, ist eine abgekürzte, äusserst beschleunigte Wiederholung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik in Deutschland.

Die Junierrungenschaften verdankt die Arbeiterklasse nicht der Volksfrontpolitik, sondern der eigenen Aktion der Massen. Was waren sie in der Hauptsache, was sind sie in der Hauptsache anderes als ein Nachholen der reformistischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse der ersten Jahre der Weimarer Republik, unter sozialdemokratischer Führung? Auch diese Errungenschaften waren tatsächlich ein Nebenprodukt der revolutionären Aktionen der Massen, die von ihnen unter kommunistischer Führung, gegen die Sozialdemokratie geführt wurden, es waren Zugeständnisse der deutschen Bourgeoisie, um die revolutionäre Entwicklung abzustoppen.)

In Deutschland dauerte die **Aufstiegsphase** der Sozialdemokratischen Reformpolitik eine Reihe von Jahren. In Frankreich umfasst der aufsteigende Ast der Volksfrontpolitik knapp 6 Wochen — von Anfang Juni bis Mitte Juli. Der Abstieg, der Verlust an Kredit in den Massen, beginnt bereits im August.

Die originellen Züge der Volksfrontpolitik in Frankreich verglichen mit der sozialdemokratischen Koalitionspolitik in Deutschland sind in der Hauptsache folgende:

1. Die KPF macht diese sozialdemokratische Politik mit und übertrumpft sie sogar, indem sie die «kleine Koalition» zur «Grossen Koalition» (Front Français) erweitern will. Die Teilnahme der KPF ist ein Hauptfaktor für die ungeheure Beschleunigung des Prozesses. Das Prestige nicht nur der KPF, sondern auch der KI wird für die Koalitionspolitik eingesetzt, und vernutzt.

2. Der Fonds bürgerlich-demokratischer Traditionen im Kleinbürgertum und in der Arbeiterklasse ist in Frankreich stärker als in Deutschland, dafür ist aber auch das Tempo des Verschleisses dieser Traditionen beschleunigt.

3. Mehr Spontanität und Initiative der französischen Arbeiterklasse, geringere Autorität und Stabilität der Gewerkschafts- und Parteibürokratien.

4. Die französische Bourgeoisie verfügt noch über stärkere wirtschaftliche Reserven als dies bei der deutschen Bourgeoisie der Fall war.

5. Das Bestehen der allgemeinen Wehrpflicht in Frankreich bedingt, dass das Gros der Arbeiterklasse hier militärisch ausgebildet ist, während das in Deutschland bei einem erheblichen Teil der Arbeiterklasse fehlte.

VI.

Was wäre in der gegebenen Lage in Frankreich notwendig, um auf die Linie einer kommunistischen Politik zurückzukehren?

1. Die Umstellung der allgemeinen politischen Orientierung. An die Stelle der falschen Alternative: Verteidigung der bürgerlichen Demokratie oder Faschismus muss als allgemeine Richtschnur die richtige Alternative treten: Kampf für den Sozialismus, für die proletarische Rätediktatur — proletarische Revolution gegen faschistische Konterrevolution.

Bruch mit der Volksfrontpolitik, unmittelbares Klassenkampf Bündnis der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Klassen.

2. Der unmittelbare Ausgangspunkt muss sein: der Abwehrkampf gegen die Versuche der Kapitalsdiktatur, sich den Ausweg aus der Krise auf Kosten der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums zu bahnen. Abwälzung der Lasten zur Ueberwindung der Krise auf die Bourgeoisie.

Das entscheidende Kampfmittel dafür ist die ausserparlamentarische Massenaktion der Arbeiterklasse, die nicht gehemmt wird durch Rücksicht auf bürgerliche Koalitionspartner, auf den Bestand des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Ordnung, sondern lediglich bestimmt wird durch die jeweilige eigene Kraft.

Nur durch die Sprengung der Bindung der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie durch die Politik der Volksfront können die elementaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse verteidigt werden.

Und nur durch eine ganze Periode sich steigender Teilkämpfe um die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Bourgeoisie, die Verteidigung der Lebenshaltung und der demokratischen Rechte der werktätigen Klassen — können die politischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um zum Gegenangriff, zum Kampf um die Macht, in das Geleise der proletarischen Revolution übergehen.

Und nur unter dieser Voraussetzung, nur durch entschlossene, zähe und rücksichtslose Führung des Kampfes gegen das Grosskapital kann erzielt werden, dass das Kleinbürgertum, das durch die Volksfrontpolitik der Grossbourgeoisie in die Arme getrieben wurde, wieder an die Seite der Arbeiterklasse zurückschwenken und ein festes Bündnis mit ihr eingehen kann.

3. Ausrichtung der wirtschaftlichen Teilkämpfe auf die Kontrolle der Produktion als die nächste grosse Etappe. Jetzt Propaganda der Kontrolle der Produktion in Verbindung mit den wirtschaftlichen Teilkämpfen.

4. Mit den Teilkämpfen muss verbunden werden eine konkrete Propaganda der kommunistischen Endziele, die

der Besonderheit der Klassenverhältnisse in Frankreich angepasst ist, eine Propaganda, die der Volksfrontpolitik geopfert worden ist.

5. Fortsetzung der Einheitsfront zwischen KPF und SFIO, aber nicht nur beschränkt auf die Organisationspitzen, sondern fundiert durch Organe der proletarischen Einheitsfront, die auf einer Massenbasis, vor allem den Betrieben, aufgebaut sind.

6. Darüber hinaus Verbindung mit dem Kleinbürgertum durch Schaffung gemeinsamer Klassenorgane. Selbständige Organisation der Kleinbauern gegen Grossgrundbesitzer und Grossbauern mit entsprechendem Aktionsprogramm.

Einheitsfront mit lokalen Organisationen der radikal-sozialistischen Partei gegen deren Spitze.

7. Unmittelbar stehen drei Hauptaufgaben:

a) der Kampf gegen die Wirkungen der Devaluation auf die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum. Das nächstliegende Mittel dafür sind Abwehrstreiks.

Gegen die Zwangsschlichtung, gegen das Eingreifen der Regierung in die Streiks durch Schiedssprüche, gegen die Verhinderung von Betriebsbesetzungen, für eine Zwangsanleihe auf die Bourgeoisie usw.

b) Organisierung des Massenselbstschutzes der Arbeiter zur physischen Abwehr der Angriffe des Faschismus und zur Zerschlagung und Entwaffnung der faschistischen Organisationen.

c) Organisierung proletarischer Massenaktionen zur Aufhebung der Blockade gegen das revolutionäre Spanien.

Der Ausweg aus der Sackgasse der Volksfrontpolitik ist immer noch möglich. Er kann sich jetzt stützen auf die weitgehende Zerstörung der von den Volksfrontorganisationen genährten Illusionen der Massen über die Volksfrontpolitik durch die eigenen Erfahrungen dieser Massen.

Um diesen Ausweg zu erkämpfen, müssen sich die Kräfte dafür in der KPF, in der SFIO, in den Gewerkschaften in den Betrieben sammeln.

Die Volksfrontpolitik in Frankreich geht auf jeden Fall dem Ende zu. Es hängt aber von den kommunistischen Kräften ab, die sich wieder an die wahren Aufgaben des Kommunismus erinnern, ob der Ausweg aus der Volksfrontpolitik nach rückwärts oder nach vorwärts eingeschlagen wird, das heisst ob die Volksfrontpolitik liquidiert wird zugunsten des Faschismus und der Konterrevolution oder zugunsten der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution.

Beide Wege stehen noch offen.

Um den Massen die Volksfrontpolitik schmackhaft zu machen, erzählen die offiziellen Organe der KI immer wieder, dass diese Politik etwas ganz anderes sei als die alte sozialdemokratische Koalitionspolitik und dass insbesondere ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Tätigkeit der Regierung Blum und — sagen wir — der Praxis der deutschen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik bestehe. Aber jede neue Woche des Wirkens der französischen Volksfrontregierung bestätigt, dass die Volksfrontpolitik nur eine Form der Koalitionspolitik ist. Lassen wir die Vertreter der französischen Volksfront selbst sprechen. In dem Zentralorgan der französischen sozialdemokratischen Partei, den «Populaires», lesen wir am 13. Januar 1937 folgende Darstellung der «Erfolge» der Volksfrontregierung:

«Es gibt gegenwärtig im ganzen Lande nur noch einen Betrieb, der von den Streikenden besetzt ist, das ist die Firma Cusimberghe in Clichy, die etwas mehr als 100 Arbeiter beschäftigt..., nur 3.500 Streikende im Lande. Man sieht, dass die Anstrengungen der Regierung in der Arbeiterklasse auf tiefe Sympathie und auf Verständnis gestossen sind, weil die letzten Streiks und Betriebsbesetzungen in völliger Ruhe schnell zu Ende gegangen sind. Vergessen wir nicht, dass im letzten Juni Hunderttausende von Streikenden die Betriebe besetzt und die Arbeiter der meisten Berufe die Arbeit eingestellt hatten. Es gibt heute tatsächlich weder Streiks noch Betriebsbesetzungen mehr. Es gibt die Volksfrontregierung, gesützt auf diejenigen, die arbeiten in einem Lande, das sich erholt.»

Das Zentralorgan der Partei Léon Blums rühmt also mit zynischer Offenheit, dass die Volksfront und deren Regierung es fertiggebracht hätten, die mächtige ausserparlamentarische Bewegung der französischen Arbeiter, deren Höhepunkt die Junistreiks waren, zu brechen, und zwar im Namen der «Erholung» des Landes, lies, der ungestörten Profitmacherei der französischen Kapitalisten. Das, was der «Populaire» sagt, ist eine drastische Widerlegung solcher Behauptungen, wie sie z. B. Dimitrow in seinem Artikel zum 7. November 1936 aufgestellt hat, als er schrieb, dass durch die Volksfront «der Klassenkampf zwischen Ausbeuteten und Ausbeutern... eine breitere Basis und einen mächtigeren Elan» erhalte. Das Gegenteil ist richtig. Das französische Beispiel zeigt, dass die Volksfrontpolitik nicht dem Klassenkampf der Arbeiter dient, sondern im Gegenteil, dazu führt, dass der proletarische Klassenkampf gehemmt und dass die Arbeiterorganisationen in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staats gestellt werden.

Der kapitalistische, imperialistische Charakter der Politik der Regierung Blum kommt auf allen Gebieten ihrer Tätigkeit zum Ausdruck.

Die Wirtschaftspolitik Blums basiert auf Methoden, wie sie auch in anderen Ländern von kapitalistischen Regierungen angewandt werden. Ganz abgesehen davon, dass Blum nicht daran denkt, den Kapitalismus zu beseitigen, hat er auch nichts getan, um, wie das früher von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien Frankreichs vorgeschlagen wurde, eine grosszügige Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Kapitalisten und für gemeinnützige Zwecke in die Wege zu leiten. Blum versucht, die französische Wirtschaft anzukurbeln, indem er getreu den Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaftspolitik den kapitalistischen

Unternehmern neue Profitmöglichkeiten und den ungestörten Genuss ihrer Gewinne in Aussicht stellt. Die Hauptelemente der «expérience Blum» (des Blumschen Experiments) auf wirtschaftlichem Gebiet sind; erstens die Devaluation, inbezug auf die nicht erst eingehend nachgewiesen zu werden braucht, dass sie eine Massnahme ist, die sich zugunsten des Grosskapitals und als Belastung der breiten Massen der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums in Stadt und Land auswirkt; zweitens grosse Rüstungsaufträge, bei denen die Massen der Steuerzahler die Kosten zu tragen haben und die Grossindustrie den Gewinn einheimst (die sogen. Nationalisierung der Rüstungsindustrie war und ist nichts anderes als eine demagogische Scheinmassnahme, durch die die entscheidenden französischen Rüstungsfirmen keineswegs betroffen werden); drittens eine Förderung der Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse — das heisst eine Politik zugunsten der Grossgrundbesitzer und der wohlhabenden Oberschicht der französischen Bauernschaft, denn von ihr profitieren im wesentlichen die landwirtschaftlichen Produzenten, die grössere Mengen für den Markt produzieren, also die kapitalistischen Landwirte. Diese Agrarpolitik zugunsten der französischen Kulaken ist der Kern dessen, was Blum als Stärkung der «Kaufkraft der breiten Massen» bezeichnet. Die Blumsche Politik sucht die Kaufkraft der bäuerlichen Oberschicht zu stützen, und zwar sowohl auf Kosten der städtischen Arbeiter als auch der ärmeren Teile der Dorfbevölkerung, die selbst landwirtschaftliche Erzeugnisse zukaufen müssen. Was die städtischen Arbeiter anbelangt, so sind die Lohnerhöhungen, die sie sich im Juni errungen haben, inzwischen durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten so gut wie aufgehoben worden. Die von der Regierung s. Zt. grosspurig angekündigte Preisüberwachung ist natürlich auf dem Papier geblieben und hat nur den Witzblättern Stoff geliefert.

Die sozialpolitische Gesetzgebung der Regierung Blum war ihr durch die gewaltige Junibewegung aufgezwungen worden. Die französische Sozialdemokratie und die Führer der CGT haben die Sozialgesetze Blums als eine «revolutionäre Umwälzung», als den Beginn einer «neuen Wirtschaft» gefeiert. Diese Gesetze sind natürlich nur eine Reform im Rahmen des Kapitalismus, in vielen Beziehungen haben sie lediglich die Rückständigkeit, die das kapitalistische Frankreich in sozialpolitischer Beziehung im Vergleich zu den anderen bürgerlich-demokratischen Ländern Europas aufwies, beseitigt. Es kommt aber nicht nur darauf an, dass Gesetze beschlossen und verkündet werden, sondern auch darauf, dass und wie sie durchgeführt werden. Das Verhalten der Regierung Blum und der Arbeiterorganisationen, auf die sie sich stützt, nach dem Juni ermöglichte es den französischen Kapitalisten, die im Juni überrannt worden waren, zur Gegenoffensive mit dem Zweck der Sabotage und Durchlöcherung der neuen Sozialgesetzgebung überzugehen. Zuerst einmal traten Regierung und Arbeiterorganisationen gegen neuerliche Betriebsbesetzungen auf, d. h. gegen die Waffe der Arbeiter, die sich im Juni als so wirksam erwiesen hatte. Zugleich begannen die Führer der SFIO, der KPF, der CGT immer mehr, gegen Streiks überhaupt Stimmung zu machen. Schliesslich brachte die Regierung ein Zwangsschlichtungsgesetz ein, dem auch die KPF und die CGT zustimmten. Dieses Gesetz wurde als «de-

«mokratisches Streikstatut» angegriffen, in Wirklichkeit raubt es den Arbeitern die Waffe des Streiks, denn der Gesetzestext ist so formuliert, dass er zwar nicht dem Wortlaut, aber doch dem Sinne nach der Regierung und ihren Behörden die Möglichkeit gibt, Streiks zu verbieten. Mit Hilfe der staatlichen Zwangsschlichtung erreichte die Regierung, dass die Bewegung für einen (der seit dem Juni erfolgten Teuerung entsprechenden) Lohnzuschlag, die im November 1936 mit dem Metallarbeiterstreik im Norden einsetzte, abgewürgt wurde und nicht zu weiteren Streiks führte. Die CGT und die KPF halfen dabei der Regierung nach Kräften. Die staatlichen Schlichter, die laut Gesetz aus der höheren Bürokratie gewählt werden müssen, versuchen bei ihren Entscheidungen, die Sozialgesetze möglichst im Interesse der Unternehmer zu interpretieren und durch ihre Interpretation die in diesen Gesetzen vorgesehenen Rechte der Arbeiter unwirksam zu machen. So haben die Schlichter im Metallkonflikt im Departement Sambre den Betriebsdelegierten jede Einmischung in die Disziplin und Verwaltung der Betriebe, jedes Eingreifen bei der Einstellung von Arbeitskräften, die Veranstaltung von Betriebsversammlungen, die Kassierung von Beiträgen und die Vorbereitung von Literatur usw. im Betrieb verboten. Ebenso helfen die Behörden bei der praktischen Durchführung des Gesetzes über die Vierzigstundenwoche den Unternehmern, möglichst viel «Ausnahmefälle» zu erreichen, in denen eine längere Arbeitszeit erlaubt ist.

Das Hauptargument, mit dem die Führung der KI die Volksfronttaktik verteidigt, ist bekanntlich die Behauptung, dass die Volksfront das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Faschismus sei. Aber in dieser Beziehung ist die Regierung Blum ein vollkommener Versager. Sie hat zwar in den ersten Wochen ihres Bestehens ein Dekret über die Auflösung der faschistischen Ligen erlassen, aber dieses Dekret führte nur dazu, dass die faschistischen Organisationen sich neue Namen zulegte. Die faschistischen Parteien, vor allem der Parti social français des Obersten de la Rocque und der Parti populaire français Dorlots, können nach wie vor ihr Unwesen treiben. Als im November 1936 der damalige Innenminister Salengro Selbstmord verübte, weil er angesichts der Hetze, die ein faschistisches Revolverblatt gegen ihn betrieb, keinen Rat mehr wusste, fassten die Massen der Arbeiter das mit Recht als einen Beweis für die Schwäche der Regierung gegenüber den faschistischen Banden auf und forderten in mächtigen Demonstrationen, dass nun endlich mit diesen Mörderorganisationen Schluss gemacht werde. Die Regierung beschränkte sich aber darauf, im Parlament ein Pressegesetz annehmen zu lassen. Die faschistische Propaganda geht auch nach Inkrafttreten des Pressegesetzes uneingeschränkt weiter. Dieses Gesetz ist nicht nur keine wirksame Waffe gegen den Faschismus, sondern eine direkte Gefahr für die Arbeiterklasse, denn seine kautschukartigen Formulierungen können bei jeder Gelegenheit gegen die Arbeiterklasse angewandt werden.

Durch ihre Massnahmen im Interesse des Kapitals liefert die Volksfrontregierung den Faschisten dauernd Stoff für deren verlogene soziale Demagogie. Durch ihr Eintreten gegen ausserparlamentarische Aktionen der Arbeiter untergräbt sie den wirksamsten Schutz gegen die

faschistische Gefahr, nämlich die ausserparlamentarische Kampfkraft des Proletariats. Durch ihre Gesetze, die die demokratischen Rechte der Massen beschränken, wie das Zwangsschlichtungsgesetz, das das Streikrecht einschränkt, und das Pressegesetz, das die Pressefreiheit beschneidet, sorgt sie dafür, dass ein französischer Brünning in Zukunft die nötigen gesetzlichen Handhaben vorfindet, um faschistischen Herrschaftsmethoden den Weg zu bahnen.

Die Aussenpolitik der Regierung Blum zeigt deren Rolle als Sachwalter der imperialistischen französischen Bourgeoisie noch deutlicher als ihre Innenpolitik. Die traurige «Glanzleistung» Blums auf diesem Gebiet war die Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien. Der leitende Gedanke der Aussenpolitik der französischen Volksfrontregierung ist die Ablehnung aller «ideologischen Kreuzzüge» und die Beschränkung auf die Verteidigung der «französischen Interessen», was in der nichtdiplomatischen Sprache gewöhnlicher Menschen heisst, dass der französischen Volksfrontregierung die Prinzipien der Demokratie, auf die sie sonst so schwört, in ihrer Aussenpolitik Hekuba sind, dass sie sich nur für die Wahrung der imperialistischen Machtstellung der französischen Bourgeoisie einzusetzen gedenkt. Die praktische Anwendung dieser edlen Grundsätze sahen wir in der spanischen Frage. Soweit Hitler und Mussolini den spanischen Faschisten bei deren Versuch helfen, ein Blutregime über das spanische Volk aufzurichten, verhält sich die französische Volksfrontregierung mehr als zurückhaltend, nur wenn es sich um eine Bedrohung der französischen Herrschaft in Marokko handelt, schlägt sie energische Töne an. Blum hat in seinen Reden in der letzten Zeit geflissentlich betont, dass die Volksfrontregierung sich als eine «nationale Regierung» betrachte, und verschiedentlich zur «nationalen Einheit» in aussenpolitischen Fragen, d. h. zum Zwecke der Verteidigung der Interessen des französischen Imperialismus aufgefordert. So betätigt sich die Volksfront als Wegbereiterin der Burgfriedensideologie für den Fall eines Krieges.

Ein krasses Beispiel für den imperialistischen Charakter der Politik der Regierung Blum ist auch ihr Verhalten zu den vom französischen Imperialismus unterdrückten Kolonialvölkern. Diese Völker erwarteten von der Volksfrontregierung, dass sie ihnen den Genuss der grundlegenden demokratischen Rechte gewährleisten werde. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die grosse «Reform» der Regierung Blum auf kolonialem Gebiet ist das Gesetz Violette, das in Algerien einer dünnen, ausgesuchten Oberschicht der eingeborenen Bevölkerung das französische Bürgerrecht verleiht. Aber die Rechtlosigkeit der grossen Massen der Bewohner Algeriens und der französischen Kolonien überhaupt soll bestehen bleiben. Die Regierung Blum hat dies durch das Verbot der Etoile Nord-Africaine, einer Organisation algerischer Werktätiger, die für die Selbstbestimmung Algeriens eintrat, unterstrichen.

Die Taktik der KPF hat in den letzten Monaten verschiedene Schwankungen aufgewiesen. Aber alle diese Schwankungen erfolgten im allgemeinen Rahmen der Volksfrontpolitik, und schliesslich hat sich die KPF, nachdem sie eine Zeitlang verschiedene Einzelheiten der Blumschen Regierungstätigkeit kritisiert hatte, auf ihrer letzten Nationalkonferenz im Januar 1937 entschieden, kritiklos mit Blum und der Volksfront durch dick und

dünn zu gehen. Die letzten Monate haben bewiesen, dass die Volksfrontpolitik, die den Grundsätzen des Kommunismus widerspricht, die KPF unfähig macht, die Rolle der Führerin proletarischen Klassenkampfes zu spielen und sie in ein Anhängsel der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierungspolitik verwandelt. Die kritischen Anwendungen der KPF gegenüber der Regierung Blum dauerten nur solange, als die Welle der ausserparlamentarischen Aktivität der Massen, die im Juni 1936 eingesetzt hatte, noch nicht verebbt war. Unter dem Druck der Massenstimmung kritisierte die KPF das Verhalten Blums, so in der Frage der Devaluation, in der Frage des Vorgehens gegen die faschistischen Ligen und insbesondere in der Frage der sogen. Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien. Aber da die KPF bei ihrer Kritik stets betonte, dass die Volksfront um jeden Preis erhalten bleiben müsse, und da sie die ausserparlamentarische Aktion der Massen nicht zu steigern, sondern durch Eintreten gegen die Betriebsbesetzungen und Streiks und für Zwangsschlichtung zu bremsen suchte, wirkte ihr Verhalten nur als ein Versuch, dem Drang der Massen zum Handeln die Spitze abzubrechen und sie vor ernsthaften Aktionen gegen die verhängnisvolle Politik der Regierung Blum abzuhalten. Mit dem Rückgang der ausserparlamentarischen Aktivität der Massen verschwand auch bezeichnenderweise in der Agitation der KPF die kritische Note gegenüber der Regierung Blum.

Im November 1936, als in den Massen die Aufregung über die Devaluation und die damit verbundene Preissteigerung frisch war, als überall aus den Betrieben der Ruf nach Waffen für Spanien ertönte, hielt Thorez im Saal der Mutualité in Paris eine Rede, in der er die praktische Tätigkeit der Regierung Blum einer scharfen Kritik unterwarf. Es folgten die Demonstrationen nach dem Tode Salengros; in Paris verwandelte sich diese Kundgebung in einen machtvollen Protest gegen die Blum'sche Neutralitätspolitik. Anfang Dezember enthielt sich die Kammerfraktion der KPF bei der Abstimmung über die Spanienpolitik der Regierung der Stimme. Blum gab zu verstehen, dass er zurücktreten werde, wenn die KPF ihn nicht «lückenlos» unterstützte. Die Führung der KPF trat einen Rückzug an, um die Volksfront mit der radikalen Kapitalistenpartei zu erhalten. Dieser Rückzug fiel der KPF nicht schwer, da sie von vornherein ihren parlamentarischen Vorstoss nicht als eine Abwendung von der Volksfrontpolitik aufgefasst hatte und da sie auch in der Zeitspanne, wo ihre Redner kritische Pfeile gegen Blum absandten, darauf bedacht war, die ausserparlamentarische Aktion der Massen zu bremsen und es nicht zu einer neuen allgemeinen Streikwelle kommen zu lassen. Seither aber wird die KPF immer regierungsfreudiger. Auf ihrer Parteikonferenz im Januar 1937 sprach Thorez in ganz anderen Tönen über die Regierungstätigkeit Blums als zwei Monate vorher in der Mutualité. Damals fand er, dass Blum auf einer ganzen Reihe von Gebieten versagt habe, jetzt pries er die Errungenschaften der Volksfrontregierung aus vollem Herzen. Den Kampf gegen die Neutralitätspolitik in bezug auf Spanien hat die KPF ganz aufgegeben. Sie hat für das Gesetz gestimmt, dass die Regierung Blum bevollmächtigt, auf Grund eines internationalen Abkommens gegebenenfalls die Entsendung von Freiwilligen nach Spanien zu verbieten. Die KPF

hat der Regierung das Budget, dessen leitendes Prinzip die Schonung der Kapitalisten ist, und die neuen grossen Rüstungskredite bewilligt. Sie hat für die Anleihe an die faschistische polnische Diktatur gestimmt. Sie bekennt sich zur Landesverteidigung des imperialistischen Frankreich. Sie hat aufgehört, für das Selbstbestimmungsrecht der von Frankreich unterdrückten Kolonialvölker einzutreten, und hat sich angesichts des spanischen Bürgerkriegs für die Verteidigung der kolonialen Besitzungen Frankreichs eingesetzt. Die KPF erklärt (so in einem Artikel von Georges Politzer in der «Humanité» vom 10. Januar 1937), dass es notwendig sei, die «Prosperität zu organisieren». Im Namen der Organisierung der Prosperität der französischen kapitalistischen Wirtschaft predigt die KPF die «Ordnung» und die «Einheit der Nation», auf dass der Wirtschaftsaufschwung nicht gestört werde. Der Sinn dieser Phrasen ist der, die französischen Arbeiter davon zurückzuhalten, den beginnenden Anstieg der Konjunktur zu kämpfen für die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung auszunutzen. Wollte man die Artikel der KPF-Presse ernst nehmen, so könnte man beinahe zu der Schlussfolgerung kommen, dass Streiks und ähnliche Erscheinungen des proletarischen Klassenkampfes eigentlich eine Erfindung der Unternehmer seien, die diese mit Hilfe von Provokateuren ins Werk setzen. Es ist grauenerregend, wie die Führung der KPF jetzt im Zeichen der Volksfront die elementaren Traditionen der Arbeiterbewegung und des Marxismus zugunsten der verstaubten Ladenhüter des bürgerlichen Liberalismus verlässt.

Der Pariser Korrespondent des Londoner «Economist», eines bürgerlichen Blattes, das für gute Beobachtung von Tatsachen bekannt ist, schreibt am 28. Januar 1937 («Economist» 30. 1. 37) :

«Die soziale Unruhe ist zu Ende gegangen. Die Kommunisten haben auf ihrem nationalen Kongress (gemeint ist die letzte Nationalkonferenz der KPF. «I. KI.») radikalsozialistische Lehren vertreten, in denen der Marxismus nur einen sehr geringen Platz einnahm, als ein Ideal für irgendeine entfernte Zukunft.»

Sehr schädlich wirkt sich die Politik der KPF in den Gewerkschaften aus, in denen die Partei über einen grossen Einfluss verfügt, den sie aber im Sinne einer arbeitsgemeinschaftlichen Politik ausnutzt.

Die Junibewegung hat dazu geführt, dass die französische Arbeiterklasse zum ersten Mal in ihrer Geschichte in ihrer Mehrheit organisiert ist. Aber die Volksfrontpolitik führt dazu, dass der gewachsene Einfluss der Arbeiterorganisationen nicht zur Entfaltung der ausserparlamentarischen Aktion der Arbeiter eingesetzt wird, sondern, wie das für jede Koalitionspolitik kennzeichnend ist, zu dem Zwecke, den spontanen Kampfwillen der Arbeiter zu zügeln. Diese Lage ermutigt die kapitalistische Reaktion zu immer neuen Vorstössen, die letzten Endes dem Faschismus zugute kommen. Infolge der relativen Schwäche der französischen Sozialdemokratie konnte diese es nie wagen, sich gegen den Widerstand der KPF an bürgerlichen Regierungen zu beteiligen. Die Blumsche Koalitionspolitik und alle reaktionären Massnahmen der Regierung Blum sind nur dank der Unterstützung der KPF möglich. Umso schwerer wiegt die Schuld, die die Führungen der KI und der KPF mit ihrer Volksfrontpolitik auf sich genommen haben. Ohne einen Bruch mit

der Volksfrontpolitik ist eine Gesundung der kommunistischen Bewegung in Frankreich nicht möglich. Wer sich in Frankreich für die dringendsten Forderungen des Klassenkampfes, so z.B. für das Recht auf Streiks und Betriebsbesetzungen, gegen die Zwangsschlichtung, für die Anwendung der Waffe des Streiks zur Verteidigung der Forderungen der Arbeiter, für die Unterstützung der spanischen Antifaschisten konsequent einsetzen will, der muss einen Kampf gegen die Volksfrontpolitik aufnehmen.

Ein Jahr nach dem Wahlsieg der französischen Volksfront

Juni 1937

Es ist jetzt ein Jahr seit dem Wahlsieg der französischen Volksfront vergangen, der die Regierung Blum ans Ruder brachte. Die Wirklichkeit hat das, was uns die Führungen der KI und der KPF vor einem Jahre über die segensreichen Wirkungen der Volksfrontpolitik erzählten, grausam widerlegt. Die französischen Bank- und Industriemagnaten, die «200 Familien», diktieren die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung Blum, ganz so, wie unter den früheren rein bürgerlichen Regierungen. Die wirtschaftspolitischen Berater der Volksfrontregierung sind jetzt die Herren Rist und Rueff, von denen der erste der Gehilfe Poincarés, der zweite der Inspirator von Laval war. Die faschistischen Organisationsn werden von Tag zu Tag frecher. Die sogenannte Auflösung der faschistischen Ligen im vorigen Jahre hat nur dazu geführt, dass sich die Croix de feu usw. neue Namen zulegten. Die Zahl der faschistischen Organisationen hat sich unter der Regierung Blum durch das Hinzutreten der Partei Dorlots sogar noch vermehrt. Die Lebenshaltungskosten steigen dauernd. Die Regierung wirkt dabei tatkräftig mit. In den letzten Tagen wurde z.B. gemeldet, dass der Wirtschaftsminister Spinasse den Hausbesitzern unter bestimmten Bedingungen gestatten wolle, die Mieten zu erhöhen. Dabei gehören die Mieten zu den wenigen Posten im Arbeiterhaushalt, die seit vorigem Jahre nicht gestiegen sind. Die Versuche der Arbeiter, ihre Reallöhne gegen die Teuerungswelle zu verteidigen, werden durch die obligatorische Schlichtung erschwert und gedrosselt. Die Aussenpolitik der Volksfrontregierung ist eine womöglich noch verschlechterte Fortsetzung der Politik Lavals. Die Regierung Blum trägt die Hauptverantwortung für die schändliche Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien. Die Unterdrückung der Kolonialvölker wird unter der Volksfrontregierung fortgesetzt. In Tunis schießt Militär auf streikende Arbeiter. In Indochina wird ein Arbeiter zu Gefängnis verurteilt, weil er eine alte Broschüre Léon Blums über den Sozialismus vertreibt. Und schliesslich zeigt das Blutbad, das die von einem sozialistischen Innenminister geleitete Polizei in Clichy, inmitten des «roten Gürtels» von Paris, unter antifaschistischen Arbeitern anrichtete, dass die Politik Blums nichts anderes ist als die französische Uebersetzung der Politik, mit der Ebert, Severing, Zörggibel, usw. die deutsche Arbeiterklasse in die Sklaverei des Faschismus geführt haben.

Voriges Jahr erklärte Blum bei jeder Gelegenheit, seine Regierung sei anders als die Linksregierungen, die Frankreich früher gekannt habe. Die Volksfrontregierung, das sei eine Regierung, die sich an ihr Programm halte, die ihre Wahlversprechungen nicht breche. Inzwischen hat es sich gezeigt, dass die Treue der Blumregierung zu den Versprechungen der Volksfront zu den leichtverderblichen Produkten gehört. Solange die Junistreiks und ihre Nachwirkungen andauerten, d.h. solange die französischen Arbeiter trotz den Abwiegelungsversuchen der Regierung und der Führungen der grossen Arbeiterorganisationen einen starken ausserparlamentarischen Druck ausübten, bemühte sich die Regierung Blum, als treue Vollstreckerin der Wahlversprechungen der Volksfront zu erscheinen, um zu verhüten, dass die Bewegung der Massen sich zu revolutionären Angriffen auf die Grundlagen der Kapitalsherrschaft ausweitete. In der Kammersitzung vom 26. Februar 1937 verteidigte sich Blum gegenüber der Kritik der Rechtsparteien an den Sozialgesetzen der Volksfront-

regierung folgendermassen:

«Sehr schön, Herr Paul Reynaud, wenn Sie im Juni des vorigen Jahres versucht hätten, in diesem Lande eine Kombination von Devaluation und verstärkter Deflation anzuwenden und die Hoffnung auf soziale Reformen in eine ferne Zukunft zurückzustellen, dann weiss ich nicht zu welchem Ergebnis Sie trotz all Ihrer Intelligenz, all Ihrem Talent und all Ihrem Mut, die ich, wie Sie wissen, schätze, gelangt wären.»

Blum erklärt also die Sozialgesetze von 1936 seien von der Volksfrontregierung als eine Konzession an die Arbeiterschaft eingeführt worden, um den französischen Kapitalismus vor revolutionären Erschütterungen zu bewahren.

Als aber dank der Tätigkeit der Volksfrontregierung und der der Volksfront angehörenden Arbeiterorganisationen, vor allem auch der CGT und der KPF, die parlamentarische Aktivität der Massen abgeebbt war, da hatten Blum und die Seinen sehr rasch vergessen, was sie früher immer behauptet hatten, dass nämlich die Treue zu den gegebenen Versprechungen die hervorragendste Tugend der Volksfrontregierung sei. Jetzt wurde eine «Pause» angekündigt, es wurde erklärt, dass es notwendig sei, einstweilen auf die weitere Durchführung der im Programm der Volksfront vorgesehenen Reformen zu verzichten, bis die bereits in Kraft getretenen Reformgesetze durch die französische Wirtschaft «verdaut» worden seien. Dies bedeutet, dass nach Ansicht der Regierung Blum alle Forderungen der Arbeiter zurückzutreten hätte hinter dem Anspruch der Kapitalisten auf «angemessen» und gesicherte Profite. Die «Pause» ist deshalb auch nicht, wie das die Regierung Blum den Arbeitern erzählt, ein Zwischenstadium, in dem die bisherigen Errungenschaften der Arbeiterklasse konsolidiert und weitere Reformen vorbereitet werden sollen, sondern sie ist der dauernde Verzicht der Regierung Blum auf künftige Massnahmen zur Erleichterung der Lage der Werkstätten und der Beginn des Abbaus und der Durchlöcherung der bereits in Kraft getretenen Reformen. Das wird am besten durch die finanzpolitischen Schritte bestätigt, mit denen die Regierung Blum die Auflegung ihrer Rüstungsanleihe begleitete. Die Regierung Blum begnügte sich nicht damit, den Zeichnern der Rüstungsanleihe ausserordentliche Vergünstigungen zu gewähren. Um das «Vertrauen» des Kapitals zu gewinnen, trat sie einen Bittgang zum «mur d'argent», zur «Mauer des Geldes» an, der noch weit würdeloser war als die entsprechenden traurigen Leistungen früherer radikalsozialistischer Regierungen. Die Volksfrontregierung verpflichtete sich feierlich, den Ertrag der Anleihe zu keinen anderen Zwecken zu verwenden als zur militärischen Aufrüstung des französischen Imperialismus. Der Finanzminister Vincent Auriol hat diese Verpflichtung späterhin noch unterstrichen und erweitert, indem er erklärte, dass die Regierung keine anderen Anleihen ausser der Rüstungsanleihe beabsichtige. Die Volksfrontregierung strich ferner 6 Milliarden, die für Arbeitsbeschaffungszwecke im Jahre 1937 vorgesehen waren. Sie erklärte, dass sie sich streng an das Budget halten werde, d. h. dass sie unter keinen Umständen im Jahre 1937 irgendwelche Mittel für neue soziale Reformen bereitstellen werde. In seiner Rundfunkwerberede für die Rüstungsanleihe erklärte Blum, dass die finanziellen Beschlüsse

die die Regierung anlässlich der Auflegung der Anleihe gefasst hatte, dauernden Charakter trügen. Mit einem Worte: Die «Pause» ist von der Volksfrontregierung nicht nur vorübergehend, sondern für die Dauer gemeint. Die Regierung Blum hat das noch dadurch unterstrichen, dass sie die Herren Rist und Rueff zu Leitern des Währungsausgleichsfonds ernannte und ihnen damit die faktische Oberaufsicht über die gesamte Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung überliess.

Es ist interessant, dass die Regierung Blum sich bei ihrer Kapitulation vor den Wünschen des Grosskapitals auf die Prinzipien und Erfordernisse der bürgerlichen Demokratie berief. Es sei notwendig gewesen, so erzählten die Sprecher der Regierung, das Vertrauen des Kapitals durch Konzessionen zu gewinnen, weil Zwangsmassnahmen gegen das Kapital die Einführung von «faschistischen» Methoden bedeutet hätten, die den Grundsätzen der Freiheit widersprächen und ferner, weil solche Zwangsmassnahmen bei den führenden kapitalistischen Kreisen der Vereinigten Staaten und Englands Missfallen erregt und die notwendige «Einheit der Weltdemokratie» gefährdet hätten. Diese Argumentation der französischen Regierungskreise ist eine neue Bestätigung der alten, von der KI im Zeichen der Volksfrontpolitik vergessenen Wahrheit, dass die bürgerliche Demokratie nur eine Form der Kapitalsherrschaft ist.

Die Auflegung der Blumschen Rüstungsanleihe wurde von einem wahren Burgfriedensrummel begleitet. Für die Anleihe warben auf der einen Seite faschistische Reaktionen, wie der General Castelnau, auf der anderen Seite die CGT und die KPF, welche letztere bei dieser Gelegenheit von neuem ihre patriotische Anhänglichkeit an das imperialistische Frankreich betonte. Mitten in diesen Burgfriedensrummel platzten die Schüsse von Clichy. Blum klagte im Parlament darüber, dass dieses Blutbad die schöne Atmosphäre der «nationalen Einigkeit» gestört habe. In Wirklichkeit hat das Massaker von Clichy nur den wahren Charakter der Politik der «nationalen Regierung der Volksfront», wie sich die Blumregierung neuerdings nennt, unterstrichen. In der Phrase der Volksfrontpolitiker ist die Volksfront ein Wall gegen den Faschismus, sind die Radikalsozialisten und die «republikanische Polizei» Stützen der Arbeiterklasse im antifaschistischen Kampf. In Clichy sahen wir, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Auf der einen Seite standen die zu einer einheitlichen antifaschistischen Protestdemonstration aufmarschierten Arbeiter (die Radikalsozialisten von Clichy hatten bezeichnenderweise die Beteiligung an dieser Demonstration abgelehnt), auf der anderen Seite befanden sich die Faschisten und die zu ihrem Schutz von dem sozialistischen Innenminister dorthin beordnete «republikanische Polizei». Nach dem Blutbad von Clichy setzten die Radikalsozialisten durch, dass kein einziger der am Massaker beteiligten Polizisten gemassregelt wurde, dafür aber beschlagnahmte Dormoy linkssozialistische, anarchistische und trotzkistische Zeitungen, in denen die Verantwortung der Regierung für die Ereignisse von Clichy festgestellt wurde. Die Radikalsozialisten benutzten das Blutbad von Clichy, um im Namen der «Versammlungsfreiheit» und der «Achtung der Gesetze» auf das Schärfste gegen alle selbständigen Aktionen der Arbeiter gegen das Treiben der Faschisten zu hetzen. Diese Haltung der Radikalsozia-

listen ist ein weiterer Beweis dafür, dass auf der Grundlage der Erhaltung der bürgerlichen Demokratie und unter der Losung der Wahrung der demokratischen Freiheiten für alle kein konsequenter Kampf gegen den Faschismus möglich ist, dass die Regeln der bürgerlichen Demokratie vielmehr als Fesseln des antifaschistischen Kampfes der Arbeiter wirken.

Die Volksfrontpolitik wurde und wird (so jüngst von Dimitrow in seinem Artikel zum 1. Mai 1937) als ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Kleinbürgertum unter proletarischer Führung ausgegeben. Die Politik, die die Blumregierung betreibt — und insbesondere ihre neueste Phase, die «Pause» —, zeigt, dass die Volksfrontpolitik in Wirklichkeit eine Politik der Koalition mit der Bourgeoisie und unter dem Kommando der Bourgeoisie ist. Die Radikalsozialisten, die die direkten Vertreter des Kapitals in der Volksfrontregierung sind, bestimmen in Wirklichkeit deren Politik. Sie treten immer offener und provozierender als Sprecher der Scharfmacherforderungen des Kapitals auf. Daladier, Chautemps und die anderen Führer der Radikalen erzählen in ihren Reden fortwährend, dass es notwendig sei, mit der «Anarchie» Schluss zu machen, die den Bestand der Demokratie gefährde und dem Faschismus den Weg bereite. Unter «Anarchie» verstehen diese Herrschaften alle selbständigen Regungen der Arbeiterklasse, alle Erscheinungen des proletarischen Klassenkampfes, Streiks, Kundgebungen usw. Diese Reden der Radikalen spiegeln das Verhältnis der Bourgeoisie zu Demokratie und Faschismus sehr gut wider. Die Bourgeoisie fordert als Bedingung dafür, dass sie an der bürgerlichen Demokratie festhalte, dass die Arbeiter darauf verzichten, von ihren demokratischen Rechten zu einem wirksamen Kampf gegen das Kapital Gebrauch zu machen. Der Anblick des proletarischen Klassenkampfes ruft selbst bei den so auf ihre demokratische Prinzipienfestigkeit stolzen Radikalen den Gedanken an reaktionäre Diktaturmethoden wach.

Das Verhältnis des Kleinbürgertums zur Arbeiterschaft ist durch die Volksfrontpolitik nicht verbessert, sondern umgekehrt verschlechtert worden. Wie die Koalitionspolitik der deutschen Sozialdemokratie, so liefert auch die französische Volksfrontpolitik den faschistischen Demagogen günstige Ansatzpunkte zur Mobilisierung kleinbürgerlicher Massen gegen die Arbeiterschaft. Es war den faschistischen Organisationen in Frankreich bisher nicht gelungen, über gewisse Schichten und Bezirke hinauszudringen, die traditionell — vor allem auch unter klerikalem Einfluss — für eine chauvinistisch-reaktionäre Politik empfänglich sind. Die Politik der Volksfrontregierung beschwört die Gefahr herauf, dass die Faschisten über diese traditionellen Einflussgebiete der äußersten Reaktion hinaus Einfluss unter dem Kleinbürgertum finden und sich eine ernsthafte Massenbasis schaffen; dadurch würde die Gefahr einer Errichtung der faschistischen Diktatur in Frankreich erst wirklich akut werden. Die Politik der Volksfrontregierung, die von dem Wunsch, das Vertrauen des Grosskapitals zu gewinnen, diktiert ist, hat weite Teile des Kleinbürgertums enttäuscht, hat ihre materielle Lage nicht verbessert, sondern erschwert. Da die grossen Arbeiterorganisationen als Stützen der Blum'schen Regierungspolitik fungieren, wird es den faschistischen Demagogen leicht gemacht, die Kleinbürger gegen die Arbeiterorganisationen aufzuhetzen und ihnen, ähnlich

wie das die Nazis in Deutschland gemacht haben, vorzuzügel, die sozialpolitische Gesetzgebung und die gewerkschaftliche Aktivität der Arbeiter seien an ihrem Elend schuld.

Die Führung der KPF und die weitgehend von ihr beeinflusste Führung der CGT bemühen sich, durch allerlei demagogische Kunststücke die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Tätigkeit der Volksfrontregierung abzufangen, um möglichst zu verhüten, dass diese Unzufriedenheit sich zu ausserparlamentarischen Massenaktionen auswächst. Nach dem Blutbad von Clichy beschlossen die Gewerkschaften einen halbtägigen Proteststreik in Paris, wobei sie offen erklärten, dass es ihnen darum ging, die Bewegung der Pariser Arbeiter, die in zahlreichen Betrieben auf die erste Nachricht von dem Massaker die Arbeit niedergelegt hatten, zu «begrenzen», d. h. abzuwürgen. Was die «Pause» anbelangt, so tut die Führung der KPF so, als ob sie die entsprechenden Erklärungen der Regierung nicht kenne oder nicht begreife. Sie erklärt zur «Pause» einerseits, die Einheit der Volksfront müsse gewahrt bleiben und andererseits, die Durchführung des Volksfrontprogramms müsse fortgesetzt werden, so durch die Einführung einer Alterunterstützung und einer Erhöhung der direkten Besteuerung des Kapitals, als ob die «Pause» nicht bedeutete, dass die Regierung solche Forderungen ausdrücklich ablehnt und als ob die Haltung der Regierung und der Radikalen nicht zeigte, dass derartige, im Interesse der Werk tätigen liegende Forderungen nur im Gegensatz zur Regierung Blum, durch den Bruch mit der Volksfrontpolitik, durch die ausserparlamentarische Aktion der Massen verwirklicht werden können. Es ist eine Irreführung der Massen, wenn die Führung der KPF ihnen vorzuspiegeln versucht, sie könnten durch die Volksfront das erreichen, was die Radikalen (die in dieser Hinsicht die gesamte Bourgeoisie repräsentieren) gerade mit Hilfe der Volksfront verhindern wollen. Hat doch der Vorsitzende der radikalen Kammerfraktion, Campinchi, neulich in einem Brief an einige reaktionäre Pariser Parlamentarier erklärt, die Radikalen wollten die «Ordnung», lies, die Ansprüche der Bourgeoisie wahren, indem sie mit Hilfe der Autorität, die Blum bei der Arbeiterschaft genießt, an deren Pflichtbewusstsein appellieren, d. h. indem sie die Volksfront als ein Instrument benutzen, um die freiwillige Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen des Kapitals zu sichern.

Dass innerhalb der französischen Arbeiterschaft die kritische Stimmung gegenüber der Politik der Volksfront und der Volksfrontregierung im Zunehmen ist, zeigen die verschiedenen Streiks, die trotz dem Zwangsschlichtungsgesetz stattfinden; Jouhaux und die anderen Führer der CGT beschwören die Mitglieder der CGT immer wieder, doch Disziplin zu üben und nicht ohne die Genehmigung der Gewerkschaftsbürokratie zu streiken. Leider ist die Opposition, die sich in der französischen Arbeiterbewegung bemerkbar macht, zersplittert und politisch höchst unklar.

Die Führung der sozialistischen Partei hat jetzt die von Marceau Pivert geführte sogen. «Revolutionäre Linke» aufgelöst und eine Reihe oppositioneller Jugendlicher aus der Partei ausgeschlossen (bezeichnenderweise stachelt die Presse der KPF die Parteibürokratie der sozialistischen Partei zu einem immer schärferen Vorgehen gegen Pivert

und seine Anhänger auf). Die Gruppe von Pivert hat die Volksfrontpolitik nie grundsätzlich, sondern nur in einzelnen ihrer praktischen Auswirkungen bekämpft; angesichts der Drohungen der Parteibürokratie hat Pivert auf dem letzten Nationalrat der sozialistischen Partei einen politischen Rückzug angetreten und seine Loyalität gegenüber der Regierung Blum betont.

Auch die von ausgeschlossenen Kommunisten gegründete Gruppe «Que Faire?» lehnt die Volksfrontpolitik nicht prinzipiell ab; das hängt damit zusammen, dass sie in allen prinzipiellen Fragen (Stellung zur proletarischen Diktatur, zur Kriegsfrage, zur spanischen Revolution, zur SU) bedenkliche Abweichungen von den kommunistischen Grundsätzen aufweist.

Die Trotzlisten, deren Politik aus einer antibolschewistischen Hetze in bezug auf die SU und einer hohlen, ultralinken Phrasendrescherei in bezug auf Frankreich zusammengesetzt ist, sind organisatorisch bedeutungslos. Die Führung der KPF, die alle proletarischen Kritiker der Volksfrontpolitik als Trotzlisten bezeichnet, macht allerdings eine grosse Reklame für die trotzkistische Sekte.

Der Einfluss der Anarchisten ist in der letzten Zeit ziemlich angewachsen. Neben alten Traditionen der französischen Arbeiterbewegung und der Rolle, die die Anarchisten in der spanischen Revolution spielen, hat dazu auch der Umstand beigetragen, dass sie die Volksfrontpolitik prinzipiell ablehnen und über erfahrene Gewerkschafter verfügen, die ein ziemliches Verständnis für die Tagesaufgaben des proletarischen Klassenkampfes an den Tag legen. Von neuem erweist sich die Wahrheit des Leninschen Wortes, dass der Anarchismus die Strafe für den Opportunismus ist. Aber die Arbeiter kommen, wenn sie, um dem Sumpf des Opportunismus zu entgehen, zum Anarchismus gehen, nur in eine Sackgasse. Was die französische Arbeiterschaft braucht, ist eine kommunistische Kraft, die unerschütterlich an den kommunistischen Grundsätzen festhält, die die Volksfrontpolitik vom Standpunkt dieser Grundsätze prinzipiell bekämpft, die die praktische Anwendung dieser Grundsätze im täglichen Kampf der Arbeiterklasse vertritt, die so den Weg zu Gesundung der kommunistischen Bewegung von dem Krebsgeschwür des Volksfrontreformismus weist.

Zwölf Monate Volksfront

Aus „Controversy,
The Monthly
Socialist Forum“,
Vol. 1, No. 9

Als das Experiment der Volksfrontregierung in Frankreich im Juni 1936 begann, sagte man, daß es ganz verschieden sein würde von der üblichen reformistischen Koalitionspolitik, die z. B. in Deutschland einen so katastrophalen Bankrott verursachte. Der Unterschied würde sein, daß in der Volksfrontpolitik die Arbeiterklasse die Politik bestimmen würde, daß sie das Bürgertum „führen“ würde, wogegen in der reformistischen Koalitions politik mit bürgerlichen Parteien das Bürgertum geführt hatte. Wir beabsichtigen nicht, die Logik, auf der diese Behauptung aufgebaut war, zu untersuchen. Untersuchen wir die Tatsachen.

Im Juni 1936 konnte man noch versuchen, der Volksfront die Ergebnisse der großen und spontanen Streikbewegung gutzuschreiben. Heute hat der einfachste französische Arbeiter erkannt, daß die Ergebnisse allein eine Folge der Aktion der Massen war, während die Rolle der Volksfrontregierung und der Volksfrontorganisationen eine ganz andere Geschichte war.

Welches ist die heutige Lage?

Die Durchführung der 40-Stunden-Woche wurde systematisch verzögert und sabotiert, so daß sie heute, fast 12 Monate nachdem sie Gesetzeskraft bekam, im allgemeinen noch nicht in Kraft getreten ist.

Die Lohnerhöhung wurde mit einem Federstrich gelöscht durch die Abwertung des Franc und durch eine unerhörte Preiserhöhung. Vergütung der Arbeiter für die Abwertung des Franc vermittels einer gleitenden Lohnskala (Preisindex) wurde abgelehnt. Die Preise erhöhen sich weiterhin. Eine weitere Abwertung des Franc ist unterwegs. Sowohl die Französische Kommunistische Partei wie die Französische Sozialistische Partei haben im Parlament der Abwertung des Franc unter dem Druck der Radikal-Sozialistischen Partei zugestimmt.

Im Gefolge des Streiks strömten die Arbeiter in großen Mengen in die Gewerkschaften. Der C.G.T. schwoll an auf fünf Millionen Mitglieder. Gleichzeitig entließen aber die Unternehmer täglich Arbeiter aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Sie begannen absichtlich, gelbe Gewerkschaften aus faschistischen Elementen in den Fabriken aufzubauen. Und Vertrauensleute wurden täglich entlassen und durch Faschisten ersetzt. Als nach dem Blutbad von Clichy die Arbeiter in vielen Konzernen die Faschisten rauszuwerfen wünschten, antworteten die Unternehmer mit Massenentlassungen. Die Gewerkschaften lehnten indigniert die Verantwortung für solchen Selbstschutz von seiten der Arbeiter ab. Die Unternehmer umgingen die neuen sozialpolitischen Gesetze dadurch, daß sie von Fabrikarbeit auf Heimarbeit übergingen. Selbst die reformistischen Gewerkschaften Deutschlands erlaubten nicht solche unzähligen Brüche der Lohntarife, wie das in Frankreich unter der Volksfrontregierung der Fall ist.

Wie war eine solche Entwicklung möglich? Sehr einfach. Die Volksfrontregierung, die Gewerkschaften, die Kommunistische Partei und die Sozialistische Partei arbeiteten reibungslos und plangemäß zusammen, um erst die Fabrikbesetzungen zu verhindern und dann mehr speziell die Streiks — „im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaus“. Im großen und ganzen waren sie erfolgreich. Die sozialdemokratische und die kommunistische Presse priesen sogar täglich damit, daß das Frankreich von heute das Land mit der geringsten sozialen Unruhe sei. Der Hauptfaktor in dieser Sache war die Forderung, daß der Arbeiter in seine Überlegungen die Weltausstellung mit einbeziehen sollte, und die wiederholte Behauptung, daß Hitler-Deutschland soziale Unruhe in Frankreich für einen unerwarteten Angriff ausnützen würde.

Der Arbeiter mag diese Argumente akzeptiert haben. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß die ganzen gigantischen Organisationen der Volksfront, Gewerkschaften und politischen Parteien, friedlich auf dieser Basis zusammenarbeiteten und den „Frieden“ schufen, den die Bourgeoisie forderte. In dem Verhältnis, in dem die Massenaktion verkümmerte, konnten die Unternehmer jedoch ihre eigene Politik durchführen und die Arbeiter um die Vorteile bringen, die in den Massenaktionen im Juni errungen wurden.

Der nächste Schritt war die von der Blum-Regierung bekanntgegebene „Pause“ in der Sozialpolitik. Das bezog sich vor allem auf die Altersversicherung und die Verbesserungen der Arbeitslosenunterstützung. Sie wurden insgesamt zurückgestellt.

Um die enormen Kriegskredite durchführen zu können, übergab die Regierung die Kontrolle einem Komitee, bestehend aus zuverlässigen Mitgliedern der Hochfinanz. Die Finanziere übernahmen auf diese Weise tatsächlich die Oberaufsicht und Kontrolle der Volksfrontregierung.

Die Kriegskredite selber garantierten den Aktionären solche Profite, wie sie noch keine bürgerliche Regierung ihnen früher gewährleistet hatte. Die Arbeiterparteien, auch die KP, stimmten diesen Kriegskrediten zu.

Die Außenpolitik der Blum-Regierung ist gekennzeichnet durch „Nicht-Einmischung“, d. h. durch die „Blockade“ des republikanischen Spaniens. Dieser Ausdruck stammt nicht von uns — er ist geläufig in der französischen kommunistischen Presse und drückt die Tatsachen aus. Am Anfang des Bürgerkrieges in Spanien verlangten die französischen Arbeiter zornig „Flugzeuge und Gewehre für Spanien“. Heute wird diese Forderung nicht mehr erhoben. Die Volksfrontparteien haben sie zum Schweigen gebracht. Die Spanienpolitik der Blum-Regierung ist offensichtlich die Politik der französischen Bourgeoisie, welche in Spanien hunderte Millionen Pesos Kapital gegen die „Rote Gefahr“ verteidigt. Die Radikalsozialisten führen diese Politik durch unter der Drohung ihres Rücktritts.

Dann kam das Blutbad von Clichy. Die Polizei feuerte stundenlang auf Arbeiter, die gegen eine faschistische Versammlung demonstrierten. Die Radikalsozialisten sorgten dafür, daß die verantwortlichen Offiziere nicht bestraft wurden. Der Premierminister Blum konnte im Parlament vor der hochehrfurchten Bourgeoisie bekanntgeben, daß dies das erstmal in der modernen Geschichte Frankreichs sei, daß eine Regierung, deren Vertreter auf Arbeiter geschossen hätten, von diesen nicht dafür verantwortlich gemacht worden sei. Clichy zeigte, daß die Polizei und die Mobilgarde mit Faschisten durchsetzt ist. Nichts ist geschehen, um damit ein Ende zu machen.

Blum erklärte in derselben Parlamentssitzung, daß die Demonstration gegen die Faschisten ein Fehler gewesen sei. Die Arbeiterorganisationen wurden von der Regierung und von der Sozialistischen Partei aufgefordert, Demonstrationen und Versammlungen so weit wie möglich aufzugeben. Dies ist die Zerstörung der Demokratie für die Arbeiter durch freiwillige Aufgabe.

Es wird allgemein zugegeben, daß die faschistischen Organisationen nicht nur noch immer existieren, sondern vielmehr heute stärker aufgebaut und besser mit Waffen versorgt sind als vor einem Jahr. Die offene Unterwerfung der Regierung unter die Kontrolle der Hochfinanz, die steigenden Lebenshaltungskosten, der sinkende Einfluß des Kleinbürgertums — dies erzeugt immer

günstige Vorbedingungen dafür, daß der Faschismus im Kleinbürgertum und Teilen der Arbeiterklasse Fuß fassen kann.

Die folgenden Tatsachen sind bezeichnend in Bezug auf die allgemeinen Ergebnisse der Außenpolitik der Blum-Regierung.

1. Die Weigerung, die Allianz mit der Sowjetunion effektiv aufzubauen und zu verteidigen. Als Ergebnis
2. die Auflösung der kleinen Entente.
3. Belgiens Rückzug aus dem Locarno-Pakt.

Die Bilanz ist also auch hier auf der falschen Seite.

Wenn politische „Führung“ bedeutet, den Inhalt der Politik zu bestimmen, dann zeigen die Tatsachen, daß in den 10 Monaten der Blum-Regierung es nicht die Arbeiterklasse ist, welche die Bourgeoisie in Frankreich geführt hat, sondern umgekehrt.

Man erwartete, daß die Volksfront Schluß machen würde mit dem Faschismus. Es wurde nicht Schluß gemacht mit dem Faschismus — er wurde gestärkt. Die Volksfront sollte den Frieden sichern. Aber auf den Abessinischen Krieg ist der spanische Bürgerkrieg gefolgt und der Interventionskrieg. Der erstere wurde von der Laval-Regierung unterstützt; beim zweiten hat die Blum-Regierung nicht direkt, aber real die spanische Konterrevolution und die deutsch-italienische Intervention unterstützt.

Man wird vielleicht fragen: Wie können wir eine Politik ablehnen, der Millionen Arbeiter gefolgt sind und immer noch folgen? Der Politik der deutschen Sozialdemokratie wurde durch 14 Jahre ebenfalls gefolgt und geglaubt von Millionen Menschen. Dies verhinderte nicht, sie in den Abgrund zu führen. Daß Millionen Menschen an sie glaubten, war uns kein Grund, den Kampf gegen sie aufzunehmen und einen anderen Kurs vorzuschlagen.

Welchen Kurs schlagen wir vor?

Um es kurz zu sagen:

1. Die proletarische Einheitsfront — aber ohne Nicht-Angriffs-Verträge — der Kampf um die täglichen Forderungen der Arbeiter muß vereinigt werden mit revolutionärer Propaganda.
2. Der direkte Appell an das Kleinbürgertum, unterstützt durch die proletarische Einheitsfront — aber ohne Vermischung mit dem bürgerlichen Parteien und sogar gegen sie.
3. Die Entwicklung von außerparlamentarischen Massenaktionen und in Verbindung damit die Gründung von Massenorganen ist es möglich, im rechten Augenblick über die Grenzen der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie hinauszugehen.
4. Die Organisation der Selbst-Verteidigung der Arbeiter gegen den Faschismus.

Dies ist natürlich nur eine Skizze, aber es ist genug, um klar zu zeigen, daß wir nicht nur die Volksfront kritisieren, sondern ihr auch eine andere revolutionäre Politik gegenüberstellen — eine Politik, die mit kommunistischen Prinzipien übereinstimmt. Diese Prinzipien sind nichts anderes als verallgemeinerte Erfahrung. Die 10 Monate Volksfrontpolitik in Frankreich haben die Erfahrung des Prinzips bestätigt, daß in einer Union mit dem liberalen Bürgertum die Arbeiterklasse immer der Verlierer ist.

Der einstimmig auf dem Gewerkschaftskongress der französischen Gewerkschaften (CGT) beschlossene und zum 30. November 1938 proklamierte Generalstreik ist nicht nur eine schwere Niederlage, er ist auch der schmähliche Zusammenbruch der französischen Volksfrontpolitik. Die öffentlichen Betriebe, Eisenbahnen, Metro, Autobusse, Post usw. funktionierten wie gewöhnlich. Nach den Mitteilungen der Metallindustriellen von Paris hat die Zahl der streikenden Metallarbeiter nicht ganz 50.000 betragen, von 250.000 in der Metallindustrie Beschäftigten. Der einstimmige Beschluss der obersten Instanz der französischen Gewerkschaften ist weder von den Gewerkschaftsmitgliedern, noch von der übrigen Masse der Werktätigen befolgt worden, obgleich die KPF und die SFIO den Generalstreikbeschluss unterstützt und für dessen Durchführung Propaganda gemacht haben. Nach den günstigsten Schätzungen können in ganz Frankreich keine zwei Millionen Arbeiter am 30. November gestreikt haben. Das würde bedeuten, dass nicht die Hälfte der organisierten Arbeiter den Streikbeschluss befolgt haben. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder wird immer noch auf 4 Millionen geschätzt, denn der Mitgliederverlust seit 1937, wo die Mitgliederzahl der französischen Gewerkschaften offiziell mit 5 Millionen angegeben wurde, dürfte 20% betragen.

Die Niederlage ist nur mit dem kampflosen Zurückweichen vor Hitler im Jahre 1933 in Deutschland und mit der Nichtbefolgung der Generalstreikparole durch die österreichischen Arbeiter gegenüber Dollfuss im Jahre 1934 in Parallele zu setzen. Die Folgen sind in Frankreich noch nicht die gleichen wie 1933 in Deutschland und 1934 in Oesterreich. Aber in Frankreich ist die Ursache der Niederlage die gleiche wie in Deutschland und Oesterreich. Man kann nicht jahrelang eine Politik der Kapitulation betreiben, die die Kampfkraft der Arbeiter und Werktätigen zermürbt — und dann in einem beliebigen Augenblick zum Generalstreik auffordern, noch dazu zu einem «Generalstreik von 24 Stunden in Ruhe und Ordnung», der wochenlang vorher angekündigt ist.

Die Niederlage damit erklären zu wollen, dass die Regierung die staatlichen Machtmittel gegen den Streik angewandt hat, ist keine Erklärung.

Waren denn die Delegierten des Gewerkschaftskongresses in Nantes so in Unkenntnis über die Kampfbedingungen, dass sie glaubten, die Regierung Daladier würde keine Gewalt anwenden?

Jedenfalls hat sich gezeigt, dass hinter der Fassade der starken Gewerkschaften und Arbeiterparteien, wie KPF und SFIO, die völlige Kampfunfähigkeit dieser Organisationen versteckt wurde. Wenn dem so ist, was ist die Ursache dieser Tatsache?

Die Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung der letzten vier Jahre ist beherrscht von der Volksfrontpolitik. Sie gilt es in ihren Auswirkungen nachzuprüfen, wenn wir die Ursachen feststellen wollen, die zur Niederlage vom 30. November geführt haben.

Nach den Vorstößen der Faschisten am 6. Februar 1934 in Paris entstand in der französischen Arbeiterschaft ein spontaner Wille zur einheitlichen Gegenwehr gegen den Faschismus. Der Sieg Hitlers in Deutschland im Jahre 1933, der Vorstoss von Dollfuss in Oesterreich, der gleichzeitig mit dem Vorstoss der Faschisten in Paris erfolgte, schufen in der Arbeiterschaft Frankreichs den leidenschaftlichen Willen, den Faschismus in ihrem Lande nicht an die Macht kommen zu lassen. Breite Kreise der Mittelschichten, Kleinbürger, Kleinbauern hatten denselben Willen wie die Arbeiterschaft. Daladier im Februar 1934 Ministerpräsident, wie heute, demissio-

Der Zusammenbruch der Volksfrontpolitik in Frankreich

Dezember 1938

nierte vor dem Ansturm der Faschisten, weil er die Machtmittel gegen sie nicht bis zur letzten Konsequenz einsetzen wollte. Die Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern schufen in grossen Teilen Frankreichs auf lokaler Basis ganz spontan gemeinsame Ueberwachungs-ausschüsse zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus. Die KPF, die bis zum 6. Februar 1934 unter der Losung «Klasse gegen Klasse» den «Hauptfeind» in den «Sozialfaschisten», den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsreformisten, bekämpfte, gab unter diesem Massendruck zur Einheitsfront ihre ultralinke Taktik preis. Diesem Massendruck fügte sich auch die Kommunistische Internationale. Sie begründete und beschloss auf dem VII. Weltkongress der KI im Jahre 1935 die neue Linie, die sogenannte Volksfrontpolitik.

Der ultralinken Taktik lag der Wille zum unmittelbaren Kampf um die Diktatur des Proletariats zugrunde. Man glaubte, den Faschismus und sozialdemokratischen Reformismus, nach Stalin «Zwillingsbrüder», im direkten Ansturm gleichzeitig vernichten und den Staat der proletarischen Diktatur zum Aufbau des Sozialismus unmittelbar errichten zu können.

Die Volksfrontpolitik bedeutet den Verzicht auf die unmittelbare Eroberung der politischen Macht zur Errichtung der proletarischen Diktatur und mindestens zeitweiligen Verzicht auf die kommunistischen Grundsätze. Volksfrontpolitik bedeutet Bündnis mit allen «antifaschistischen Kräften» für ein minimales Reformprogramm gegen den Faschismus auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft.

Der ultralinke Kurs der KI und der kommunistischen Parteien war eine falsche Taktik, aufgebaut auf der Verkennung des Wesens des Faschismus und des Reformismus der entwickelten kapitalistischen Länder. Diese falsche Taktik hat neben dem Reformismus dem Faschismus in Deutschland und Oesterreich den Weg geebnet. Die ultralinke Taktik machte es unmöglich, die von der reformistischen Politik enttäuschten Arbeiter und Werktätigen für den Kommunismus und damit für den wirksamen Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen.

Die Volksfrontpolitik ist aber nichts anderes als ein neuer Name für die bankrotte Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, die in Deutschland und Oesterreich so wirksame Vorarbeit für den Faschismus geleistet hat. Der einzige Unterschied zwischen der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik in Deutschland und Oesterreich und der Volksfrontpolitik in Frankreich besteht darin, dass in Deutschland die Kommunisten Gegner dieser Politik gewesen sind, während sie in Frankreich in der Volksfront führend waren. Für die Volksfrontpolitik und ihren Zusammenbruch in Frankreich und in der übrigen Welt ist die KI und die kommunistische Partei voll verantwortlich. Dass die alten Reformisten, die Sozialdemokraten, in der Volksfrontperiode klügere reformistische Politik gemacht haben, ändert nichts an der Hauptverantwortung der Stalinisten.

Die Aufgabe, an der der Reformismus, und der ultralinke Kurs der Kommunisten in Deutschland und Oesterreich, und jetzt der neue Reformismus in Gestalt der Volksfrontpolitik gescheitert ist, besteht darin, den Uebergang zu finden im entwickelten kapitalistischen Staat, vom Boden der bürgerlichen Demokratie mit breiten legalen proletarischen Massenorganisationen unter Ausnützung der demokratischen Rechte der Arbeiter und Werktätigen den Kampf um die proletarische Diktatur zum Aufbau des Sozialismus zu organisieren. Alle diese Versuche sind bis jetzt gescheitert. Die russische Revolution stand

vor diesem Problem nicht. Die Unerfahrenheit der Führer der russischen Revolution auf diesem Gebiet, verschärft durch die Vernichtung der innerparteilichen Demokratie in der Kommunistischen Internationale, die die Auswertung der Erfahrungen der Kommunisten in den entwickeltesten kapitalistischen Ländern unmöglich machte, ist die Ursache dafür, dass die Kommunistische Internationale unfähig war, die richtigen Lehren aus der deutschen Niederlage und dem Zusammenbruch des ultralinken Kurses zu ziehen. Vom linken Strassengraben wechselten sie in den rechten, von der Unterschätzung des Reformismus und Faschismus in Deutschland wechselten sie zur reformistischen Praxis, zur Kapitulation vor dem Reformismus.

Der falsche Ausgangspunkt der Volksfrontpolitik kam gleich in den ersten Formulierungen zum Ausdruck. Die Lösung «Gemeinsamer Kampf um demokratische Rechte» statt Kampf um die demokratischen Rechte der Werktätigen bringt das krass zum Ausdruck. Dem Faschismus und dem Grosskapital die demokratischen Rechte belassen, heisst den Kampf gegen sie unwirksam machen, und endet damit, dass die Werktätigen alle demokratischen Rechte verlieren. Die Praxis der Volksfrontregierung, Verbot der faschistischen Verbände bei gleichzeitiger Erlaubnis, sich als Parteien neu und zweckmässiger zu organisieren, ist kein Kampf gegen den Faschismus. Die Beschlagnahme einiger Waffenlager der Cagoulards durch die Polizei ohne den Massenkampf gegen die faschistischen Verbände durch die Kampforgane der Einheitsfront der Arbeiter und Werktätigen und Beschlagnahme der Waffen der Faschisten durch die Arbeiter konnte zu nichts anderem als zu der Justizkomödie führen, zu der sie geführt hat.

Eine ebenso verhängnisvolle Rolle spielte der Nichtangriffspakt der Volksfrontpartner untereinander. In der Praxis führte das zur Ausschaltung jeder kommunistischen Kritik an den Schwächen und Halbheiten der gemeinsamen Aktionen. Ohne eine solche ständige kommunistische Kritik kann aber der Kampf um die Tagesforderungen, mit der der antifaschistische Kampf beginnen muss, nicht auf die Höhe des revolutionären Kampfes zum Sturze der Bourgeoisie geführt werden. Wenn die Stalinisten die kommunistischen Grundsätze preisgeben und auf die kommunistische Kritik verzichten, dann tritt an dessen Stelle die üble Demagogie, die im Parlament und in der Beeinflussung der Massen alles tut, um die Volksfrontpolitik zu ermöglichen und die sich doch durch kleinliche Nörgelei der Verantwortung für die katastrophalen Folgen dieser Politik entziehen möchte. Mit der Volksfrontpolitik, mit der der antifaschistische Kampf geführt werden soll, wird der Faschismus und das Grosskapital nicht geschlagen, sondern nur gereizt. Die Fehler in der Grundkonzeption wurden zeitweise verhüllt, weil sich die Initiatoren der Volksfront auf den Massenzulauf berufen konnten, den sie anfangs hatten. Diese Scheinerfolge hatte auch der ultralinke Kurs eine ganze Weile.

Die Massen, die nicht merkten, dass sie mit der Volksfrontpolitik irregeführt wurden, indem man ihren Willen zum gemeinsamen Kampf der Arbeiter mit den Kleinbürgern und den Kleinbauern vom Boden des ausserparlamentarischen Massenkampfes auf den Boden der parlamentarischen Koalitionspolitik ablenkte, gaben in den Junikämpfen 1936 eine Probe, was bei richtiger kommunistischer Führung möglich gewesen wäre. Von diesem spontanen Kampfwillen der breiten Massen waren die Volksfrontführer ebenso überrascht und erschrocken,

wie die Bourgeoisie. Die Junibewegung war noch keine revolutionäre Bewegung in dem Sinne, dass die Massen bereit gewesen wären, den Kampf um die politische Macht aufzunehmen. Sie war eine Bewegung, die vorerst keine weiteren Ziele, wie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und sozialpolitische Verbesserungen auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie durchsetzen wollte.

Die Anwendung der demokratischen Rechte der Arbeiter und Werk tätigen zur rücksichtslosen Vertretung ihrer Interessen wurde aber von der Volksfrontregierung und von den Volksfrontparteien nicht organisiert und gefördert, sondern auf Schritt und Tritt gehemmt und zurückgedrängt. «Keine ungesetzlichen Betriebsbesetzungen mehr», schrien die radikalsozialistischen Volksfrontgenossen, und die Volksfrontregierung erklärte die Betriebsbesetzungen für ungesetzlich. KP und SFIO hielten den Arbeitern Vorträge, wie man Streiks beendet, während ihre Aufgabe gewesen wäre, sie besser zu organisieren und weiterzutreiben. Das wäre natürlich mit den Führern der radikalsozialistischen Partei, den Lakaien der grossen Bourgeoisie, unmöglich gewesen. Deshalb beeilte sich die Volksfrontregierung die in der Massenbewegung erkämpften Rechte der Betriebsräte gesetzlich festzulegen und einzuengen und die Unternehmer benützten ihre Positionen in den Betrieben, um die Betriebsräte in Ausübung ihrer Funktionen auf Schritt und Tritt zu hemmen, die Verträge zu sabotieren. Duclos, der Führer der Kommunisten, redet den Arbeitern zu, dass sie Geduld haben müssen, «dass in den ersten vier Jahren die Volksfront nicht gleich das ganze Programm durchführen könne». Diese Rede hielt Duclos schon am 15. Juni 1936. Bereits August 1936 beginnt der Abstieg. Die Massen wurden mit Hoffnungen auf die Tätigkeit der Regierung vertröstet. Sie liessen sich täuschen. Sie verwechselten die Wirkung ihrer eigenen Aktionen mit der der Volksfrontregierung. Das Unternehmertum macht nicht nur mit Hilfe der Volksfrontregierung, Polizei, und Justiz die Rechte des kapitalistischen Eigentums im Betrieb geltend. Kapitalflucht, Unternehmersabotage, Unterstützung und Finanzierung der Cagoulards sind die ausserparlamentarischen Kampfmassnahmen der Bourgeoisie. Die Volksfrontregierung setzt die staatlichen Machtmittel gegen die Unternehmersabotage und gegen die Kapitalflucht nicht ein. Blum vermittelt, er organisiert und führt nicht den Kampf der Volksfrontmassen, die ihn an die Spitze und an die Regierung gestellt haben, er fühlt sich als Makler zur Herstellung von Ruhe und Ordnung zwischen Kapital und Arbeit, mahnt die Massen zur Geduld und proklamiert zur Beruhigung der Bourgeoisie die «Pause».

«Die Reichen sollen zahlen», war das demagogische Schlagwort für die Finanzpolitik der Volksfrontpolitikanen. Von den Radikalsozialisten erfunden, von der KPF zu Tode gehetzt, wird dieses Schlagwort von der Blumregierung bereits am 25. September 1936 illustriert durch die erste Abwertung des Franken. Die dadurch herbeigeführte Teuerung fegt die Lohnerfolge der Junibewegung mit einem Schlage hinweg. Die Kleinbürger werden ausgeplündert und ruiniert, die Kleinbauern leiden unter der Teuerung als Käufer von Industriewaren, der Goldwert ihrer eigenen Produkte wird durch die Devaluation gesenkt. Die Agrarpolitik der Volksfrontbegünstigt die reichen Bauern auf Kosten der Industriearbeiter und der Armen im Dorf.

Die Kleinrentner, Kriegspensionäre, Beamten, Sozialrentner werden in der Lebenshaltung herabgedrückt. Das alles im Namen der «Volksfront», des angeblichen Bündnisses der Arbeiter mit den Mittelschichten, für das der

parlamentarische Kuhhandel der sozialistischen und kommunistischen parlamentarischen Kretins mit den Lakaien der Grossbourgeoisie, den Führern der Radikalsozialisten, fälschlich ausgegeben wird.

Für die Grossbourgeoisie bedeutet aber die Devaluation des Franken Spekulationsgewinne und Erhöhung der Profite.

«Nur noch 3.500 Streikende im Lande», «eine einzige Betriebsbesetzung», so verkündet triumphierend der «Populaire» am 13. 1. 1937. Léon Blum, der Ministerpräsident der ersten Volksfrontregierung, verkündet auf Grund dieser Erfolge die «Pause».

Die faschistischen Organisationen haben sich umorganisiert, provozieren wieder und bewaffnen sich.

Das sind die Ergebnisse der Innenpolitik der Volksfront. Zählen wir kurz die Ergebnisse auf ausserpolitischem Gebiet auf.

Die Forderung der Arbeiter und Werktätigen zur Unterstützung der spanischen Revolution gegen Franco, Mussolini und Hitlerfaschismus mit der Losung «Flugzeuge, Waffen, Munition für Spanien» wird durch ein Ultimatum des Volksfrontgenossen und Kriegsministers Daladier entschieden. Statt Unterstützung der spanischen Revolution leitet Blum mit den englischen Konservativen die «Nichteinmischung-Politik» ein, den offenen Verrat der spanischen Revolution.

Die Unterdrückung der französischen Kolonialvölker wird unter der Volksfrontregierung fortgesetzt. In Tunis schliesst das Militär auf streikende Arbeiter. In Indochina wird ein Arbeiter zu Gefängnis verurteilt, weil er eine alte Broschüre von Léon Blum über Sozialismus verbreitet. In Algerien wird einer dünnen, ausgesuchten Oberschicht der eingeborenen Bevölkerung das französische Bürgerrecht gegeben. Die breiten Massen Algeriens bleiben rechtlos. Durch das Verbot der «Etoile nord-africaine», einer Organisation der algerischen Werktätigen, die für das nationale Selbstbestimmungsrecht eintrat, verschärft sich noch die koloniale Unterdrückung in der Aera der Volksfrontregierung Blums.

Der Aussenpolitik der Volksfront liegt von Seiten der Stalinisten die falsche Auffassung zugrunde, dass die imperialistischen Gegensätze und der Gegensatz zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus eine feste Grundlage bilde, auf der sich eine proletarische Aussenpolitik zum Schutze der SU und zum gemeinsamen Kampfe gegen den faschistischen Angreifer aufbauen lasse. Diese Konzeption ist in der Septemberkrise kläglich zusammengebrochen, wo der Volksfrontgenosse Daladier mit Chamberlain dadurch den «Frieden gerettet» hat, dass er die Tschechoslowakei Hitler auslieferte. Die SU, der Bundesgenosse Frankreichs, ist isoliert. Die ausserpolitische Front der Staaten des demokratischen Imperialismus mit der SU gegen die faschistischen Angreifer hat elend Bankrott gemacht. Für die Errichtung dieser Front hat die KPF den Kampf gegen den französischen Imperialismus aufgegeben, den Verrat der spanischen Revolution geschluckt, die Militärkredite und Aufrüstung des französischen Imperialismus verteidigt und in der Septemberkrise als Kriegstreiber sich in den Augen breiter Massen diskreditiert. Sie hat sich nicht nur mit den breiten friedlichen Massenstimmungen in Widerspruch gesetzt, die sie bei einer richtigen kommunistischen Aussenpolitik gewinnen konnte, sondern auch durch die Preisgabe der kommunistischen Grundsätze und durch den Verzicht auf den Kampf gegen den französischen Imperialismus sich zur Ohnmacht verdammt in den Augen breiter Massen verächtlich gemacht. Noch nach diesem Zusammenbruch jagt sie dem Phantom nach, mit den reaktionärsten

Schichten der Bourgeoisie, mit den reinsten französischen Imperialisten, sich gegen die breiten pazifistischen Massenstimmungen zu verbünden. Sie kritisiert die Bourgeoisie auf aussenpolitischem Gebiet nicht vom Standpunkt der revolutionären Klassenziele des Proletariats, sondern wirft der französischen imperialistischen Bourgeoisie in Ueberpatriotismus vor, ihre eigenen imperialistischen Interessen nicht genügend wahrzunehmen.

Die Politik der KPF hat Daladier erst ermöglicht, seine imperialistische Schacherpolitik mit Hitler als Friedensretterei aufzumachen. KPF und SFIO treffen sich in dieser aussichtslosen Lage in der Formel «nationale Regierung um die Volksfront», das heisst Burgfrieden schon vor dem imperialistischen Kriege zum Zwecke seiner Vorbereitung.

Diese Volksfrontpolitik, die wir in groben Etappen in Erinnerung gerufen haben, hat die gesamte französische Arbeiterbewegung zersetzt. Der Gewerkschaftskongress in Nantes spiegelt diese Zersetzung in dem Gegensatz zwischen kriegerischem und pazifistischem Reformismus wider. Nichts ist bezeichnender für den Verlauf dieses Kongresses, als dass man auch mit der Lupe keinen einzigen revolutionären Gedanken in den Reden und Beschlüssen dieses Gewerkschaftskongresses finden wird.

Die Reichstagung der SFIO, die zu denselben Fragen Stellung nahm, ist von demselben Wirrarr beherrscht und gespalten.

Die KPF hält an den völlig sinnlos gewordenen Formeln der Volksfrontpolitik fest. Sie kämpft gegen Daladier nicht wegen seiner allgemeinen, reaktionären, arbeiterfeindlichen Politik, weil er mit den Notverordnungen die Kapitaloffensive führt und stützt, sondern in erster Linie wegen seiner Aussenpolitik. Sie will die Volksfrontpolitik fortsetzen mit Radikalsozialisten um Herriot, von denen sie glaubt, eine bessere Unterstützung ihrer Aussenpolitik zu erlangen gegen Daladier. Gegenüber dieser Politik der KPF hat die radikalsozialistische Partei am 12. Oktober die Volksfront aufgekündigt und auf dem Marceller Parteitag Daladier als «starken Mann», seine Politik der Kommunistenhetze und der Kapitaloffensive gestützt. Wie verhalten sich demgegenüber die Kommunisten? Der kommunistische Parteisekretär Duclos antwortete am 14. Oktober 1938 in der «Humanité»:

«Aber er (Daladier) hätte Unrecht zu glauben, dass er Dekrete über das Recht der Zugehörigkeit der Kommunistischen Partei zur Volksfront erlassen kann.

Die Kommunistische Partei, die es sich zur Ehre anrechnet, gegen die schändliche Kapitulation von München gewesen zu sein, ist sicher, damit eine Meinung ausgedrückt zu haben, die nunmehr von der Mehrheit der Parteien und der Organisierten der Volksfront einschliesslich der radikalsozialistischen Partei und auch von der Mehrheit des Volkes geteilt wird.

Die Kommunistische Partei wird der Volksfront unerschütterlich treu bleiben. . . »

Die Sozialistische Partei tut auf ihre Art dasselbe:

«Die Sozialistische Partei, erklärt Léon Blum («Populaire» — vom 15. Oktober 1938), wird proklamieren, dass die Volksfront immer noch lebt, dass die gemeinsamen Verpflichtungen der Volksfront immer noch gelten, dass sie sich immer noch ohne irgendwelche Ausschliessung gegenüber allen Parteien für gebunden hält, die, wie sie, bei diesen Verpflichtungen beharren, und wie sie entschlossen sind, ihnen treuzubleiben.»

Nach diesem Trompetengeschmetter kommt dann der folgende nicht unwichtige Nachsatz:

«Zweifelloos wird sie hinzufügen, dass sie unter den gegenwärtigen Umständen mehr als je geneigt ist, aus der Mehrheit der Volksfront eine wahrhaft französische Einheit zu machen.»

Mit mächtigen Massendemonstrationen wurde 1935 der Volksfrontpakt der KPF, SFIO mit den Radikalsozialisten und einigen Zwischengruppen gefeiert und das Geplübe zum Volksfrontprogramm abgelegt. Mit Rufen «Daladier an die Macht» begann diese grosse Irreführung der französischen Arbeiter und Werktätigen und die Uebertragung dieser Irreführung auf andere Länder.

Die Gasbomben, die Daladier als Ministerpräsident und provisorischer Innenminister auf die Volksfrontgenossen der streikenden Renault-Arbeiter werfen liess, die drei Divisionen Militär, das Aufgebot der gesamten Polizei mit der er gegen den Generalstreik aufmarschierte, stehen am Ende dieser grossen Irreführung.

Die Arbeiter, die den Parolen zum Generalstreik der Volksfrontpolitikanten nicht mehr gefolgt sind, haben instinktiv gefühlt, dass ein auf 24 Stunden beschränkter Protestgeneralstreik «in Gesetzlichkeit und Ordnung kein Mittel ist, um sie aus der Sackgasse herauszuführen, in die sie durch die Volksfrontpolitik gelangt sind. Das ist die Katastrophe der Volksfrontpolitik und der Volksfrontpolitikanten. Es ist auch eine Niederlage für die französische Arbeiterklasse. Von der Fähigkeit und Kraft, die die französische Arbeiterklasse aufbringen wird, um mit den Volksfrontpolitikanten schluss zu machen, sich auf den Boden der kommunistischen Grundsätze und der Erfahrungen der Geschichte der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit neu zu organisieren, die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter mit den betrogenen Kleinbürgern und Kleinbauern unter Ausschluss der bürgerlichen Parteien und ihrer Führer neu zu schaffen, von Kraft und Tempo dieser Entwicklung wird es abhängen, wie rasch diese Niederlage überwunden werden wird.

Unsere Aufgabe ist es, auf Grund unserer Erfahrungen mit allen Kräften dabei zu helfen, und vor allem die Nutzenanwendung des Zusammenbruchs der Volksfrontpolitik in Frankreich auf die Organisation des Kampfes gegen Kapitaloffensive und Faschismus international und in Deutschland zu ziehen.

Die Volksfront- politik der KPD

April 1936

In der Baseler „Rundschau“ vom 2. April veröffentlicht das Politbüro der KPD eine Erklärung, in der es u. a. heisst:

„Die KPD will die antifaschistische Volksfront für den Sturz Hitlers und ist bereit, mit den antihitlerischen Kräften zusammen für ein demokratisches Deutschland zu kämpfen, in dem das deutsche Volk selbst über das Regime entscheiden wird. Die KPD betrachtet die Wiederherstellung bürgerlich-demokratischer Rechte als einen bedeutenden Fortschritt, obwohl sie weitergehende Ziele erstrebt. Der Kampf um die demokratischen Freiheiten, um die grössere Bewegungsfreiheit heute ist eng verbunden mit der Verwirklichung eines wirklichen demokratischen Regimes nach Hitlers Sturz.“ (Von uns hergehoben).

Mit dieser Erklärung zieht die KPD die Konsequenzen aus der Volksfrontpolitik. Um ein Bündnis mit dem sogenannten „freiheitlichen Bürgertum“, d.h. mit denjenigen Teilen der deutschen Bourgeoisie, die aus diesem oder jenem Grunde mit der Politik der Nazis unzufrieden sind, zustande zu bringen, legt sich die höchste Instanz der KPD feierlich auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie nach dem Sturze Hitlers fest. Der Kampf für die proletarische Diktatur, für die Räterepublik wird, solange das Hitlerregime noch besteht und die Weimarer Republik noch nicht wiederhergestellt ist, zu den Akten gelegt. Bezeichnend ist, dass die Führung der KPD es nicht einmal fertig bringt, in ihrer programmatischen Erklärung offen von der Räterepublik zu sprechen, sondern nur ein schlichternes Gestammel über die „weitergehenden Ziele“ der Kommunisten vernehmen lässt, ohne zu verraten, was das wohl für Ziele seien. Mit der Wendung, dass das deutsche Volk in einem demokratischen Deutschland, d.h. in einer bürgerlichen Demokratie, selbst über das Regime entscheiden werde, wollte die Führung der KPD offenbar ihr revolutionäres Gewissen beruhigen. In Wirklichkeit zeigt diese Wendung nur, wie tief die Leistung der KPD im Summe des Opportunismus steckt. Die Räterepublik, die proletarische Diktatur kann bekanntlich nur durch Räte geschaffen werden, die gegen die bürgerliche Demokratie kämpfen, sie kann nicht durch den Stimmzettel auch der vollkommensten bürgerlichen Demokratie herbeigeführt werden.

Die Festlegung auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie bedeutet, dass die KPD-Führung praktisch auf die führende Rolle der kommunistischen Partei im antifaschistischen Kampf verzichtet. Wenn die KPD-Führung in ihrer Erklärung davon spricht, dass der Kampf „um die grössere Bewegungsfreiheit heute“ eng mit der Verwirklichung eines „demokratischen Regimes nach Hitlers Sturz“ verbunden sei, so heisst das nicht mehr und nicht minder, als dass sie in dem antifaschistischen Kampf, der heute in Deutschland geführt wird, die besonderen Klasseninteressen- u. Ziele des Proletariats den Gesichtspunkten der bürgerlichen Demokratie, d.h. den bürgerlichen Klasseninteressen der Kapitalisten, die angeblich als Bundesgenossen im Kampf gegen die faschistische Diktatur in Frage kommen, unterordnet. Das heisst, dass die KPD-Führung sich praktisch von der Auffassung abwendet, dass das Proletariat die führende Klasse, die

treibende Kraft im Kampfe für den Sturz der faschistischen Diktatur ist.

Die in der neuesten Erklärung der KPD-Führung vertretene Linie ist von ihr im Einverständnis mit der Exekutive der KI bezogen worden. Dabei fällt umso schwerer ins Gewicht, dass es beiden Instanzen sehr gut bekannt war, dass die illegal in Deutschland arbeitenden Mitglieder der KPD zu einem grossen Teil die Volksfrontpolitik, sowie alle Losungen im Sinne einer Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie und die entsprechenden Beschlüsse der Brüsseler Konferenz ablehnen. Trotz diesem Widerstand der Mitglieder haben die führenden Instanzen der KI und KPD die falsche Volksfrontpolitik nicht nur nicht preisgegeben, sondern sogar durch die nunmehr ohne jegliche Umschweife ausgesprochene Festlegung auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie noch dick unterstrichen.

Die Erklärung der KPD wendet sich an „die Katholiken und Evangelischen, die Demokraten, die Männer von Literatur, Kunst und Wissenschaft und an die verschiedenen bürgerlichen Kräfte“ mit der Aufforderung zum gemeinsamen Kampf. Als ein erster Schritt zur „breiten Antihitlerfront“ wird die Pariser Beratung, „an der Vertreter der Arbeiterorganisationen, Persönlichkeiten der Literatur, Kunst und Wissenschaft und Vertreter des freiheitlichen Bürgertums teilnahmen“, und die auf dieser Beratung beschlossene Erklärung bezeichnet. Welche Bewandnis hat es nun mit dieser Pariser Beratung?

Auf Initiative der KPD war in der Emigration ein Volksfrontkomitee gebildet worden, dem neben Vertretern der KPD, SAP und einzelnen Sozialdemokraten auch Repräsentanten der bürgerlichen Emigration angehörten. Ueber die politische Einstellung der bürgerlichen Verbündeten, die sich die KPD bei dieser Gelegenheit zulegte, geben die Entwürfe für eine Verfassung Deutschlands nach dem Sturze Hitlers Aufschluss, die von Leopold Schwarzschild und Georg Bernhard, zwei hervorragenden Teilnehmern des Volksfrontkomitees für dieses Komitee verfasst wurden. Das in diesen Entwürfen geforderte „Vierte Reich“ soll noch reaktionärer sein als die Weimarer Republik. Es soll eine halbfaschistische, „autoritäre“ Demokratie sein, in der die Rechte der Werktätigen ausserordentlich beschränkt sind. Man merkt den Arbeiten der liberalen Lykurge an, dass sie von dem Bestreben heseelt sind, im Falle eines Sturzes der Nazierrschaft möglichst viel von den reaktionären „Errungenschaften“ festzuhalten, die die faschistische Diktatur der deutschen Kapitalistenklasse gebracht hat. Der Höhepunkt der Tätigkeit des Volksfrontkomitees war die oben erwähnte Pariser Konferenz. Die Resolution dieser Konferenz ist ein klägliches Sammelsurium vulgär-demokratischer Phrasen, sie gipfelt in der Forderung nach Wiederherstellung der „elementaren Menschenrechte“, wobei offen gelassen wird, ob dies auf dem Wege eines Sturzes der faschistischen Diktatur oder durch eine Reform des Naziregimes geschehen solle. Soziale Forderungen der werktätigen Massen werden in der Resolution garnicht erwähnt, dagegen werden die bürgerlich-demokratischen Grundsätze als „allgemein gültige und fundamentale Postulate“ bezeichnet, denen gegenüber alle anderen Erwägungen, so z. B. die kommunistischen Prinzipien, unterzuordnen seien.

Die Resolution der Pariser Konferenz, die unter Teilnahme von Vertretern der KPD beschlossen wurde, bedeutete, dass sich die KPD um der Volksfront willen der politischen Hegemonie einer Handvoll von liberalen Bürgern fügte, hinter denen keinerlei Organisation steht und die nichts repräsentieren als die organisatorische und politische Ohnmacht des sogen. „freiheitlichen“ deutschen Bürgertums.

Die KPD(O), die sich weder an dem Volksfrontkomitee, noch an der Pariser Konferenz beteiligte, wandte sich mit einer scharfen Kritik gegen dieses opportunistische Theater.

Gleichzeitig machte sich der Widerstand der in Deutschland illegal arbeitenden Mitglieder der KPD gegen die opportunistischen Politik ihrer Führung bemerkbar.

An einer Reihe von Orten, so insbesondere in Berlin, das bekanntlich die stärkste Organisation der KPD aufweist, wurden die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz über die Volksfront, über den Kampf für die Losungen der bürgerlichen Demokratie, über den Einbau der illegalen Gewerkschaften und der Partezellen in die faschistischen Organisationen ausdrücklich abgelehnt. Auf Grund ihrer praktischen Erfahrung im illegalen Kampf rebellieren wichtige Teile der Mitgliedschaft der KPD in Deutschland gegen die opportunistische Linie der KPD-Führung und ringen sich zu den Auffassungen durch, die die KPD-O in diesen Fragen vertritt.

Die Rebellion der Parteimitglieder in Deutschland, die Kritik der KPD-O und die (dank ihrer Halbheit inzwischen versandete) Viertelswendung der KI veranlassten die KPD-Führung, anfänglich die Pariser Konferenz u. ihre Resolution, die heute als grosse Errungenschaft gepriesen werden, zu desavouieren. Die Resolution wurde in den Partelorganen (mit Ausnahme der „Rundschau“) nicht veröffentlicht, die Vertreter der KPD auf der Konferenz wurden gerügt, im Volksfrontkomitee liess die KPD-Führung durch ihren Vertreter erklären, dass die Kommunisten dort nicht im Namen der KPD mitarbeiteten, sondern als Individuen, allerdings mit Zustimmung der Parteführung. Die KPD-Führung scheute sich zwar, die Volksfronttaktik völlig preiszugeben, aber sie trat doch einen gewissen Rückzug an.

Ein Zeugnis dafür ist auch der Artikel von Walter in Heft 3 der „KI“ (vom 31. März), in dem es u. a. in einer Polemik gegen den Parteivorstand der SPD heisst:

„Die Tatsache, dass der Prager Vorstand sich in keiner Weise zu den praktischen Fragen des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus äussern will, und die Frage der Demokratie als der von ihm gewünschten Herrschaftsform nach dem Sturz des Hitlerfaschismus in den Mittelpunkt stellt, zeigt, dass es der PV als seine Aufgabe betrachtet, unter der Losung der Demokratie die Gegner der Einheitsfront zu sammeln und die frühere sozialdemokratische Koalitions- und Tolerierungspolitik zu rechtfertigen...

...Die Führung der Sozialdemokratie stellt die Frage „Demokratie oder Diktatur“ losgelöst von ihrem Klasseninhalt. Die Sowjetunion lehrt, dass nur die Sowjetdemokratie im Lande der Diktatur des Proletariats wirklich konsequente Demokratie für die werktätigen Massen sein kann, während gleichzeitig die diktatorischen Massnahmen

der kapitalistischen Regierungen in den Ländern der bürgerlichen Demokratie und vor allem die Erfahrungen in Deutschland, wo es zum Faschismus kam, das Wesen der bürgerlichen Demokratie als einer Form der bürgerlichen Klassenherrschaft enthüllen.“

Inzwischen hat die KPD-Führung, im Einverständnis mit der Führung der KI, wieder zurückgewendet. Die Pariser Konferenz und das Volksfrontkomitee werden als Vorbilder einer kommunistischen Taktik bezeichnet und das, was Walter gegen den Prager Parteivorstand sagte, wirkt heute wie eine Ohrfelge, die sich die KPD-Führung selbst versetzt hat.

Der Prager Parteivorstand der SPD, die rechten Sozialdemokraten sind die Hauptgewinner der Volksfronttaktik. Schon die ersten Gehversuche der KPD auf dem Wege der Volksfrontpolitik hatten den Prager Vorstand dazu ermutigt, seine reformistischen, bürgerlich-demokratischen Auffassungen, die er nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik eine Zeitlang unter revolutionären Phrasen verbarg, wieder offen und unverschämt zu vertreten. Jetzt bietet die KPD-Führung in der Erklärung, in der sie sich auf Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie festlegt, dem Prager Parteivorstand einen Nichtangriffspakt an. Die Wels und Stampfer können triumphieren. Ein Nichtangriffspakt mit den Wels und Stampfer, ein Bündnis mit den Reformisten im Zeichen der Volksfrontpolitik, der Spekulation auf bürgerliche Verbündete gegen Hitler, auf liberale Bürger, katholische Pfaffen, Reichswehr etc. — das ist nicht die proletarische Einheitsfront, wie sie die deutschen Arbeiter heute brauchen. Die Sorte Einheitsfront, die die KPD heute vorschlägt, würde nur bedeuten, dass der Prager Parteivorstand gegen die linksgerichteten sozialdemokratischen Arbeiter, die sich zum Kommunismus entwickeln und die Rückkehr zu Weimar ablehnen, Waffen in die Hand bekommt. Diese Sorte Einheitsfront würde nur eine Förderung der vom Prager Vorstand betriebenen Politik bedeuten, die darauf hinausläuft, den deutschen Arbeitern zu predigen, sie müssten sich passiv verhalten und abwarten, bis die Naziherrschaft von irgendwelchen bürgerlichen Kräften beseitigt sei.

Was heute an Einheitsfrontaktionen in Deutschland notwendig und möglich ist, das ist ein Zusammenwirken der illegalen kommunistischen und sozialdemokratischen Kaders, um gemeinsam den Kampf der Arbeiter in den Betrieben zu fördern, um dazu illegale Gewerkschaftskaders zu schaffen. Dazu ist kein Abkommen über das, was nach Hitlers Sturz kommen soll, notwendig. Worum es sich heute handelt, ist, gemeinsam, in erster Linie in den Betrieben, alle vorhandenen Möglichkeiten zum Kampf gegen die gestelgerte kapitalistische Ausbeutung und gegen die Nazidiktatur, die diese Ausbeutung schützt, auszunützen. Die Kommunisten müssen bereit sein, dabei auch mit sozialdemokratischen Arbeitern zusammenzugehen, die noch an die bürgerliche Demokratie glauben. Aber sie dürfen die bürgerlich-demokratischen Illusionen der sozialdemokratischen Arbeiter, ihre Hoffnungen auf bürgerliche Hilfe im Kampf gegen die Nazis nicht fördern, sondern müssen sie bekämpfen, denn die illusionären Hoffnungen auf kapitalistische Verbündete führen nur dazu, dass der Kampfwille der Arbeiter geschwächt wird.

Die kommunistische Partei kann ihre Rolle im Kampfe gegen die faschistische Diktatur nur dann erfüllen, wenn sie die rote Fahne des Kampfes für die Räterediktatur keinen Augenblick lang einrollt. Die deutsche Bourgeoisie kann keine fortschrittliche, keine revolutionäre Rolle mehr spielen. Die Revolution gegen das Hitlerregime kann nur eine sozialistische, proletarische Revolution sein. Die mit der Naziherrschaft unzufriedenen Kapitalisten sind keine Bundesgenossen der Arbeiterklasse, denn ihnen ist der Klassenkampf der Arbeiter, dessen höchste Steigerung notwendig ist, damit die faschistische Diktatur gestürzt werden kann, noch unangenehmer als alle Plackereien, denen sie seitens der Nazibonzen ausgesetzt sind.

Sich auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie festlegen, heißt darauf verzichten, den Kampf gegen die faschistische Diktatur unzer trennlich mit dem Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus zu verbinden, denn bürgerliche Demokratie bedeutet Aufrechterhaltung der Kapitalsherrschaft. Aber die stärkste Kraftquelle des antifaschistischen Kampfes ist gerade die Tatsache, dass das Weiterbestehen des Kapitalismus für die deutschen Arbeiter und darüber hinaus für alle nichtproletarischen Werk tätigen immer unerträglich wird. Deshalb müssen die Kommunisten den Kampf für den Sturz des Hitlerregimes als Kampf für die Herbeiführung des Sozialismus führen; das ist aber nicht unter der Losung der bürgerlichen Demokratie, sondern nur unter der Losung der Räterediktatur, nicht mit kapitalistischen Verbündeten, sondern nur gegen die Bourgeoisie als Klasse möglich.

Es ist möglich, dass auf die Hitlerdiktatur zunächst ein bürgerlich-demokratisches Zwischenspiel folgt. Die bürgerliche Demokratie würde dann aber ebenso wie 1918 nur das Zentrum sein, um das sich die kapitalistische Konterrevolution gegen den Ansturm des Proletariats sammelt. Deshalb dürfen sich die Kommunisten heute nicht auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie festlegen, sondern müssen schon jetzt alles tun, um der Bourgeoisie diese Rückzugslinie möglichst abzuschneiden.

Die KPD-O wird alles, was in ihren Kräften steht, anbieten, um alle Kommunisten, alle revolutionären Arbeiter, die keine Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, die das Banner des Kampfes für die proletarische Diktatur nicht in die Ecke stellen wollen, zu sammeln. Die KPD-O wird den Mitgliedern der KPD, die gegen die opportunistische Politik der Parteinstanzen kämpfen, zur Seite stehen. Gerade jetzt zeigt sich die Richtigkeit und Notwendigkeit des Kampfes der KPD-O für die innerparteiliche Demokratie. Nur dank dem anormalen bürokratischen Parteiregime ist es möglich, dass die KPD-Führung eine Politik betreibt, die von weiten Kreisen der Parteimitgliedschaft abgelehnt wird. Es gilt, die innerparteiliche Demokratie durchzusetzen, um es der KPD-Führung unmöglich zu machen, den Kommunismus durch ihre opportunistische Politik in blamable Niederlagen hineinzuführen.

Juni 1937

Mitte April feierte das «Komitee zur Vorbereitung der deutschen Volksfront» den ersten Jahrestag seiner Gründung; den Vorsitz führte Heinrich Mann, die Regie Münzenberg. Prominente und Prominenteste schickten Begrüßungsschreiben, wie Thomas Mann. Heinrich Mann hielt eine schwingvolle Rede. Breitscheid sprach als «Einzelpersonlichkeit», nicht als Vertreter der SPD. Die «Pariser Tageszeitung» vom 11. und 12. 4. 37. berichtete:

«Willi Münzenberg, Führer der deutschen Kommunisten gab einen umfassenden Bericht über das Erwachen des deutschen Volkes; die Volksfront sei der neue Mythos, die Ablösung des nationalen Wahns und des Aberglaubens an das arische Blut.»

«...Cortespräsident Martínez Barrio, von Heinrich Mann herzlich willkommen geheißen, dankte den deutschen Emigranten... für die Energie, mit der sie die Wiedereroberung der verlorenen Deutschlands vorbereiteten.»

Weiter heisst es im Bericht der PT:

«Die Teilnehmer der der Verhandlungen des Volksfrontausschusses waren sich darin einig, dass das nächste Ziel für die Wiederaufrichtung eines vernünftigen und würdigen Deutschlands nicht der dogmentreue Sozialismus sein kann, vielmehr die simple Sicherung der Menschenrechte.»

«Prof. Gumbel betonte, dass es nicht darauf ankäme, Ueberzeugte zu überzeugen, vielmehr die Unaufgeklärten und Lauen zu wecken.»

«An der Tagung war die SAP beteiligt und man nahm einstimmig einen von Heinrich Mann verfassten Aufruf an, dessen Forderungen lauten:

„Sozialisten, Kommunisten, Demokraten, Angehörige aller Konfessionen, handeln wir gemeinsam, helfen wir uns gegenseitig, beenden wir jegliche Zersplitterung, die nur Hitler nützt!... Schaffen wir durch die brüderliche Verbindung der Kräfte aller Hitlergegner überall Stützpunkte für den Kampf der deutschen Volksfront in allen Massenorganisationen, in den Betrieben und bei den Hitlergegnern im Heer... Deutsches Volk! Kämpfe mit uns für den Frieden, Freiheit und Wohlstand, für die demokratische Freiheit, die eine Freiheit sein muss, die für sich einzustehen weiss und eine Humanität, die gegen ihre Mörder keine Schwäche kennt.“

Konkret wird noch die Zurückziehung der sogenannten „freiwilligen“ deutschen Truppen und der deutschen Kriegsschiffe aus Spanien und seinen Gewässern gefordert.»

Georg Bernhard und R. Breuer begrüßen in der «PT» die Tagung und G. Bernhard fordert «die rasche Ausarbeitung eines gemeinsamen „Planes“ und „starke Garantien“ für dessen reibungslose und klare Durchführung.»

Bescheiden schweigen die Volksfrontpolitiker von den bereits vorliegenden drei Entwürfen eines solchen Planes. Wir haben zu den Entwürfen von Bernhard, Schwarzschild, Pleck schon kritisch Stellung genommen als sie auftauchten. Wir beschränken uns heute darauf hinzuweisen, dass es bis jetzt nicht möglich war, in diesem kleinen Kreis von keinerlei Grundsätzen gehemmten Volksfrontpartnern einen «gemeinsamen Plan mit starken Garantien für dessen reibungslose und klare Durchführung» zu schaffen. Das wird sich auch in Zukunft wenig ändern. Bei den ersten Versuchen, ein gemeinsames Volksfrontprogramm zu schaffen, haben sich die beiden Vertreter des «freiheitlichen deutschen Bürgertums», Georg Bernhard und Schwarzschild aus Volksfrontgenossen in

feindliche Brüder verwandelt, die sich wechselseitig ihre etwas bekleckerte Vergangenheit vorhalten. Während Bernhard und Heinrich Mann an der Volksfront und Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und Kommunisten festhalten, macht ihnen Schwarzschild und Klepper, der ehemalige preussische Finanzminister in der Braun-Severing-Regierung, als Vertreter des «freiheitlichen deutschen Bürgertums» Konkurrenz mit der Gründung einer «Freiheitspartei», die in Berlin einen Aufruf an die ausländischen Pressevertreter mit der Post verschickt hat. Klepper gibt in einem Interview, abgedruckt im «Ce Soir» vom 22. 4. 37. folgende nähere Angaben:

«Die Freiheitspartei in Berlin ist vorläufig noch ein Kopf ohne Körper.» ...«Die Freiheitspartei will „den Durst nach Freiheit“, den die Hitlerdiktatur bei immer breiteren Schichten aller Bevölkerungskreise auslöst, zur selbständigen Sammlung bourgeoischer Schichten ausnützen, „die nichts mit den alten politischen Parteien und auch nichts mit der Volksfront gemeinsam haben wollen.“» «...Die ganze Freiheit, ist das Schlagwort, mit dem sie die religiöse Opposition, junge unzufriedene Reichswehroffiziere, Intellektuelle und Studenten sammeln will. Ein Programm bestehe noch nicht.»

Das ist weniger, als die Volksfrontpolitiker des Lutetia-Komitees fordern, scheint uns aber realer. Eine bürgerliche Gruppe, die nichts Unmögliches miteinander vereinigen will, hat früher Aussicht, gewisse unzufriedene Elemente zu sammeln und unter Umständen dem Hitlerregime einige Schwierigkeiten zu bereiten. Diese Schichten, die eine Reform des Hitlerregimes, eine für sich angenehmere Form zur Aufrechterhaltung ihrer kapitalistischen Herrschaft anstreben, müssen zur Zeit ebenfalls konspirativ arbeiten. Wenn sich die revolutionäre Arbeiterschaft keine Illusionen über die Tragweite des Kampfes dieser bürgerlichen Feinde unseres Klassenfeindes machen, ist unter günstigen Umständen eine gewisse technische Hilfe gegenseitig möglich. In bürgerlichen Kreisen ist es leichter möglich, Wohnungen, illegale Arbeitsräume, Deckadressen u. dergl. zu beschaffen. Die russischen Revolutionäre haben gewisse Vorteile aus solcher technischen Hilfe gezogen, ohne politische Konzessionen zu machen.

Mit der Preisgabe der kommunistischen Grundsätze und der Aufstellung eines Sammelsuriums von demokratischen und Freiheitsforderungen kann man keine Kampf-Front organisieren, die Hitler stürzen kann. Die Revolutionsbeamten der KP und des Münzenbergladens geben sich einer groben Täuschung hin. Die Tatsache, dass es einer ganzen Reihe von ihnen gelungen ist, aus ihrem Handel mit demokratischen Ladenhütern und allgemeinen Freiheitsphrasen ein mehr oder weniger nahrhaftes Gewerbe für sich zu machen, schafft diesen Phrasen nicht den selben Nutzwert für die Arbeiter und Werktätigen, die unter dem Terrorssystem Hitlers seufzen. Das «freiheitliche Bürgertum», die Kleinbauern, Kleinbürger und Intellektuellen, die nur für solche Forderungen der Volksfront kämpfen wollen, werden das Hitlerregime niemals stürzen. Ihre Unzufriedenheit, ihre Opposition kann in wirkliche Kampfkraft gegen das Hitlerregime nur unter einer Bedingung verwandelt werden: wenn die Arbeiterklasse sich als selbständige Kraft organisiert und ohne jede Rücksicht auf die Interessen des kapitalistischen Systems den Kampf gegen die brutalste Herrschaftsform der kapitalistischen Gesellschaft, den Faschismus organisiert und durchführt. Eine starke von zielklaren kommunistischen Kadern organisierte und geführte revolutionäre kämpfende Arbeiterklasse wird die Bauern für sich gewinnen, wenn sie ihren

Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft in jeder Form koordiniert mit dem Kampf der Bauern für die Schuldenstreichung, Landaufteilung und eine reale Kraft darstellt, die den Kleinbauern, Kleinbürgern und ausgebeuteten Intellektuellen die Gewähr bietet, dass dieser Kampf ihnen diese Früchte bringt. Die Massenbasis Hitlers wurde aus Ueberläufern von Kleinbauern, Kleinbürgern und Intellektuellen gebildet, die von der Praxis der demokratischen Volksrepublik, wie sie unter dem Einfluss sozialdemokratischer Politikanten seit 1918 gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gebildet wurde, sich verraten und betrogen fühlten. Zu glauben, dass diese Schichten einen Kampf auf Tod und Leben gegen das Naziregime führen mit demokratischen Freiheitsforderungen von sanftlebenden Gemütern der Volksfrontpolitiker, die, als sie Einfluss und politische Macht hatten, nichts anderes damit anzufangen wussten, als sie Hitler in die Hände zu spielen, das bedeutet zur deutschen Tragödie die Komödie hinzuzufügen. Die Organisation und Führung des Kampfes zum Sturz des Hitlerfaschismus hat zur Vorbedingung, dass brutal aufgeräumt wird mit allen Halbheiten und Schwächen der Vergangenheit. Ueber das gemeinsame Ziel der deutschen Arbeiterklasse brauchen sich die Herrschaften des Lutetia-Komitees wirklich nicht die Köpfe zu zerbrechen. Das gemeinsame Ziel der entscheidenden Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse war schon 1918 und ist es heute mehr denn je: der sozialistische Ausweg, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die entscheidende Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse und breite Schichten der anderen Werktätigen hat auch keine Angst vor der eigenen Diktatur zur Untrdrückung und Niederkämpfung seiner Henkersknechte im Bürgerkrieg. Jene, die Angst davor haben, werden Hitler nie stürzen. Die Herrschaften im Lutetia-Komitee leben auf dem Monde und haben keine Vorstellung vom wirklichen Kampfwillen der deutschen Arbeiter. Es gibt heute bereits keinen Ort und keinen Betrieb von einiger Bedeutung in Deutschland mehr, wo die Arbeiter, obgleich sie noch zähneknirschend Pfötchen heben müssen, sich nicht bereits das halbe oder ganze Dutzend ihrer Hauptfeinde vorgemerkt haben, die sie bereit sind, physisch zu erledigen, wenn die Zeit gekommen ist. An dem Feuer, an dem das Hitlerregime verbrennen wird, werden keine Volksfrontsuppen aufgewärmt werden. Die Lehren der Niederlagenpolitik von 1918-1932 sind in Deutschland ebensowenig vergeblich gewesen, wie die Lehren der Niederlage von 1905 in Russland waren, die sich 1917 auswirkten, indem man die alten Fehler vermied. Es ist die Leistung der Bolschewiki, dass sie diese Lehren dem Arbeiter durch eine klare prinzipienfeste Politik und kommunistische Propaganda vermittelten. Die Schaffung dieser disziplinierten eisenharten Partei, die die Kader schuf zur Organisation und Führung der Massen, die unter dem zaristischen Regime sich keine legalen Massenorganisationen schaffen konnten, kam nur dadurch zustande, dass die Bolschewiki brutal und rücksichtslos die russischen Volksfrontpolitiker bekämpften und unschädlich machten. Der rücksichtslose Kampf gegen die Menschewiki, die Friedensstifter und Versöhnler, die Liquidatoren und Oekonomisten, als die opportunistischen Abweichungen des Kommunismus, wie der rücksichtslose Kampf gegen die Otsowisten als die ultralinke Abweichung, das war die Vorbereitung des siegreichen Oktobers. Nur in dem Umfange und in dem Ausmasse, indem die deutschen Kommunisten fähig sind, denselben Kampf zu führen, wird die Kampffront zum Sturz des Hitlerregimes geschaffen werden.

In Deutschland ist schon eine Probe mit der Volksfrontpolitik gemacht worden und das Beispiel sollte ab-

schrecken. Die Kampagne der Saarabstimmung wurde mit der Volksfrontpolitik zu einer Niederlage der Antifaschisten und zu einem Siege für Hitler. Die Organisatoren dieser Niederlage haben aber nichts gelernt. Als sie in der Pariser Emigration ankamen, mieteten sie im Hotel Lutetia, einem Hotel ersten Ranges in Paris, ein schönes, helles, luftiges Sitzungszimmer und begannen aufs neue ihre Betriebsamkeit. Die Tatsachen sprachen gegen ihre politische Konzeption. Umso schlimmer für die Tatsachen, so folgerten diese Revolutionsbeamten, die «Führer des deutschen Volkes» spielen. Für die geschlagenen Führer der Saarfront war die Lage immerhin etwas bequemer, wie für ihre Truppen, die sie in die Niederlage geführt hatten. Vertreter der KPD mit ihrem Volksfrontgenossen Max Braun gingen auf die Suche nach Vertretern des «freiheitlichen deutschen Bürgertums». Hell und Sieg! Sie fanden einige in greifbarer Nähe. Prof. Georg Bernhard vom «Pariser Tageblatt» und Leopold Schwarzschild, Herausgeber des «Neuen Tagebuchs», Heinrich Mann und später Thomas Mann, Rudolf Leonhard und noch eine Reihe ähnlicher alter Kämpfer des freiheitlichen deutschen Bürgertums taten sich zusammen. Die Ueberreste der «weitenweiten» SAP konnten die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, sich zu blamieren. Das ist das Lutetia-Komitee zur Vorbereitung der deutschen Volksfront zum Sturze Hitlers. Man kennt die Regie des betriebsamen Münzenberg, der wieder einmal den Auftrag hat, eine faule Sache aufzumachen. Es ist nicht seine Schuld und es liegt an der schlechten Politik seiner Auftraggeber, wenn noch weniger herauskommt, wie bei seinen früheren Experimenten mit der IAH, der antilperialistischen Liga und ähnlichen «Aktionen» mit Prominenten aus der ganzen Welt. Ein paar katholische Emigranten, die anfangs, wenn auch zurückhaltend, im Lutetia-Komitee mitmachen, haben sich trotz der heftigen und andauernden Bewerbungen zurückgezogen. Sie kämpfen von ihrem doktrinären Boden für eine Reform des Hitlerfaschismus in der Richtung des österreichischen Klerikofaschismus. Die übrigen Vertreter im Lutetia-Ausschuss, die als Freie Jugend, Schriftstellerverband, Thälmann-Ausschuss und dergleichen mehr auftreten, kennt man zur Genüge. Es sind immer die alten Leute, die wie die Statisten aus kleinen Provinztheatern in der verschiedensten Verkleidung auftreten. Einmal als Indianer, einmal als Chinesen, einmal als Soldaten und dann wieder als Mönche, sie bilden den Chor. Wie die Akteure, so ist ihre Politik. Zum Glück können sie in Deutschland wenig Unheil stiften. Jeder Arbeiter, der unter den schweren Bedingungen des Hitlerfaschismus kämpfen will, lehnt die Volksfrontpolitik als undurchführbar ab.

Eine gewisse Verwirrung richten sie mit ihrem Geschrei über die angeblichen Erfolge der Volksfrontpolitik in Spanien und Frankreich an. Die deutschen Proleten, abgeschnitten von der Aussenwelt, fallen zum Teil auf diesen Schwindel hinein, weil sie nicht feststellen können, dass die Aktivität zum Beispiel der französischen Arbeiter bei den Junistriks nicht ein Ergebnis der französischen Volksfrontpolitik ist, sondern von den Volksfrontpolitikanten so schamlos abgewürgt wurde, wie die Aktivität der deutschen Arbeiterklasse durch die sozialdemokratischen Koalitionspolitiker abgewürgt wurde. Und der Sieg der spanischen Revolution ist aufs Ernsteste bedroht, wenn es nicht bald gelingt, die Kräfte der Volksfrontpolitikanten auszuschalten.

Münzenberg lügt, wenn er das Schlagwort prägt:

«Durch unsere Uneinigkeit haben wir Deutschland verloren, durch unsere Einigkeit werden wir Deutschland gewinnen.»

Mit der Phrase der Einheit für die deutsche Volksrepublik ist 1918-1919, im Kapp-Putsch und 1923 das deutsche Proletariat von Ebert-Noske-Scheidemann und alle diejenigen gespalten und verraten worden, die dieser Schwindellosung Folge leisteten. Durch diese Losung wurde die Pogromhetze geschaffen, mit der der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vollzogen wurde. Die Einheit mit den Knechten und Lakaien der Bourgeoisie ist Verrat an der Arbeiterklasse. Mit diesem Einheitsgeschrei beruhigte man die mit demokratischen und Freiheitsversprechungen Belogenen und sammelte Ebert-Noske-Scheidemann die Henker des deutschen Proletariats, die Vorläufer der SA und Hitlers, die schon 1918/19 20.000 revolutionäre Arbeiter ermordeten, die sich diesem Verrat mit der Waffe in der Hand entgegenstellten. In den Thesen der Dritten Internationale zum Zweiten Kongress der KI, die von Lenin verfasst sind, heisst es:

«So beriefen sich zum Beispiel zu Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 die sozialverräterischen Parteien aller Länder, die die Bourgeoisie „ihres“ Landes unterstützten, unvermeidlich darauf, dass dies der Wille der Arbeiterklasse sei. Und sie „vergassen“ dabei, dass, sogar wenn dem so wäre, es die Aufgabe der proletarischen Parteien bei solcher Lage der Dinge sein würde, gegen die Stimmung der Mehrheit der Arbeiter aufzutreten und die historischen Interessen des Proletariats trotz alledem zu verteidigen.»

Auf diesem zweiten Kongress der KI wurden die 21 Bedingungen beschlossen, die das Eindringen der Opportunisten in die kommunistischen Parteien verhindern sollten. Und Lenin erklärte, wenn es trotzdem Opportunisten gelänge, einzudringen, müsste man eine 22. Bedingung schaffen, um sie wieder hinauszuerwerfen.

Gestützt auf diese Erfahrungen und mit Anwendung dieser Lehren war der siegreiche Oktober in Russland möglich. Nur wenn wir diese Lehren bei der Organisation der Kampffront zum Sturze Hitlers anwenden, werden wir siegen. Mit der Volksfrontpolitik werden nur neue Niederlagen vorbereitet.

Vorwort	1
Marx, Engels, Lenin und die Volksfront April 1936	7
Volksfrontpraxis und Volksfrontillusion November 1936	17
Der Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur Juni 1937	21
Eine Theorie der Volksfront September 1937	29
Zur Volksfrontpolitik in Spanien und Frankreich April 1936	34
Drei Monate Volksfrontpolitik in Spanien November 1936	39
Volksfrontpolitik und Kriegsführung in Spanien September 1937	45
Im fünften Monat der französischen Volksfront November 1936	50
Die Bilanz der französischen Volksfront Februar 1937	61
Ein Jahr nach dem Wahlsieg der französischen Volksfront Juni 1937	68
Zwölf Monate Volksfront Aus „Controversy, The Monthly Socialist Forum“, Vol. 1, No. 9	74
Der Zusammenbruch der Volksfrontpolitik in Frankreich Dezember 1938	77
Die Volksfrontpolitik der KPD April 1936	84
Ein Jahr Lutetia-Volksfront Juni 1937	89

Einheitsfrontpolitik entstand aus den praktischen Auseinandersetzungen in der deutschen Arbeiterbewegung bis 1923. Sie kam erst durch die Tatsachen in die Köpfe der damaligen Kommunisten und wurde während der Kämpfe zu einem taktischen Konzept entwickelt, mit dessen Hilfe die deutsche Arbeiterklasse soweit erstarkte, daß sie das erste und bisher einzige Mal die Frage nach der Macht im Staate stellen konnte.

Volksfrontpolitik entstand zu einem Zeitpunkt in den Köpfen einiger Kommunisten, als die internationale und die deutsche kommunistische Bewegung mit Problemen konfrontiert wurde, die diese Theoretiker dadurch glaubten lösen zu können, daß sie die Erkenntnisse der Einheitsfrontpolitik (Taktik zur Herstellung des endgültigen Zusammenschlusses verschiedener Fraktionen der Arbeiterklasse unter praktischer Führung einer selbständigen kommunistischen Partei) auf kleinbürgerliche Schichten und sogar Teile der Bourgeoisie anwendeten.

Preis 4,- DM

Herstellung und Vertrieb: Margret Kuhlmann, 28 Bremen, Postfach 1641-